

Unsere Archive

Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven



Archivische Bildungsarbeit

Archivpädagogik im
„Scheinwerferlicht“
eines Landesjubiläums
Seite 10

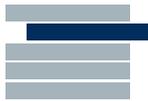
Arbeit zwischen
Pandemie und Flut
Seite 44

Die App „Pendant“:
eine Chance für
immersive Archivarbeit
Seite 48

Unsere Archive

Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven

**Archivische
Bildungsarbeit**



Editorial 6

Thema: Archivische Bildungsarbeit

Historische Bildungs- und Gedenkarbeit am Beispiel individueller Schicksale 7
Kathrin Schmude

Archivpädagogik im „Scheinwerferlicht“ eines Landesjubiläums. Das Veranstaltungsangebot des Landeshauptarchivs Koblenz zum 75. Geburtstag von Rheinland-Pfalz 10
Christine Goebel

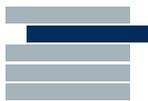
Alles unter einem Dach. Stadtarchiv Trier und Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier weiten ihr Bildungskonzept aus 14
Simone Fugger von dem Rech

Niederschwellige Bildungsarbeit – ein Schaufenster für das Zentralarchiv 16
Gabriele Stüber, Gesine Parzich

Der Gestapokeller in Neustadt/Weinstraße. Ein neuer historischer Lern- und Gedenkort der Landeszentrale für politische Bildung zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz 18
Walter Rummel, Annika Heinze

Nackenheim im Nationalsozialismus. Erinnerung gestalten. Partizipative, multimediale Erinnerungsarbeit im Geschichtsunterricht vor Ort 20
Katharina Kaiser

Archivarisches Engagement in der universitären Lehre 22
Wolfgang Müller



Neu entdeckt

75 Jahre verschollen. Jetzt wieder aufgetaucht. Der 4. Band der Veldenzer Kopialbücher 24
Franz Maier

Eine Fundgrube für die Geschichte der deutschen Friedensbewegung. Der Nachlass Wolfgang Jung im Landesarchiv Speyer 26
Franz Maier

Musik im Archiv – ein sensationeller Fund im Landeshauptarchiv Koblenz 30
Caroline Seiler

Restaurierung von Noten des Valentin Rathgeber und eines Kirchengesangbuches 32
Achim Krümmel, Caroline Seiler



Aus der Archivarbeit

Bewertung von Nachversicherungsakten im Landesamt für Finanzen 34
Silas Berlit, Leon Fouquet

Zugänge der Oberfinanzdirektion Koblenz im Landeshauptarchiv erschlossen 36
Vadim Seltenreich

Nacherschließung von Prozessakten aus der NS-Zeit 38
Anna Rammonat

Vom Dorfmuseum ins Stadtarchiv. Übernahme, Bestandserhaltung und Erschließung der Gemeindeakten von Limbach (WW) durch das Stadtarchiv Hachenburg 41
Jens Friedhoff

Arbeit zwischen Pandemie und Flut. Rückblick auf 2021 und Ausblick auf 2022 der Landesstelle Bestandserhaltung 44
Friederike Kaulbach, Arlett Kost-Mahle

Bewertung schwach strukturierter Unterlagen 46
Wolfgang Müller

Impressum

Unsere Archive

Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven
Heft 67, 2022
Archivische Bildungsarbeit

Herausgeber

Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz und Landesarchiv Saarbrücken
in Zusammenarbeit mit dem Lenkungskreis
Archivtag Rheinland-Pfalz / Saarland

Redaktion

Dr. Elsbeth Andre, Dr. Christine Goebel, Andrea Grosche-Bulla, Dr. Ludwig Linsmayer
unter Mitarbeit von Christine Frick und Isabell Weisbrod

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Das Heft erscheint jährlich und wird kostenlos abgegeben.

	Blick von außen	
	Eine Chance für immersive Archivarbeit am Beispiel der Conradi Villa in Bad Kreuznach Marius Rehbein	48
	Über Karten und Grenzen vor 1815. Ein deutsch-französisches Doktorandenatelier im Saarländischen Landesarchiv Maïke Schmidt	50
	Archiv im Wandel	
	Projektstart „Virtuelles Urkundenarchiv Kurpfalz“ Anja Ostrowitzki	52
	Ein neues Zeitalter: Einführung der e-Akte in der Landesarchivverwaltung Beate Dorfey	54
	Das digitale Archiv der alten Mainzer Universität Christian George	56
	Stenographische Berichte zu den Sitzungen des Landesrates im Saargebiet (1922–1934) online David Schnur	58
	Freischaltung des „Themenportals Wiedergutmachung“ Peter Wettmann-Jungbluth	60
	Digitaler Neustart in Frankenthal Dörte Kaufmann	62
	Archive und Geschichtskultur	
	Jüdisches Leben in Hachenburg. Geschichte – Orte – Personen Jens Friedhoff	63
	Der Tag der Landesgeschichte Rheinland-Pfalz 2021 (als hybride Veranstaltung) Monika Storm	64
	Virtueller Tag der Archive 2022: Das digitale Beispiel Mainzer Archive Kerstin Albers	66
	Internationale wissenschaftliche Tagung zum Frankenthaler Religionsgespräch von 1571 Maria Lucia Weigel, Dörte Kaufmann	68
	Kurz und bündig	
	Nachruf Dr. Wolfgang Laufer (17.3.1940–23.5.2022) Ludwig Linsmayer	70
	Dr. Gisela Fleckenstein ist neue Leiterin des Landesarchivs Speyer Elsbeth Andre	71
	Einblicke in ein unermüdliches Gelehrten-Leben Wolfgang Müller	71
	Neuerscheinung Wolfgang Müller	72
	Saarbrücker Goethe-Edition dokumentiert Wolfgang Müller	72
	„Kultur und Politik“. Das Landeshauptarchiv beteiligt sich am großen Koblenzer Projekt Elsbeth Andre	73
	Autorinnen und Autoren	75

Kontakt

post@landeshauptarchiv.de oder
landesarchiv@landesarchiv.saarland.de

Titelbild

Modenschau vor dem
Landeshauptarchiv Koblenz
zum Landesjubiläum
Foto: Landeshauptarchiv Koblenz

Satz und Layout

Refine Media
Dirk Diederich
56332 Dieblich

Druck

Druckerei Hachenburg
PMS GmbH
57627 Hachenburg

Foto: Landeshauptarchiv Koblenz



Editorial

Das vorliegende Heft 67 ist die dritte Ausgabe der Mitteilungen „Unsere Archive“ im neuen Format. 2020 noch als hoffnungsvolles Vorhaben beschrieben, können wir heute sagen: die Neuaufstellung hat funktioniert, sie ist erfolgreich.

Die Kommunikation mit den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archivar*innen, mit Autorinnen und Autoren und auch mit der großen Leserschaft im archivischen und externen Kreis hat sich bereits in den beiden letzten Jahren deutlich belebt. Auch für die Redaktion ist dies eine sehr schöne und motivierende Erfahrung.

Einen wichtigen Teil der Mitteilungen werden auch in Zukunft Schwerpunktthemen bilden. Die Beiträge der rheinland-pfälzisch/saarländischen Archivtage werden aufbereitet und so nicht nur den Kolleginnen und Kollegen zur Verfü-

gung gestellt werden, die nicht „vor Ort“ dabei sein können. Sie geben darüber hinaus auch weiteren Leser*innen einen guten Einblick in die Bereiche, die unsere Zunft beschäftigen.

„Archivische Bildungsarbeit“ – vorgesehen als Rahmenthema schon für die in den Jahren 2020, 2021 und 2022 geplanten und dann jeweils pandemiebedingt abgesagten Landesarchivtage – wurde von der Redaktion kurzerhand zum Titelthema des vorliegenden Heftes bestimmt.

Ein Blick auf die Übersicht der Beiträge belegt, dass dies eine gute Entscheidung war. Neun Autorinnen und Autoren zeigen an sieben Beispielen die große Vielfalt, in der Archivarbeit vermittelt werden kann. Von ganz niederschweligen Angeboten wie einem virtuellen Schaufenster oder einer Moden-

schau zu den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis hin zu Kooperationen mit Universitäten und Gedenkstätten.

Berichte über abgeschlossene oder laufende Arbeitsprojekte in den Archiven stellen ebenfalls einen großen Bereich des Heftes dar – ebenso wie die sechs Beiträge, die die mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen beschreiben.

„Blick(e) von außen“ runden mit den „Neuentdeckungen“ und den „Kurzinformationen“ auch dieses Heft ab.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern interessante Einblicke und viel Freude bei der Lektüre.

„Last but not least“ – herzlichen Dank allen Autorinnen und Autoren.

Elsbeth Andre,
für die Redaktion



Briefe von Hannelore Hermann an ihren Bruder Kurt, in: STAK N 174 Nr. 1, Foto: Stadtarchiv Koblenz

„Ich habe jetzt leider gar keine Freundinnen mehr.“¹

Historische Bildungs- und Gedenkarbeit am Beispiel individueller Schicksale

Kathrin Schmude

Im Dezember 2017 gelangten einzelne handgeschriebene Originalbriefe von Hannelore Hermann, einem jüdischen Mädchen aus Koblenz, in das Archiv der Stadt Koblenz.

Hannelore erblickte als drittes Kind der Eheleute Leopold und Johanna Hermann geb. Meier am 12. Juni 1928 in Koblenz das Licht der Welt. Sie hatte zwei ältere Brüder,

Hans und Kurt. Der Vater war Kaufmann, Textil- und Handelsvertreter, die Mutter betrieb die „Strumpf-Ecke – Spezialladen für Damen und Herren“. Auch die Hermanns litten unter



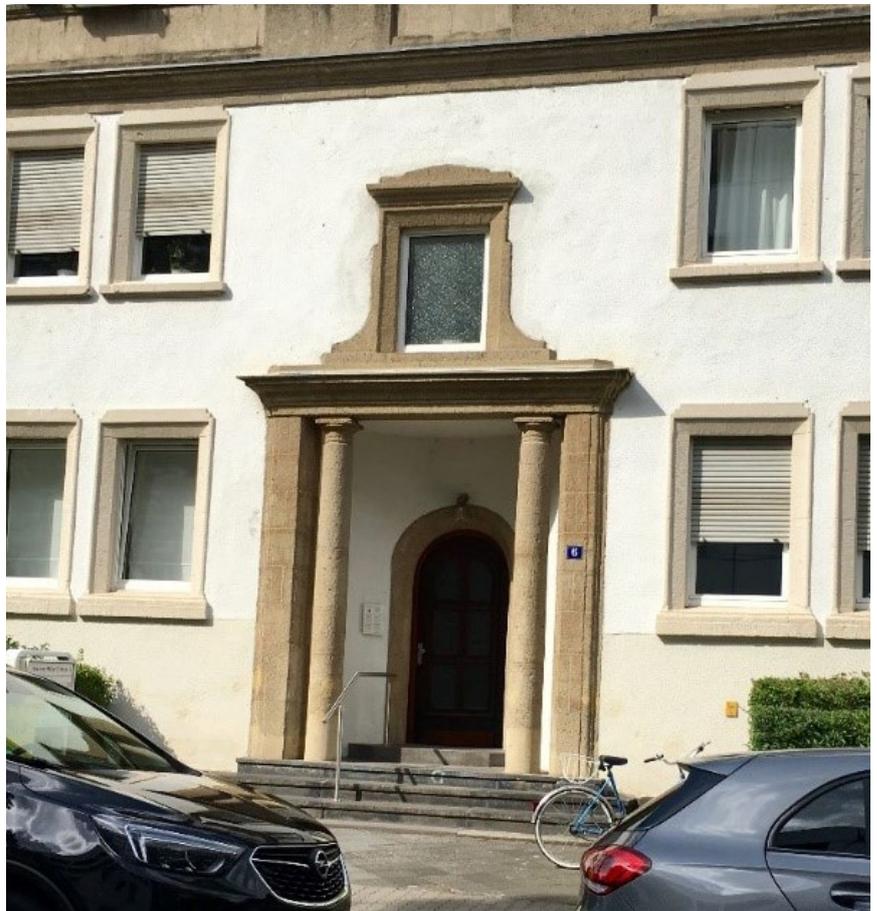
Familie Hermann, Koblenz, um 1935, v.l.n.r.: Hans, Johanna, Hannelore, Leopold (Leo) und Kurt Hermann, in: StAK N 174 Nr. 1, S. 46, Foto: unbekannt



Einschulung von Hannelore Hermann, Koblenz, 1935, in: StAK N 174 Nr. 1, S. 45, Foto: unbekannt

den Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen des NS-Regimes: Die Einkaufsboykotts gegen jüdische Geschäfte betrafen auch die „Strumpfecke“, in Folge der „Nürnberger Rassegesetze“ durften die Hermanns ihre Haushälterin nicht weiter beschäftigen. In der Schule erfuhr Hannelore Demütigungen und Ausgrenzung, bis sie diese im November 1938 ganz verlassen musste.

Während die älteren Brüder Kurt und Hans Hermann Koblenz zwischen 1935 und 1939 noch rechtzeitig verlassen konnten, scheiterte die Emigration der Eltern und Hannelores letztlich an den zunehmend restriktiven Aus- und Einreisebestimmungen. Am 22. März 1942 wurde Hannelore gemeinsam mit ihren Eltern vom Güterbahnhof Koblenz-Lützel in das Durchgangslager Izbica bei Lublin im vom NS-Staat besetzten Polen deportiert und sehr wahrscheinlich auch dort ermordet. Zur Erinnerung an das Schicksal Hannelores und ihrer Familie wurden 2007 vor deren Wohnhaus in der Johannes-Müller-Straße 6 in Koblenz drei Stolpersteine verlegt.²



Von 1929 bis 1936 das Wohnhaus der Familie Hermann in der Johannes-Müller-Straße 6 in Koblenz Foto: Stadtarchiv Koblenz



Stolpersteine für Johanna, Leopold und Hannelore Hermann, Johannes-Müller-Straße 6 in Koblenz Foto: Stadtarchiv Koblenz



Foto: Stadtarchiv Koblenz

„Was sonst unter Umständen allgemein und abstrakt bleibt, wird hier überschaubar und konkret.“³

Die Briefe, die Hannelore hinterlassen hat, sind wichtige Quellen aus der NS-Zeit in Koblenz. So entstand im Zuge ihrer Erschließung die Idee einer didaktisch-methodischen Aufbereitung auch und gerade für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern. Diese fand in dem Sach- und Arbeitsheft „Jüdisches Leben in Koblenz und Umgebung. Schlaglichter aus Geschichte und Gegenwart mit Materialien für den Unterricht“ Platz. Die Publikation wurde anlässlich des Jubiläums „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in Zusammenarbeit mit der Archivstelle Boppard der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem Institut für

Evangelische Theologie der Universität in Koblenz erarbeitet und kann im Buchhandel für 5 Euro erworben werden. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und dem jüdischen Leben vor Ort erhalten Schülerinnen und Schüler über eine solche exemplarische, vertiefende Fallanalyse die Möglichkeit der Historischen Bildungs- und Gedenkarbeit am individuellen Schicksal Hannelores und ihrer Familie im nationalsozialistischen Koblenz.⁴

Kontakt

Stadtarchiv Koblenz
Burgstraße 1
56068 Koblenz

stadtarchiv@stadt.koblenz.de
www.stadtarchiv.koblenz.de

1 Siehe Brief Hannelore Hermann an Kurt Hermann, ohne Datum, in: StAK (Stadtarchiv Koblenz) N 174 Nr. 1, S. 30.

2 Vgl. zum biografischen Abschnitt genauer Elmar Ries, Die Reichspogromnacht 1938 in Koblenz. Wozu Menschen fähig sind. Geschichtliches Lesebuch vorrangig für Jugendliche (Veröffentlichungen der Stadtbibliothek Koblenz, 25), Koblenz 1988, S. 111–185; „Hermann, Hannelore“, in: Gedenkbuch des Bundesarchivs für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland (1933–1945), abrufbar unter URL: <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html?id=860426> (Aufruf: 31.5.2022); Residentenliste jüdischer Einwohner von Koblenz sowie Liste der in Koblenz geborenen Kinder auswärtiger Eltern, in: StAK DB 6 sowie Kathrin Schmude, „Ich habe jetzt

leider gar keine Freundinnen mehr.“ Das Schicksal des jüdischen Mädchens Hannelore Hermann, in: Michael Koelges, Andreas Metzling, Thomas Martin Schneider (Hg.), Jüdisches Leben in Koblenz und Umgebung. Schlaglichter aus Geschichte und Gegenwart mit Materialien für den Unterricht (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Koblenz, 13), Koblenz 2021, S. 75–93, hier S. 89–92 (ISBN: 978-3-00-070929-6).

3 Siehe Michael Sauer, Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik, Seelze-Velber 2001, S. 61.

4 Vgl. ebd. sowie Schmude, Hannelore Hermann, S. 92 und Koelges, Metzling, Schneider (Hg.), Jüdisches Leben, S. 9–10.

Fotos: Landeshauptarchiv Koblenz



Archivpädagogik im „Scheinwerferlicht“ eines Landesjubiläums

Das Veranstaltungsangebot des Landeshauptarchivs Koblenz zum 75. Geburtstag von Rheinland-Pfalz

Christine Goebel

Das Land Rheinland-Pfalz feiert seinen 75. Geburtstag, Wer hätte das 1946 gedacht! Lange hatten die Franzosen gezögert, bevor Sie am 30. August 1946 mit der Ver-

ordnung Nr. 57 die Gründung eines „rhein-pfälzischen Landes“ anordneten. Geschaffen nach dem Willen der Besatzungsmächte, gehörte Rheinland-Pfalz zu den umstrittens-

ten Landesgründungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein „Retortenbaby“ und „Kunstgebilde“, dessen Gebietsteile nie zuvor eine staatliche Einheit gebildet hatten. Ein Land

ohne gemeinsame historische Tradition seiner Regionen und ohne ausreichende industrielle Grundlage. Ein Land, das vor allem in seinen frühen Jahren immer wieder seine Existenz verteidigen musste und dessen Bürgerinnen und Bürger ebenso wenig bereit gewesen wären, eine Wette auf die positive Zukunft des Landes abzugeben wie die politisch handelnden Personen. Peter Altmeier, von 1947 bis 1969 und damit fast 22 Jahre Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, formulierte dies im April 1947 vor der Beratenden Landesversammlung so: „Wir haben zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, dass dieses Land nicht aus dem Willen des Volkes geboren ist, sondern ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik darstellt. Für uns hat das Land Rheinland-Pfalz also durchaus keinen Ewigkeitswert...“¹

Umso bemerkenswerter ist das Ergebnis dieser schwierigen Anfangsjahre, für die Koblenz bis Anfang der 1950er Jahre der Motor der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung war. Der Zerstörungsgrad der designierten Landeshauptstadt Mainz war zu groß, um Regierung und Landtag unterzubringen, so dass die Stadt an Rhein und Mosel als Übergangslösung zum Zentrum der Landesgründung wurde. Diese Gründungsjahre stehen im Mittelpunkt eines umfangreichen Veranstaltungsangebots des Landeshauptarchivs zum Landesjubiläum, dessen Umsetzung ohne die bewährte Kooperation mit den Koblenzer Kultureinrichtungen und die enge Zusammenarbeit mit dem Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz nicht möglich gewesen wäre.

In der Ausstellung „Die frühen Jahre am Deutschen Eck 1946 bis 1956“, die am 19. Mai 2022 in der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz eröffnet wurde, steht ganz bewusst der Alltag der Menschen, die diese Anfangsjahre des Landes Rheinland-Pfalz erlebt und geprägt haben, im Mittelpunkt. Die Ausstellung versucht mit zahlrei-



chen dreidimensionalen Exponaten, umfangreichem Bildmaterial und Archivalien die Lebenswirklichkeit dieser frühen Jahre des Landes erleb- und erfahrbar zu machen. Dass dies gelungen ist, zeigt nicht nur die Reaktion der älteren Besucher*innen, die sich durch die Ausstellung in ihren Kindheits- und Jugenderinnerungen wiederfinden, sondern auch das große Interesse von Schulklassen und Jugendgruppen, die mit großer Faszination und Neugier reagieren.

Das in enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen Kultureinrichtungen und der Stadt Koblenz entstandene Rahmenprogramm beinhaltet neben der Möglichkeit des Austauschs mit Zeitzeugen in

der Stadtbibliothek sowie der Vorstellung der rheinland-pfälzischen Nachkriegsliteratur in der Volkshochschule Koblenz auch eine digitale Schnitzeljagd, die zusammen mit der Universität Koblenz erarbeitet wurde und die Nutzer*innen an die entscheidenden Orte der Demokratisierung des jungen Landes in Koblenz führt. Die Themenführung „Festungsschicksale“ der Koblenz Touristik gestattet auf der Festung Ehrenbreitstein einen hautnahen Blick auf sehr besondere Wohnverhältnisse der Nachkriegszeit.

Eine ganz besondere Veranstaltung fand am 23. Juni im Bundesarchiv statt: Die langjährige Bundestagsabgeordnete Roswitha Verhülsdonk, 95 Jahre alt, berich-



tete aus ihren Erinnerungen zu den zentralen Themen der frühen Jahre des Landes in Koblenz, angefangen bei Hunger und Not der Nachkriegszeit über den Wiederbeginn des politischen und kulturellen Lebens, die Hauptstadtfrage bis hin zum Wie-

deraufschwung und zur Entwicklung von Koblenz als Zentrum im Norden. Nach einer kurzen Einführung in das jeweilige Thema kamen durch sehr lebendige Zitat-Beiträge von Absolvent*innen der Schauspiel- schule Koblenz unterschiedlichste

Zeitzeug*innen zu Wort. Anschließend erzählte Frau Verhülsdonk frei und mitreißend aus ihren Erinnerungen. Ob es ums Kohleorganisieren, um ihre erste Begegnung mit einem amerikanischen Soldaten oder um das Nachkriegsabitur nach französischen Regeln ging – ihre Erzählungen berührten das Publikum und regten zum Nachdenken an. Die Begeisterung über diese außergewöhnliche Veranstaltung zeigte sich in den zahlreichen Beiträgen der Besucherinnen und Besucher und dem allgemeinen Wunsch, die Erinnerungen von Frau Verhülsdonk für die Nachwelt zu erhalten. Dies wird durch die vor der Veranstaltung mit der Zeitzeugin geführten und filmisch festgehaltenen Interviews, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, gewährleistet.

Der Erfolg dieser bewusst niederschweligen Angebote fand am 14. Juli mit einer für ein Landesarchiv durchaus ungewöhnlichen Veranstaltung seinen Höhepunkt. Unter dem Motto „Hurra, wir leben noch!“ gelang es einer Modenschau mit der Musik und der Kleidung der Fünfzigerjahre, sich dem Lebensgefühl und dem Zeitgeist der Nachkriegs- und Wirtschaftswunderjahre auf eine ganz andere Art und Weise anzunähern. Stille vor den Türen des Landeshauptarchivs Koblenz, einem Archibau aus den Fünfzigerjahren, wurde das Event von Dörthe Dutt moderiert, in Koblenz vor allem bekannt durch die Rosa Bütt im Café Hahn, und tänzerisch und gesanglich begleitet durch Schülerinnen und Schüler der Schauspiel- schule Koblenz. Das Konzept ging auf, bei strahlendem Sonnenschein machten die zahlreichen Zuschauerinnen und Zuschauer die temperamentvolle Zeitreise begeistert mit und zeigten durch ihre sehr positive Resonanz, dass eine ganz andere Art von Archivpädagogik auch Personengruppen, die bisher keinerlei Berührungspunkte gehabt haben, auf das Archiv aufmerksam machen und für dessen Aufgaben interessie-



ren kann. Auch bei dieser Veranstaltung wurde auf Nachhaltigkeit Wert gelegt und ein Film angefertigt, der für das digitale Angebot der Landesarchivverwaltung nachgenutzt wird.

Wie das gesamte Rahmenprogramm konnte auch diese inhaltlich und organisatorisch sehr aufwändige Veranstaltung nur durch die enge Zusammenarbeit und Unterstützung vieler Partner*innen sowie das besondere Engagement aller

Beteiligten verwirklicht werden. Diese Aktivitäten sind daher ausschließlich im „Scheinwerferlicht“ des Landesjubiläums zu sehen und dürfen nicht zu der Erwartung führen, dass die Landesarchivverwaltung derartige Angebote zum Standard ihrer historisch-politischen Archivpädagogik machen könnte. Dazu fehlen ihr leider die personellen und finanziellen Ressourcen. Es kann lediglich gelingen, dies allerdings auch nur

mit großem Aufwand, die durchgeführten Veranstaltungen durch Filmmitschnitte und das durch den Austausch mit dem Publikum zusätzlich gewonnene Material nachzunutzen und auch digital zur Verfügung zu stellen.

¹ Rede vor der Beratenden Landesversammlung zum Abschluss der Verfassungsdebatte, 25. April 1947; zitiert nach: Peter Altmeier. Reden 1946–1951, ausgewählt und herausgegeben von Karl Martin Graß und Franz-Josef Heyen, Boppard 1979, S. 35.

Foto: Anja Runkel, Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier/Stadtarchiv



Prof. Dr. Susanne Bennewitz und Studierende der Hochschule Trier im Austausch vor Originalen mit Stadtarchivarin Dr. Simone Fugger von dem Rech, Juni 2022

Alles unter einem Dach

Stadtarchiv Trier und Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier weiten ihr Bildungskonzept aus

Simone Fugger von dem Rech

Historische Bildungsarbeit und Archivpädagogik gehören im Stadtarchiv Trier seit langem zum

integralen Service. Eine fortdauernde Tradition hat die Zusammenarbeit mit Trierer Gymnasien

bei Projekttagen zu historischen Themen, Führungen für Schülerinnen und Schüler sowie bei der

Vorbereitung und Durchführung des Geschichtswettbewerbs um den Preis des Bundespräsidenten der Körber-Stiftung. Aber auch zur Universität Trier, zur Hochschule Trier und zu weiteren Bildungseinrichtungen gibt es vielfältige Verbindungen. Die Stärke des Stadtarchivs Trier liegt insbesondere auch darin, dass es seit 1894 mit der Wissenschaftlichen Bibliothek der Stadt Trier eine räumliche und personelle Einheit bildet. Die Nutzerinnen und Nutzer schätzen ein besonders dichtes Informations- und Medienangebot, in das wechselseitig und ergänzend Einsicht genommen werden kann. Der archivalischen Überlieferung mit rund 4.000 Originalurkunden, 3.000 laufenden Regalmetern Akten, Amtsbüchern und Deposita, 70 Nachlässen, einer umfangreichen Bildsammlung sowie 5.000 Plakaten und 3.000 Karten, Plänen und Stadtansichten stehen die bibliothekarischen Bestände mit derzeit ca. 450.000 Bänden, darunter etwa 3.000 Handschriften, 95.000 Druckschriften bis 1850 mit rund 3.000 Inkunabeln, 2.000 Autographen sowie 6.500 Grafikblättern und Porträts, gegenüber. Besondere Werke werden in der Schatzkammer des Hauses öffentlich ausgestellt, darunter der „Codex Egberti“, eine bedeutende ottonische Handschrift aus der Zeit von 980 bis 993, die zum Weltdokumentenerbe der UNESCO zählt. Während es durchaus Archive gibt, die mit einem weiteren Archiv gemeinsam untergebracht sind, so z. B. das Stadtarchiv Dessau-Roßlau mit einer Abteilung des Landesarchivs Sachsen-Anhalt, ist die Kombination von Bibliothek und Archiv mit solch bedeutenden Beständen eine Besonderheit. Dieser Vorteil soll zukünftig noch besser in den Dienst pädagogischer Angebote gestellt werden. Ein sehr schönes

Beispiel hierfür bietet eine Seminareinheit der Hochschule Trier, Campus Gestaltung, die im Juni 2022 stattfand. Im Rahmen der Transdisziplinären Lehre „Kultur und Gesellschaft“ lotete Prof. Dr. Susanne Bennewitz mit Master-Studierenden verschiedener Designstudiengänge Möglichkeiten einer Arbeit an Originalen in Archiv und Bibliothek aus. Da die meisten Studierenden gewohnt sind, nur noch mit digitalen Bildvorlagen zu arbeiten, soll ihnen der Unterricht vor Ort Kompetenzen einer gezielten Recherche und Nutzung von Originalen vermitteln. Anhand thematischer Vorgaben der Dozentin an die Archivleiterin lernten die Studierenden somit nicht nur Beispiele aus der Plakatsammlung des Stadtarchivs aus der Zeit von 1917 bis 1949, sondern auch Jugendstil-Mappen mit kunstgewerblichen Vorlageblättern aus den Beständen der Wissenschaftlichen Bibliothek kennen. Für die Studierenden, die erstmals mit Originalen in Berührung kamen, eröffneten sich neue Perspektiven für ihre Arbeit, da sie über die Inhalte hinaus auch auf besondere, einzigartige oder ungewöhnliche Formen wie Papierbeschaffenheit, Druck, Farben oder Gebrauchsspuren aufmerksam gemacht wurden, die bei der Konversion auf z. B. digitale Bildträger nicht überliefert werden können. Der intrinsische Wert ist nach wie vor ein wichtiger Faktor in der historischen Vermittlung. Die Dozentin verwies zudem darauf, dass die Eigenrecherche in Archiven und Bibliotheken die Chance böte, noch unentdeckte, nicht im Internet zu findende Inspirations- und Arbeitsquellen aufzuspüren und dadurch individuelle Lösungsansätze für Aufgaben zu entwickeln. Für das Wintersemester 2022/23 ist eine weitere Unterrichtseinheit dieses Formats

geplant. Das Stadtarchiv und die Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier setzen weiterhin vor allem darauf, das Alleinstellungsmerkmal der Einrichtung gerade auf diesem Sektor weiter auszubauen, zumal das Haus mit einem multifunktionalen Lesesaal, einem Vortragsaal und einem Seminarraum auch über die erforderliche Infrastruktur verfügt. Allerdings sollten zukünftig verstärkt auch andere Schulformen bis zur Grundschule in den Blick genommen werden. Nur so gelingt es, die jüngere Generation an einen vielfältigen, kompetenten Mediengebrauch heranzuführen und möglicherweise auch Interesse für Berufe im Archiv- und Bibliothekswesen zu wecken.

Fotos: Zentralarchiv der Ev. Kirche der Pfalz, Speyer



Großer Bahnhof für den Hausmeister – Gruppenbild vom Sommer 1928

Niederschwellige Bildungsarbeit – ein Schaufenster für das Zentralarchiv

Gabriele Stüber, Gesine Parzich

Der Bildungsauftrag von Archiven ist nicht unbedingt als erstes im Blick, wenn von Archivarbeit die Rede ist. Allerdings findet sich in vielen Archivgesetzen das Stich-

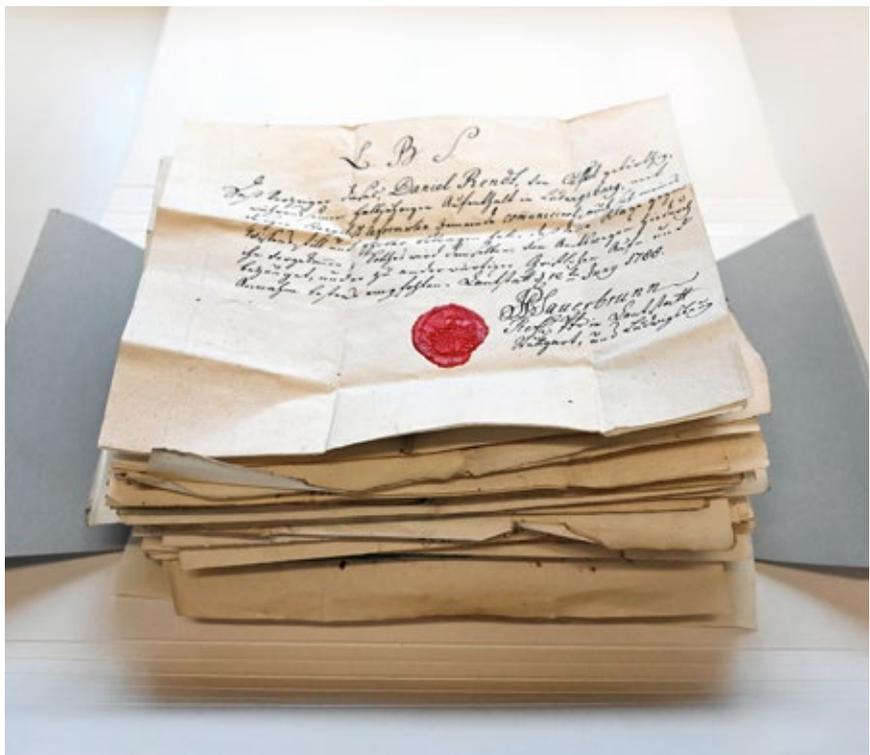
wort „Vermittlungsauftrag“. In § 4 Abs. 5 heißt es im Archivgesetz der pfälzischen Landeskirche u. a.: „Das Zentralarchiv wirkt an der Auswertung und Vermittlung des

von ihm verwahrten Archivgutes mit. Es nimmt Aufgaben im Rahmen der Aus- und Fortbildung sowie im Bereich der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit wahr.“

Ausgehend von diesem Auftrag sind Mitarbeiterinnen des Zentralarchivs in die Vikarsausbildung ebenso eingebunden wie in Kirchenführungskurse der Evangelischen Erwachsenenbildung, um nur zwei Beispiele aus der Palette zu nennen. Handschriftenlesekurse gehören seit 2006 zum Standardangebot und sollen mit dazu beitragen, Interesse für Archivalien und die Archivarbeit zu wecken. So ist Bildungsarbeit auch immer ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit von Archiven.

Über den größeren Kontext archivischer Bildungs- und Kulturarbeit wurde in dieser Zeitschrift 2018 ausführlicher berichtet. In dieser Ausgabe soll ein niedrigschwelliges Bildungsangebot des Zentralarchivs vorgestellt werden, das dazu dient, Neugier zu erzeugen auf das, was Archive in ihrem Bestand haben: ein Schaufenster. Seit Dezember 2020 bietet das Archiv auf seiner Homepage in dieser Rubrik alle 14 Tage Fotos, Kuriosa und Neuigkeiten aus der Archivarbeit an. Die gewählten Themen sind zum Teil jahreszeitlich gebunden wie etwa im Kontext von Weihnachten, Ostern oder Erntedank. Zum Angebot gehört auf jeden Fall der Blickfang mit einer Abbildung, die mit einem kurzen Text erläutert wird.

Da alle Motive auch nach ihrer Präsentation angeklickt werden können, ist ein kurzweiliger Schaufensterbummel für jene garantiert, die Lust auf mehr haben – und das eben liegt in der Absicht der Appetithappen, die in ihrer Gesamtheit ein Buffet bilden. Ganz aktuell wird es beispielsweise, wenn mit Blick auf die Corona-Pandemie das Thema „Impfen“ aus der Archivkiste geholt wird wie im März 2021. Ein Beitrag informierte damals über die „Schutzpockenimpfung“ vom 1. Juli 1816. Ein sogenannter Vorzeigebrief aus dem 18. Jahrhundert verweist auf die besondere Form von Ausweisen für reisende Hand-



Ein Stapel Vorzeigebriefe, obenauf ein Exemplar aus Cannstatt bei Stuttgart

werksburschen und Dienstmägde (s. Abb.). Sie wurden beim örtlichen Pfarrer vorgezeigt und waren Voraussetzung für die Aufnahme in die Kirchengemeinde. Bei der Weiterreise wurde ein neuer Vorzeigebrief für die nächste Station ausgestellt und bescheinigte – hoffentlich – den anständigen Lebenswandel und die regelmäßige Teilnahme am Abendmahl. Die Briefe sind Quellen für eine besondere Form der Migrationsgeschichte.

Mit Blick auf die zahlreichen Organisationsberatungen, die Kosten und insbesondere Verwaltungspersonal reduzieren sollen, liefert ein Foto vom Sommer 1928 (s. Abb.) einen aufschlussreichen Akzent. Aus Anlass des Geburtstages von Hausmeister Karl Fein hat die gesamte Belegschaft des Landeskirchenrates (Oberbehörde der pfälzischen Landeskirche) sich zum Gruppenbild versammelt, insgesamt 16 Personen. Das waren noch Zeiten...

Im Juni 2021 schaffte es dann der neue Schädling der Kultureinrichtungen, das Papierfischchen,

in das Schaufenster, gefolgt von einer Aufnahme des Zentralarchivs. Das 1902 als „Königliches Kreis-Archiv“ errichtete Gebäude diente bis 1987 dem Landesarchiv Speyer als Unterbringung und steht unter industriellem Denkmalschutz. So bietet sich dem interessierten User eine bunte, in der Summe ebenso lehr- wie inhaltsreiche Palette archivarischer Details. Auch in der Kirchenverwaltung findet das Schaufenster gute Resonanz und erweist sich damit zusätzlich als ein Instrument der internen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Die Erweiterung des Angebots um interaktive Elemente ist in der Planung. Und alle 14 Tage gibt es Neues zu entdecken. Schauen Sie doch auch einmal in das Schaufenster des Zentralarchivs:

<https://www.zentralarchiv-speyer.de/schaufenster>

Fotos: Dr. Thomas Grotum, Universität Trier



Ehemaliges Gestapogebäude in Neustadt/Weinstraße

Der Gestapokeller in Neustadt/Weinstraße

Ein neuer historischer Lern- und Gedenkort der Landeszentrale für politische Bildung zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz

Walter Rummel, Annika Heinze

Das Landesarchiv Speyer verwahrt mit 12.179 Ermittlungsakten der Gestapostelle Neustadt/Weinstraße den bundesweit drittgrößten Aktenbestand dieser Art.¹ Dass überhaupt in deutschen Archiven nur drei größere Aktenbestände der Gestapo überliefert sind,² muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die meisten Dienststellen noch kurz vor Kriegsende in der Lage waren, ihre Akten zu vernichten. Innerhalb von Rheinland-Pfalz ist der Neustadter Bestand sogar einzigartig, wenn man sich auf die Existenz der Originale bezieht (in digitaler Kopie liegen an der Universität Trier inzwi-

schen über 3.000 Akten der Gestapo Trier, deren Originalvorlagen erst in den letzten Jahren im französischen Militärarchiv in Vincennes bei Paris entdeckt wurden).³

Ihre Bedeutung für die historisch-politische Bildung haben die pfälzischen Gestapoakten seit vielen Jahren bei zahlreichen Besuchen von Schulklassen und schulischen Geschichts-AGs im Landesarchiv Speyer erwiesen. Schülerinnen und Schüler aller Schultypen konnten sich anhand der Lektüre der Originalakten ein eigenes Bild von dem Schrecken und dem Terror machen, der von der Geheimen Staatspolizei

ausging. Regelmäßig signalisierten die jungen Menschen, wie erschüttert sie aufgrund ihrer Lektüre der Dokumente von der menschenverachtenden Praxis der Gestapo waren. Ein Teilnehmer äußerte dabei sogar den Satz, er glaube nun, „dass es echt sei“, d. h., dass die in den Akten dokumentierten Vorgänge tatsächlich stattgefunden hätten.

Seit 2014 zählen die Gestapoakten des Landesarchivs Speyer auch zum festen Bestandteil in der Ausbildung der Polizei des Landes.⁴ Zum einen werden Beispiele daraus bei den regelmäßigen Einführungsveranstaltungen der Hochschule der

Polizei zur NS-Polizeigeschichte den Studierenden vorgestellt. Zum anderen können letztere am Ende ihres dreijährigen Studiums ihre Bachelor-Abschlussarbeit auch anhand der Akten erstellen. 40 Arbeiten sind inzwischen auf diese Weise im Rahmen eines bislang bundesweit einzigartigen Projektes mit Erfolg entstanden.⁵

Aufgrund ihrer immensen Bedeutung für die Aufarbeitung der NS-Zeit wurden in den letzten Jahren alle Unterlagen dieses Bestandes inklusive der dazugehörigen Kartei (mit ca. 57.000 Karteikarten zu damals erfassten Personen) digitalisiert. Dabei wurde ein wesentlicher Teil der Kosten vom Holocaust Memorial Museum in Washington DC, USA, getragen, was die internationale Ausstrahlung dieses Bestandes unterstreicht.

Was die pfälzischen Gestapoakten insbesondere für die historisch-politische Bildung in Rheinland-Pfalz bedeutsam macht, ist der Umstand, dass das Gebäude der Gestapo in Neustadt, also der Ort, in dem diese Akten entstanden sind, mitsamt dem ehemaligen Häftlingskeller und seinen Zellen noch existiert (Konrad-Adenauer-Straße 10). Nachdem die Liegenschaft in der Nachkriegszeit zunächst der französischen Militärverwaltung diente, gelangte sie 1992 aus Bundes- in Landesbesitz. 2019 verkaufte das Land das Gebäude an die Stadt Neustadt, die es zur Unterbringung ihres Kulturamtes nutzen möchte. Nachdem von Seiten der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig 2019 angekündigt wurde, dass allen Schulen des Landes der Besuch und



Erhaltene Zelle im Häftlingskeller des ehemaligen Gestapogebäudes

die Nutzung von historischen Lern- und Gedenkortern möglich sein sollte, kam es schnell zu einer Übereinkunft zwischen der Stadt Neustadt und dem Land dahingehend, dass die Landeszentrale für politische Bildung den ehemaligen Häftlingskeller der Gestapo Neustadt analog zu den Gedenk- und Lernorten an den Standorten der ehemaligen Konzentrationslager Osthofen und Hinzert ebenfalls für ihre historisch-politische Bildungsarbeit nutzen sollte.⁶ Durch ein Memorandum, das am 26. Juli 2022 unterzeichnet wurde, wird die künftige Zusammenarbeit zwischen der Stadt Neustadt und dem Land Rheinland-Pfalz auf dem Sektor der Erinnerungsarbeit unterstrichen.

Die Errichtung eines solchen Lernortes verlangt umfangreiche Umbaumaßnahmen, um allen Anforderungen an Sicherheit und Nutzung genügen zu können. Konzeptionell beschäftigt sich die Landeszentra-

le seit 2020 konkret mit der künftig notwendigen Ausgestaltung der Kellerräume. Aktuell ist geplant, dass Schüler*innen dort mit faksimilierten Kopien der Akten pädagogisch betreut arbeiten sollen, analog zur erprobten Vorgehensweise im Landesarchiv Speyer. Anhand verschiedenster Aufgabenstellungen und zugeschnitten auf etwa 70 bis 100 ausgewählte Akten können sich zeitgleich bis zu ca. 30 Schüler*innen, aber auch sonstige Besucher*innen anhand konkreter Fälle mit Themen wie Verfolgung, Konzentrationslager, Ausgrenzung, Denunziation, Zwangsarbeit und Widerstand beschäftigen. Zudem soll eine Dauerausstellung eingerichtet werden, die über das System der Gestapo und das Geschehen in dem Gebäudekomplex informiert. Kooperationen mit wichtigen Akteuren vor Ort und aus der Gedenkarbeit sind geplant.

1 Landesarchiv Speyer, Bestand H 91. Hinzu kommen ein kleiner Mischbestand (Bestand H 90) und die Kartei (Bestand R 22, Nr. 1).

2 Der größte in Deutschland überlieferte Bestand dieser Art stammt von der Gestapostelle Düsseldorf und befindet sich im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, der zweitgrößte Bestand kommt von der Gestapostelle Würzburg und befindet sich im dortigen Staatsarchiv.

3 Thomas Grotum, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Die Gestapo Trier. Beiträge zur Geschichte einer regionalen Verfolgungsbehörde (Gestapo – Herrschaft – Terror. Studien zum nationalsozialistischen Sicherheitsapparat, 1), Köln 2018, S. 11–22, hier: S. 15 f.

4 Ihre Nutzung erfolgt im Rahmen einer zwischen der Landesarchivverwaltung und der Hochschule der Polizei abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung.

5 Vgl. Walter Rummel und Thomas Wimmer (mit einem Exkurs von Matthias Bahr), „Menschenrechtsbildung im Studium der Anwärtler und Anwärtlerinnen für den Polizeidienst in Rheinland-Pfalz. Historisches Bewusstsein – menschenrechtliche Orientierung – personaler Dialog“, in: Matthias Bahr, Bettina Reichmann, Christine Schwalter (Hg.), Menschenrechtsbildung. Handreichung für Schule und Unterricht, Ostfildern 2018, S. 322–335.

6 Parallel dazu erteilte die Stadt Neustadt dem Fachbereich Zeitgeschichte an der Universität Mainz den Auftrag, unter Beteiligung vieler Historiker*innen der Region eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen „Gauhauptstadt“ zu erstellen Vgl. Markus Raasch (Hg.), „Volksgemeinschaft“ in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße und der Nationalsozialismus, Münster 2020.

Fotos aus: www.nackenheim-im-nationalsozialismus.de, Film des Gymnasiums Nackenheim, produziert von Linda Zacher und Delphine Bishop



Nackenheim im Nationalsozialismus. Erinnerung gestalten

Partizipative, multimediale Erinnerungsarbeit im Geschichtsunterricht vor Ort

Katharina Kaiser

„Es ist uns wichtig, unser Wissen zu diesem Thema mit Ihnen und vielen weiteren Menschen zu teilen, da diese Ereignisse zeigen, wie einfach es in einer Diktatur ist, Bereiche des Lebens, die eigentlich nichts mit Politik zu tun haben, zu beeinflussen und zu falschen Zwecken zu nutzen.

Außerdem merkt man hieran auch, dass man immer seinen eigenen Verstand benutzen sollte und seine eigene Meinung bilden (...) sollte.“

(Zitat eines im Rahmen der Projektarbeit von einer Schülerin verfassten Textes)

Dass historische Kontextualisie-

rung unabdingbare Voraussetzung der Ausbildung einer Orientierungskompetenz in der Gegenwart darstellt, ist unumstritten und scheint angesichts aktueller, weltpolitischer Ereignisse gewichtiger denn je. Schüler*innen des Gymnasiums Nackenheim haben sich in einer lang-

fristig angelegten Projektarbeit mit der Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort beschäftigt. Ihre Ergebnisse präsentieren sie auf einer Website, die öffentlich zugänglich ist und an deren Erstellung auch Studierende, Lehrkräfte und Lokalhistoriker*innen mitgewirkt haben.

Durchgeführt wurde das Projekt mit mehreren Geschichtskursen der Oberstufe. Über einen forschend-entdeckenden Zugang widmeten sich die Kurse den Wahrnehmungen und Auswirkungen der NS-Diktatur in der rheinhessischen Gemeinde, wobei unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt wurden: Neben personalisierten Zugängen über die Aufarbeitung einzelner Familienschicksale wurden auch alltagsgeschichtliche Betrachtungen zu den Lebenswelten in der NS-Diktatur angestellt sowie Fragen nach sich wandelnden Formen des Gedenkens im 21. Jahrhundert und „vergessenen Orten“ aufgeworfen. Da sich die Betrachtungen auf einen lokalgeschichtlichen Rahmen beschränkten, für den bis zum Projektbeginn keine wissenschaftlichen Detailstudien und kaum Publikationen vorlagen, rückte neben didaktisch-methodischen Fragestellungen der Projektumsetzung zunächst eine Quellenrecherche in den Mittelpunkt. Über einen Zeitungsaufwurf sowie die Hebung verschiedener Bestände aus Archiven der Region wurden multiperspektivische Quellenkonvolute zusammengestellt, die den Kursen als Grundlagen ihrer Recherchen und Exkursionen dienten. Der Bestand U 199 des Landesarchivs Speyer bot hierzu den Fundus für zentrale Quellen, die die Ausgestaltung, Mitwirkung und Konsequenzen der NS-Diktatur vor Ort dokumentieren.

Neben den zumeist administrativen Quellen aus dem Bestand des Landesarchivs stellten auch private Erinnerungen, wie Fotografien, eine Briefedition und Zeitzeugengespräche, Auszüge aus Wiedergutmachungsakten sowie in



der Regionalpresse veröffentlichte Zeitungsartikel wesentliche Pfeiler der Recherchen dar. Die ganz unterschiedliche Quellenlage stellte die Schüler*innen je nach betrachteter Fragestellung entweder vor die heuristische Herausforderung, eine exemplarische Auswahl der für sie relevanten Quellen zu treffen, oder aber aus sehr übersichtlichen Überlieferungen möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu generieren. Genau diesen Prozess reflektierten die Schüler*innen im Anschluss an die Projektarbeit als wichtige Erkenntnis. Quellen(-gattungen) aus verschiedensten Perspektiven mit lokalem Bezug sowie insbesondere jüdischen Selbstzeugnissen wurde im Nachgang besonderer Quellenwert beigemessen, was von einer Sensibilisierung im Hinblick auf historisches Lernen zeugt. Im Sinne eines aktiven „doing history“ werteten die Lernenden „ihre“ Quellenkonvolute hinsichtlich konkreter Fragestellungen aus. Digitale Medien wurden im Projekt dabei einerseits als „Lernwerkzeuge“ zum Filmen, Aufnehmen und Fotografieren geschichtlicher Spuren vor Ort oder der Abbildung von Quellen als Faksimile genutzt. Gleichzeitig dienen sie auch zur Erstellung geschichtskultureller Produkte, bei denen die Kombination

von Quellen und ihrer Deutung in den Fokus rückte. Über diesen aktiven Umgang mit Geschichtsdarstellungen wurden die digitalen Medien auch zu Lernobjekten, die Anlass zur Dekonstruktion bereithielten.

Die Verknüpfung der innerschulischen Arbeit im Geschichtsunterricht mit einer Ergebnispräsentation im digitalen Raum bewirkte gleichzeitig deren Zugänglichmachung für eine Gesamtöffentlichkeit und förderte somit auch den Diskurs, an dem die Schüler*innen wiederum teilhaben können und sollten. Die Website des Geschichtsprojekts kann unter www.nackenheim-im-nationalsozialismus.de besucht werden.

Erinnerung gestalten.

EIGENE ERINNERUNGEN TEILEN
www.nackenheim-im-nationalsozialismus.de
geschichte@gymnasium-nackenheim.de

MIT UNS IN AUSTAUSCH TRETEN
geschichte@gymnasium-nackenheim.de



Prof. Dr. Heinz-Walter Herrmann
Foto: Julius C. Schmidt



Prof. Dr. Edith Ennen (1907–1999)
Foto: privat, Universitätsarchiv Saarbrücken

Archivarisches Engagement in der universitären Lehre

Wolfgang Müller

Mit einem Blick auf das Engagement von Archivarinnen und Archivaren des höheren Dienstes in der universitären Lehre wendet sich das folgende Streiflicht einem facettenreichen Bereich der archivischen Bildungsarbeit zu, die so in besonderer Weise auch einen Beitrag zu Dialog und Kooperation zwischen Archiven und wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung leistet. Eine ursprünglich geplante Übersicht über alle archivbezogenen oder hilfswis-

senschaftlich orientierten Lehrveranstaltungen wissenschaftlicher Archivarinnen und Archivare an den Universitäten unserer beiden Bundesländer von Saarbrücken bis Mainz, von Landau über Trier bis Koblenz ließ sich im Rahmen dieses Beitrages nicht realisieren, zumal unser Wormser Kollege Prof. Dr. Bönnen auch als Lehrbeauftragter für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Heidelberg agiert und der Direktor des Heidelberger Stadtarchivs Dr. Peter Blum

neben seinen vielfältigen internationalen Vernetzungen einen Lehrauftrag für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz innehat. Daher wurde aus pragmatischen Gründen die Darstellung auf die Universität des Saarlandes begrenzt. Denn bereits in den frühen Jahren wirkten zwei frühere Archivare als Professoren am Saarbrücker Historischen Institut. Unmittelbar zur Universitätsgründung 1948 war der zunächst am Geheimen Staatsarchiv



Prof. Dr. Eugen Meyer (1893–1972)
Sammlung Angelloz, Universitätsarchiv Saarbrücken

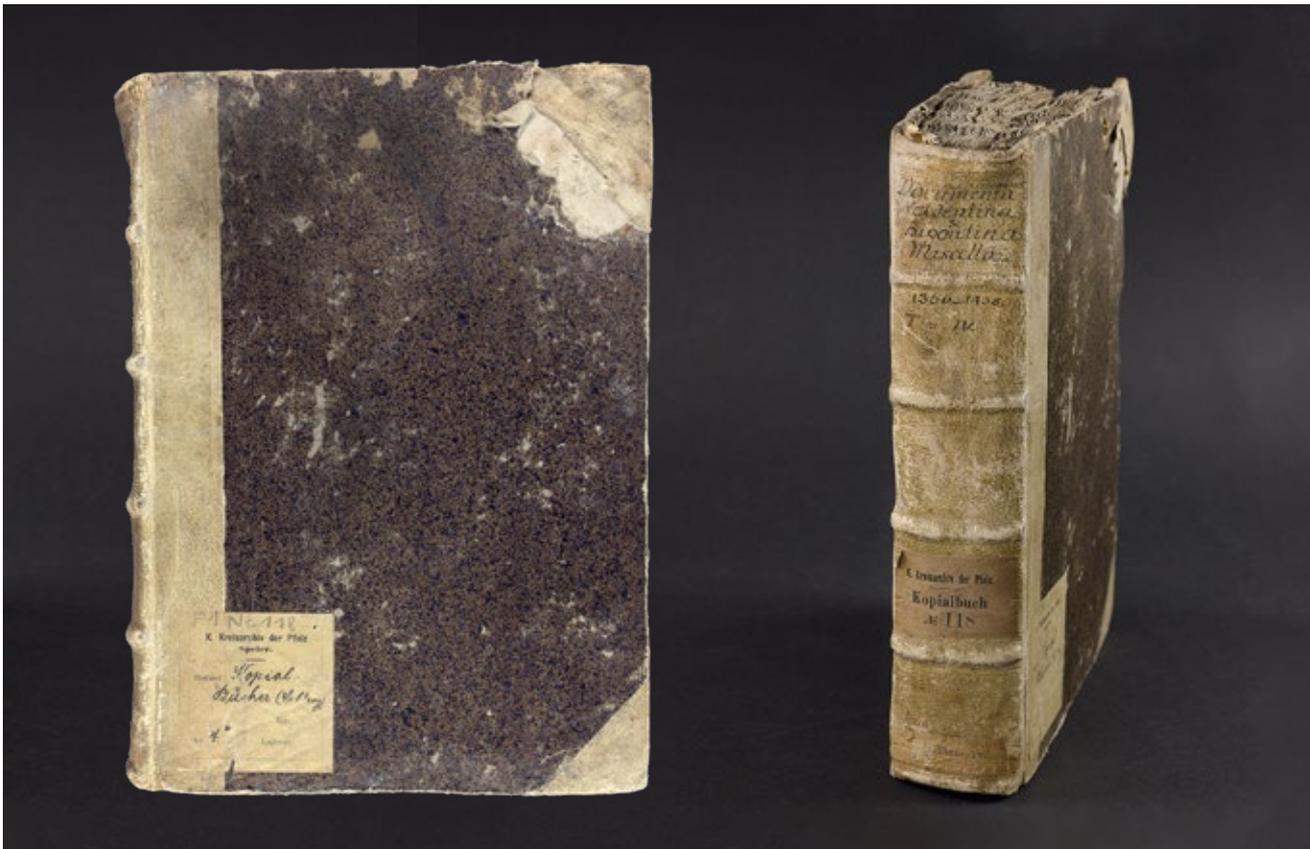
in Berlin-Dahlem, dann als Direktor des Staatsarchivs Münster und als Professor für Historische Hilfswissenschaften an der Berliner Universität tätige Eugen Meyer zum Professor für Mittelalterliche Geschichte berufen worden. Die aus der Saarregion stammende Edith Ennen hatte 1934/35 erfolgreich die Ausbildung am Dahlemer Institut für Archivwissenschaft absolviert, konnte aber als Frau und ohne Zugehörigkeit zur Partei keine der Ausbildung adäquate Archiv-Position erreichen. Sie war am Bonner Institut für geschichtliche Landeskunde des Rheinlandes tätig, ehe sie nach dem Zweiten Weltkrieg unter den schwierigen Bedingungen des Wiederaufbaus das Bonner Stadtarchiv leitete und 1964 – neben der gleichzeitig

nach Münster berufenen Althistorikerin Ruth Altheim-Stiehl – als erste deutsche Professorin für Geschichtswissenschaft das Saarbrücker Ordinariat für Wirtschafts- und Sozialgeschichte übernahm. Zudem engagierte sie sich auch als Vorsitzende des „Historischen Vereins für die Saargegend“ und der „Kommission für Saarländische Landesgeschichte“ und setzte dann nach 1968 ihre eindrucksvolle Laufbahn an der Universität Bonn fort.

Von 1968 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1995 übernahm der Direktor des Landesarchivs des Saarlandes Prof. Dr. Hans-Walter Herrmann, der unter anderem an der École Nationale des Chartes studiert und die Bayerische Archivschule absolviert hatte, ne-

ben seiner Beteiligung an einem interdisziplinären Kolloquium zum Frühmittelalter in der Saarregion am Historischen Institut Lehraufträge in Landesgeschichte, Historischen Hilfswissenschaften und Archivkunde. In seinen fundierten, chronologisch strukturierten paläographischen, aktenkundlichen und editionstechnischen Übungen widmete er sich den verschiedensten deutschen, lateinischen und französischen Quellen vom Mittelalter bis zur Neuzeit, informierte über Diplomatie und Regestierungstechnik oder Aspekte der Siegel- und Wappenkunde und führte die Studierenden ins „Arbeiten im Archiv“ ein. In dieser Tradition bietet der Verfasser im Rahmen eines Lehrauftrags seit 1995 ständig die in der Regel von rund zehn Studierenden unterschiedlicher Semester besuchte Übung „Einführung in das Archivwesen mit paläographischen Übungen an Akten des 19. Jahrhunderts“ an. Neben der Quellenlektüre werden dabei archivwissenschaftliche Grundbegriffe und Fragen der archivischen Nutzung und Recherche ebenso diskutiert wie die facettenreiche, auf zahlreiche Archive verteilte Überlieferung zur Saar-Geschichte, die Bedeutung der Archive für die Erinnerungspolitik oder die Herausforderungen der digitalen Geschichtslosigkeit. Außerdem war mit der Übung bis zum Ausbruch der Pandemie immer eine Besichtigung des Landesarchivs Saarbrücken verbunden. Für ihre Leistungsnachweise beschäftigen sich die Studierenden mit einem archivbezogenen Thema eigener Wahl, stellen in einem mündlichen Vortrag mit Thesenblatt beispielsweise Archive der verschiedensten Sparten oder große Quelleneditionen vor, informieren über Bestandserhaltung, Langzeitarchivierung sowie das Archivwesen benachbarter Länder oder wenden sich der Archivgeschichte in der NS-Diktatur oder den Stasi-Akten zu.

Fotos: Landesarchiv Speyer



75 Jahre lang verschollen – jetzt wieder aufgetaucht

Der 4. Band der Veldenzener Kopialbücher

Franz Maier

Am 4. November 2021 hatte das Landesarchiv Speyer einen bemerkenswerten Zugang zu verzeichnen, dessen Bedeutung für die Erforschung der mittelalterlichen Landesgeschichte von Rheinland-Pfalz kaum zu überschätzen ist: 82 Jahre nach der kriegsbedingten Auslagerung kehrte der bis jetzt verloren geglaubte Band 4 der Veldenzener Kopialbücher ins Landesarchiv zurück, der unter dem zeitgenössischen Titel „Documenta Veldentina et Bipontina miscella“ Urkundenabschriften aus dem Zeitraum von 1366 bis 1438 enthält.

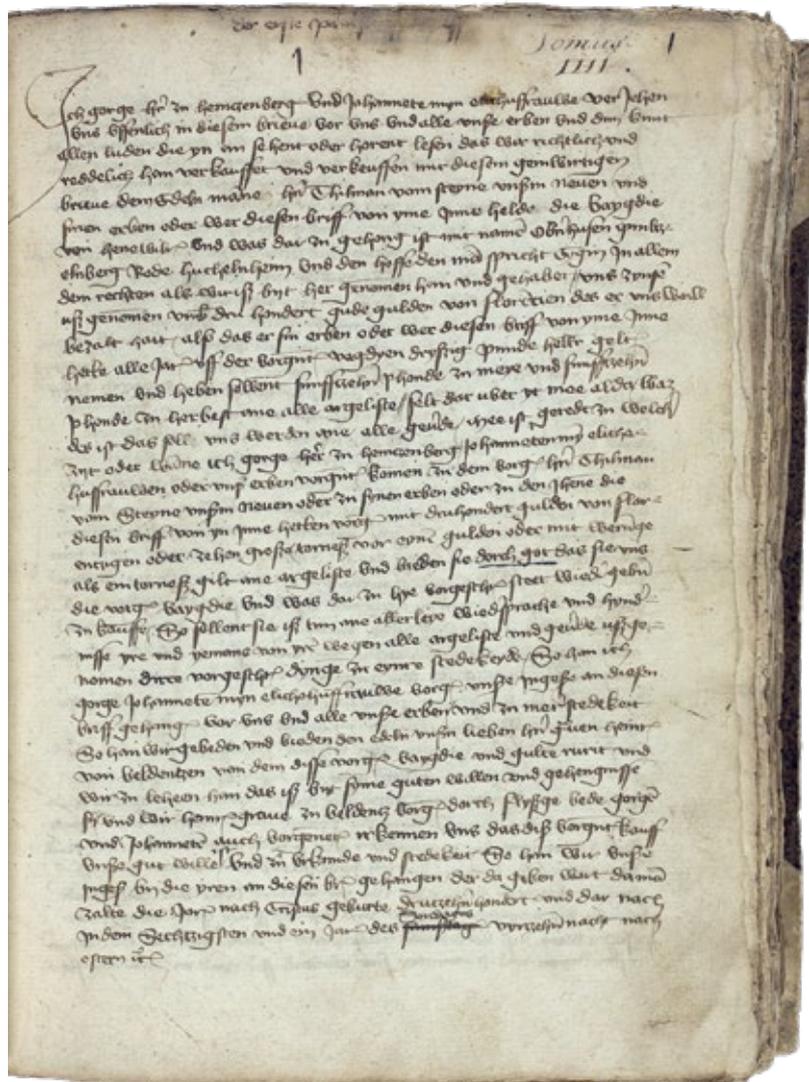
Bei den „Veldenzener Kopialbüchern“ handelt es sich um eine Serie von Bänden mit Urkundenabschriften, die über Jahrhunderte hinweg von der Verwaltung des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken erstellt worden ist. Sie enthalten Abschriften aller Urkunden, welche für Besitzungen und Rechte der Zweibrücker Seitenlinie der Wittelsbacher von Bedeutung sind. Dabei handelt es sich nicht nur um Urkunden, die die Zweibrücker Herzöge selbst ausgestellt und empfangen hatten, sondern auch um viele ältere Urkunden, welche auf neu er-

worbene Besitztümer Bezug haben. Wegen des im Verlauf der Jahrhunderte eingetretenen Verlustes bzw. der Zerstreung der älteren Zweibrücker Archivalien stellen die Kopialbücher die wichtigste Quelle für das Studium der Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken dar.

Bei der kriegsbedingten Auslagerung der Speyerer Archivbestände gelangten die Kopialbücher 1940 nach Aschaffenburg, zunächst ins Schloss Johannisberg, von wo sie 1942 ins Pompejanum verlagert wurden. Bei einem Luftangriff auf Aschaffenburg am 21.

November 1944 erlitt das Pompejanum schwere Schäden, zahlreiche Speyerer Archivalien wurden dabei unter den Trümmern verschüttet. Erst einige Monate nach Kriegsende, im August 1945, wurden die noch vorhandenen Archivalien auf die Burg Rothenfels weitertransportiert. Nach Speyer kamen sie von dort erst 1949 wieder zurück. Die Bestandsaufnahme in Speyer ergab, dass von den ursprünglich 68 Bänden der Veldenzer Kopialbücher nur noch 23 vollständig vorhanden waren. Zwölf weitere Bände waren noch fragmentarisch erhalten, allerdings oft so schwer beschädigt, dass sie nicht mehr zuzuordnen waren. In einem dieser Bände glaubte man den Band 4 wiederzuerkennen, weswegen dieser Band nach einer Restaurierung unter dessen Signatur Nr. 118 ins Magazin eingestellt wurde.

Mehr als 70 Jahre nach diesen Vorgängen erhielt das Landesarchiv Speyer am 26. Mai 2021 ein Schreiben des Antiquars Robert Loest aus Schwerin, in dem dieser zwei Bände zum Kauf anbot, deren Signaturen ihn eine ursprüngliche Herkunft aus dem Landesarchiv (damals noch Staatsarchiv) Speyer vermuten ließen. Die Bände waren in einem Buchnachlass enthalten gewesen, den er in Hildesheim angekauft hatte. Die mitgelieferten Fotos machten auf den ersten Blick klar, dass es sich bei dem einen der Bände um den Band 4 der Veldenzer Kopialbücher handeln musste. Und mehr noch: Der Erhaltungszustand war hervorragend, auch noch mit dem alten Speyerer Signaturschild, gerade so, als ob er nie den Schutz des Archivmagazins verlassen hätte. Das Erfreulichste an diesem Fund war aber die Tatsache, dass es von den ebenfalls verlorenen Bänden 1 bis 3 immerhin noch die Pöhlmann'schen Regesten gab, wodurch zumindest deren Inhalt überliefert war. Zu Band 4 hatte Pöhlmann jedoch keine Regesten mehr angefertigt, weswegen die



darin aufgezeichneten Urkunden bis 2021 als vollständig verloren angesehen wurden.

Der zweite angebotene Band enthält zwei Weistümer von Altkirchen bei Kusel aus den Jahren 1545 und 1600, die im Staatsarchiv Speyer zumindest durch maschinenschriftliche Abschriften aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts erhalten geblieben waren. In der pfälzischen Weistümergedition von Wilhelm Weizsäcker aus dem Jahr 1962 war der Band als „vernichtet“ deklariert worden, jetzt zählt er wieder zu den Beständen des Landesarchivs, ebenfalls in hervorragendem Erhaltungszustand, nach dem es der rheinland-pfälzischen Landesarchivverwaltung im November

2021 gelungen ist, die Bände vom Antiquariat Loest zu einem ausgesprochen fairen Preis anzukaufen.

Insbesondere das Wiederauftauchen des jahrzehntelang verschollenen Bandes 4 der Veldenzer Kopialbücher ist ein ausgesprochener Glücksfall für die rheinland-pfälzische Landesgeschichte, da damit mehrere hundert bisher völlig unbekannte Urkunden aus dem 14. und 15. Jahrhundert zur Verfügung stehen. Für das Landesarchiv Speyer stellt sich jetzt nur noch die Frage, worum es sich eigentlich bei dem Band handelt, der bisher als 4. Band der Veldenzer Kopialbücher unter der Signatur F 1 Nr. 118 im Speyerer Archivmagazin gelagert war.

Fotos: Wolfgang Jung



Eine Fundgrube für die Geschichte der deutschen Friedensbewegung

Der Nachlass Wolfgang Jung im Landesarchiv Speyer

Franz Maier

In den Jahren 1979 bis 1983 kam es in der damaligen Bundesrepublik Deutschland zu großdimensionierten Protestaktionen einer Friedensbewegung mit hunderttausenden Teilnehmern, die unmittelbar durch den sogenannten „NATO-Doppelbeschluss“ ausgelöst worden waren. Dieser auf einer Konferenz der NATO in Brüssel am 12. Dezember 1979 gefasste Beschluss beinhaltete eine Neuaufrüstung mit atomwaf-

fenfähigen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, um ein in diesem Bereich in den vorangegangenen Jahren entstandenes Übergewicht der Sowjetunion aufzuholen, verbunden mit einem gleichzeitigen Angebot für Verhandlungen zur Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten. Höhepunkte der von der Friedensbewegung dagegen inszenierten Proteste waren die Friedensdemonstrationen in Bonn im Oktober

1981 und Juni 1982 mit 350.000 bzw. 500.000 Teilnehmern und der „Heiße Herbst“ im Oktober 1983, an dem sich in der gesamten Bundesrepublik 1,3 Millionen Menschen beteiligten.

In politischer Hinsicht hatte die Diskussion um den Doppelbeschluss erhebliche Auswirkungen: Nachdem der Beschluss 1979 noch vom Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) mitgetragen worden war, entfernte sich die regierende



SPD in den folgenden Jahren unter dem Eindruck der Proteste der Friedensbewegung immer mehr von dieser Position, was schließlich im Oktober 1982 die Aufkündigung der Koalition durch die mitregierende FDP und die Bildung einer neuen Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) zur Folge hatte. Nachdem die neue Koalition von CDU/CSU und FDP durch eine vorgezogene Bundestagswahl am 6. März 1983 bestätigt worden war, stimmte der Bundestag am 22. November 1983 mit deutlicher Mehrheit für die Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen auf dem Bundesgebiet. Das unmittelbare politische Anliegen der damaligen Friedensbewegung war somit gescheitert, doch hat sie mit der Partei der „Grünen“, die in diesem Kontext im Januar 1980 in Karlsruhe gegründet wurde und bei der Wahl 1983 erstmals in den Bundestag einziehen konnte, ein bleibendes politisches Erbe hinterlassen.

Einer der Kristallisationspunkte für die damaligen Proteste der Friedensbewegung war die Ramstein Air Base in der Westpfalz, ein ursprünglich von der deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg auf einem Autobahnteilstück angelegter Behelfsflugplatz, den die U.S. Air Force ab 1952 zu ihrem größten Stützpunkt außerhalb der USA ausgebaut hatte und auf dem sich ab 1973 auch ihr Hauptquartier in Europa befand. In dem zwei Kilometer von der Air Base entfernten Ort Miesenbach wurde 1938 Wolfgang Jung geboren. Der Tod seines Vaters 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft verfestigte in ihm schon früh eine generelle Ablehnung von Krieg und Gewalt. Ab 1960 arbeitete Wolfgang Jung als Lehrer an pfälzischen Volks- und Hauptschulen, überwiegend in Kaiserslautern, und war daneben in der Lehrerausbildung sowie ehrenamtlich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

und in der Betreuung von Jugendgruppen in Jugendlagern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge tätig.

Motiviert durch die Aktivitäten der amerikanischen Air Force auf der nur zwölf Kilometer von seiner Wohnung entfernten Ramstein Air Base, engagierte sich Jung in der Friedensbewegung und erstellte 1980 eine Dokumentation „Region Kaiserslautern – Größtes atomares Machtzentrum der USA und der NATO in Europa“. Er geriet dadurch ins Visier seines Dienstherrn, des Landes Rheinland-Pfalz, das gegen ihn 1981 „wegen seines Engagements gegen den Vietnam-Krieg, gegen Berufsverbote und für das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit Kaiserslautern und vermuteter DKP-Mitgliedschaft“ ein Berufsverbotsverfahren eröffnete. Das Verwaltungsgericht Neustadt verfügte 1986 eine Kürzung seiner Dienstbezüge um 15 Prozent für die Dauer von drei Jahren, doch wurde nach einem außergerichtlichen Vergleich im Jahr 1997 der einbehaltene Anteil seiner Bezüge durch „Gnadenerweis“ nachgezahlt. Zwei Jahre später trat Jung aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand.

Durch Vermittlung von Michael Geib, Leiter des „Dokumentations- und Ausstellungszentrums zur Geschichte der US-Amerikaner in Rheinland-Pfalz“ in Ramstein-Miesenbach (www.dc-ramstein.de), gelangte jetzt die von Wolfgang Jung in den Jahrzehnten seiner Aktivität für die Friedensbewegung aufgebaute Sammlung in das Landesarchiv Speyer. Zentraler Bestandteil dieser Sammlung ist die Zeitschrift „Luftpost. Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein“, die Wolfgang Jung zusammen mit seiner Ehefrau Fee Strieffler von November 2004 bis April 2021 in insgesamt 3.185 Ausgaben veröffentlicht



hat. 77 Aktenordner enthalten alle Ausgaben dieser Zeitschrift (die außerdem noch auf der Website www.luftpost-kl.de online einsehbar ist), ergänzt durch Ausdrücke der jeweils verwendeten (oft englischsprachigen) Originalartikel und ausgewählte Zusatzquellen. Dazu kommen noch einige Aktenordner mit Informationen über ein-

zelne US-Militäreinrichtungen in Rheinland-Pfalz, z. B. die Air Bases Ramstein und Spangdahlem, das in Kaiserslautern stationierte 21st Theater Sustainment Command, verantwortlich für die Militärlogistik im Afghanistankrieg („Operation Enduring Freedom“) von 2001 bis 2014 und im Irakkrieg („Operation Iraqi Freedom“) von 2003 bis

2011, und die Kaiserslautern Military Community.

Dazu kommt eine große Menge an „grauer Literatur“, Broschüren und Dokumentationen aus der Friedensbewegung zur Stationierung der Pershing-II-Mittelstreckenraketen und der Cruise-Missile-Marschflugkörper. Dreizehn Diakassetten enthalten über 2.200 Farbdias aus den Jahren 1980 bis 1990 von regionalen und überregionalen Aktionen der Friedensbewegung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie auch von anderen Ereignissen, etwa juristischen Verfahren (Berufsverbotsverfahren), die für die Friedensbewegung relevant waren. Die nächste Generation der Friedensbewegung in der Pfalz ist dokumentiert durch zahlreiche Farbfotos der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ aus den Jahren 2015 bis 2017, jetzt den veränderten technischen Möglichkeiten entsprechend auf einem USB-Stick gespeichert. In diesen Zusammenhang sind auch 16 laminierte DIN A3-Infotafeln zur Air Base Ramstein einzuordnen. Bestandteil der





Sammlung ist auch eine Bibliothek mit mehreren hundert Titeln, die u. a. auch zahlreiche in den USA zu Fragen der Militärstrategie veröffentlichte Bücher enthält, so z. B. das 2015 erschienene Buch von Richard Whittle zur Drohnenkriegsführung („Predator. The Secret Origins of the Drone Revolution“). Gerade dieser Teil der Sammlung hat infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und die dadurch ausgelöste akute Kriegsgefahr in ganz Europa wieder höchste Aktualität erlangt.

Umfangreich dokumentiert sind in der Sammlung auch die von Wolfgang Jung geführten Gerichtsverfahren: der bereits erwähnte Prozess in den 1980er Jahren vor dem Verwaltungsgericht Neustadt wegen des ihm drohenden Berufsverbotes, aber auch seine bis zum Bundesverwaltungsgericht geführte erfolglose Klage, mit der die Bundesregierung dazu verpflichtet werden sollte, die seiner Meinung nach völkerrechtswidrige Nutzung der Air Base Ramstein im Drohnenkrieg der USA zu unterbinden. Im letztinstanzlichen

Urteil aus dem Jahr 2016 sprach das Bundesverwaltungsgericht Jung die Klagebefugnis ab.

Mit dem Nachlass Wolfgang Jung (Bestand V 259) hat das Landesarchiv Speyer eine der umfassendsten Sammlungen zur Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland von 1980 bis 2021 übernommen. Für eine künftige his-

toriographische Aufarbeitung der deutschen Friedensbewegung von ihrer Blütezeit in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts bis zum historischen Einschnitt des russischen Überfalls auf die Ukraine im Jahr 2022 wird dieser Bestand unentbehrlich sein.



Fotos: Landeshauptarchiv Koblenz



Musik im Archiv – ein sensationeller Fund im Landeshauptarchiv Koblenz

Caroline Seiler

Historische Schriftstücke sind Schätze, die aus der Vergangenheit erzählen und durch die das Geschehene lebendig werden kann. Nicht so oft kommt es vor, dass als verschollen gegoltene Dokumente wieder auftauchen und dann auch noch an Orten, wo man sie nicht im ersten Moment vermutet.

So geschah es aber im Frühjahr 2021, dass im Landeshauptarchiv Koblenz bei Aussonderungsarbeiten

drei Drucke aus dem 18. Jahrhundert gefunden wurden, die sich bei näherer Betrachtung als herausragender Fund entpuppten. Es handelt sich hierbei um die Stimmenauszüge der Zweitaufgabe des „Missale tum rurale tum civile exhibens Missas duodecim tum rurales tum civiles, in duas partes divisas - Opus XII, Pars I.“ (1743) und das beigegebundene Werk „Cultus Marianus exhibens Litanias Lauretanis VI de B. V.

Maria rurales - Opus XVIII“ (1736) von einem der bedeutendsten süddeutschen Klosterkomponisten, dem Benediktinerpater Johann Valentino Rathgeber (1682–1750) aus dem Kloster Banz (bei Bamberg). Die Sensationalität dieses Fundes beweist die Tatsache, dass im Jahr 2017 erstmals die Stimmenauszüge Canto, Tenore, Violino I/II, Clarino I/II, Violoncello des Opus XII in der Dombibliothek Fritzlar gefunden wur-

den. Die Stimmenauszüge, die nun dem Landeshauptarchiv Koblenz vorliegen, sind genau die fehlende Alto-, Basso- und Organostimme, die das Musikstück komplett machen und somit die Überlieferungslücke schließen.

Wer Pater Johann Valentin Rathgeber war, soll nachfolgend kurz beschrieben werden. Rathgeber wurde am 3. April 1682 als Sohn eines Organisten und Schullehrers geboren. Er studierte Rhetorik, Mathematik, Rechtswissenschaft und Theologie in Würzburg und erhielt im Jahr 1711 seine Priesterweihe. Im Kloster Banz, in das er bereits im Jahr 1707 als Novize eingetreten war, ging er seiner musikalischen Leidenschaft als Organist und Chorleiter nach und komponierte. Im Oktober 1729 verließ er dann unerlaubt das Kloster. Ihn zog es innerhalb von neun Jahren nach Mainz, Bonn, Köln, Trier, Stuttgart, Regensburg, Wien, in die Steiermark, in die Schweiz und nach Ungarn. Erst 1738 kehrte er in sein Heimatkloster Banz zurück und wurde dort rehabilitiert.

Seine Werke verbreitete Rathgeber u. a. durch den Musikverleger und Buchdrucker Johann Jakob Lotter aus Augsburg. Von den 22 Opus-Werken sind weltweit 21 überliefert. Nur Opus 21 fehlt weiterhin. Die Zweitaufgaben, die nun im Landeshauptarchiv Koblenz gefunden wurden, zeugen davon, wie beliebt die Kompositionen Rathgebers gewesen sein mussten. Nicht ohne Grund wurde eine zweite Auflage herausgegeben. Es handelt sich bei dem betreffenden Werk um eine Ruralmesse, also eine Messe, die so komponiert war, dass die Mitwirkung von Laien im ländlichen Raum einfacher möglich war. Die Besetzungsmöglichkeiten waren variabel und somit auch eine Ausführung in einem begrenzten personellen Rahmen umsetzbar.

Auf den gefundenen Notendruckern finden sich kleinere Benutzungsspuren. Diese könnten daraufhin deuten, dass die Drucke tatsächlich in Benutzung waren. Wo genau dies aber gewesen sein soll, kann leider nicht mehr nachvollzogen werden. Es könnte sein, dass sich ein Priester im ländlichen Raum die gefundenen Stimmenauszüge selbst zulegte. Wir wissen, dass in Bacharach Noten von Rathgeber existierten, aber auch im Zisterzienserkloster Eberbach (Rheingau).¹ Vielleicht ist der Ursprung der gefundenen Stimmenauszüge aber auch an einem ganz anderen Ort zu suchen.

Die Hauptsache ist natürlich, dass die Stimmenauszüge gefunden wurden und dank einer durch die „Walther und Erika von Dietrich - Dr. med. Elfriede Burger-Stiftung“ finanzierten Restaurierung nun auch in einem guten Erhaltungszustand für nachfolgende Generationen aufbewahrt werden können. Die Digitalisierung der Noten ist ebenfalls abgeschlossen, so dass einer Benutzung nichts mehr im Wege steht.

Die Noten wurden von Seiten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bereits ins Portfolio für Editionsprojekte im Masterstudiengang Musikwissenschaft und für die Lehrerausbildung aufgenommen, was uns sehr freute. Ein herzlicher Dank gilt weiterhin Herrn Prof. Dr. Friedhelm Brusniak, der uns u. a. bei der Einschätzung des wissenschaftlichen Wertes der Noten maßgeblich unterstützte und durch den auch bereits eine Verbindung zur internationalen Valentin-Rathgeber-Gesellschaft Oberelsbach e. V. hergestellt wurde. Des Weiteren wurde der Fund dem Répertoire International des Sources Musicales (RISM) gemeldet, so dass auch dort eine Verknüpfung mit dem Landeshauptarchiv Koblenz gewährleistet ist.



Abschließend möchten wir nun gerne dazu einladen, mit Hilfe der Digitalisate der Stimmenauszüge Johann Valentin Rathgebers (Bibliotheks-Signaturen im Landeshauptarchiv: VII 396 1–3) zu forschen und wissenschaftlich zu arbeiten. Eine Bestellung der Digitalisate ist jederzeit möglich.

¹ Christian Binz, Kirchenmusikpflege an der Bacharacher Kapuzinerkirche 1777, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 62, 2010, S. 389–396, hier S. 394.

Fotos: Landeshauptarchiv Koblenz



Rathgeber-Noten vor und nach der Restaurierung



Restaurierung von Noten des Valentin Rathgeber und eines Kirchengesangbuches

Achim Krümmel, Caroline Seiler

Die Restaurierung der bei Aussonderungsarbeiten im LHA Koblenz Anfang 2021 aufgefundenen Unikate von Noten einer Ruralmesse des Valentin Rathgeber konnte dank einer Finanzierung der Maßnahme durch die „Walther und Erika von Dietrich - Dr. med. Elfriede Burger-Stiftung“ erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen werden.

Bei dem herausragenden, geradezu sensationellen Fund handelt es sich um bisher einmalige, als verschollen gegoltene Stimmenauszüge der Zweitauflage des „Missale tum rurale tum civile

exhibens Missas duodecim tum rurales tum civiles, in duas partes divisas - Opus XII, Pars I.“ (1743) und das beigegebundene Werk „Cultus Marianus exhibens Litanias Lauretanis VI de B. V. Mariae rurales - Opus XVIII“ (1736) von einem der bedeutendsten süddeutschen Klosterkomponisten, dem Benediktinerpater Johann Valentin Rathgeber (1682–1750) aus dem Kloster Banz (bei Bamberg).

Das Musikstück ist eine Ruralmesse, mit deren Komposition Rathgeber auf die besondere kirchenmusikalische Praxis im 18. Jahrhundert auf dem Land reagier-

te. Er gab somit der Mitwirkung von Laien in der ländlichen Kirchenmusik einen Raum. Studien von in- und ausländischen Musikwissenschaftlern zu der Ruralmesse und der Ruralvesper zeigen die Bedeutung und das große Interesse der Musikwissenschaft an derartigen Kompositionen.¹

Im Jahr 2017 wurde in der Musikaliensammlung der Dombibliothek Fritzlar bereits ein Teil (Canto, Tenore, Violino I/II, Clarino I/II und Violoncello) der ursprünglichen Stimmensätze gefunden. Die nun im Landeshauptarchiv Koblenz ermittelten Drucke der Stimmenaus-



Gesangsbuch vor und nach der Restaurierung

züge Alto, Basso und Organo ergänzen die Funde aus Fritzlar und vervollständigen die Überlieferung der im Jahr 1743 herausgegebenen unbekanntes Zweitaufgabe (Erstaufgabe erfolgte 1733) von Johann Valentin Rathgeber.²

Ebenfalls von der Dietrich-Burger-Stiftung finanziert wurde die Restaurierung eines Kirchengesangsbuches, das im Rahmen eines Buchgeschenkes aus dem Nachlass eines Herrn aus Koblenz 2020 in das Landeshauptarchiv Koblenz gelangt ist.

Das etwa 200 Blatt umfassende Kirchengesangsbuch ist von bisher unbekannter Hand geschrieben worden. Einband, Titelblatt und Anfang fehlen, ebenso ein schriftlicher Hinweis zur exakten Datierung. Aufgrund der Schrift dürfte das Buch aus dem 18. Jahrhundert stammen und gehörte ursprünglich vermutlich einem Kanoniker des Koblenzer Stifts St. Florin. Seine Besonderheit liegt in

der handschriftlichen Verfasstheit und führt explizit den hohen Stellenwert vor Augen, den Frömmigkeit und Religiosität in dieser Zeit im Kurfürstentum und Erzstift Trier eingenommen hatten.

Insbesondere unter dem letzten Kurfürsten und Erzbischof von Trier, Clemens Wenzeslaus von Sachsen (1739–1812), war das Frömmigkeitsgefühl im Kurstaat sowie in der Residenz Koblenz besonders stark ausgeprägt. Dies hängt vor allem auch mit der persönlichen Einstellung des Kurfürsten zusammen, der von großer Frömmigkeit geprägt war, täglich die Messe zelebriert, geistliche Exerzitien durchgeführt und das Prozessionswesen in sehr starkem Maße gefördert hat. Auf das äußere Erscheinungsbild der katholischen Geistlichen legte Clemens Wenzeslaus großen Wert. Sie sollten eindeutig ihrem Stand entsprechend in der Öffentlichkeit auftreten. Wenn auch eine von ihm

gewünschte Reform der Bistums-liturgie zwar diskutiert, aber nicht umgesetzt wurde, so nahm Clemens Wenzeslaus auf die zeremonielle Ausgestaltung des Gottesdienstes an kirchlichen Festtagen an seinen Residenzorten doch bestimmenden Einfluss.³

Vor diesem historischen Hintergrund ist der herausragende Stellenwert des vorliegenden Kirchengesangsbuches zu bewerten, weil andernorts in den Archivbeständen des Landeshauptarchivs Koblenz eine mit dem vorliegenden Quellentyp vergleichbare handschriftliche Überlieferung, bezogen auf diese Zeitepoche, kaum vorhanden und überliefert ist. Das Kirchengesangsbuch war in einem sehr desolaten Zustand und musste restauriert werden, um eine nachhaltige konservatorisch unbedenkliche Sicherung im Landeshauptarchiv Koblenz zu gewährleisten.

1 Hermann Ullrich, Anmerkungen zum Typus der Missa ruralis seit Valentin Rathgeber, in: Valentin Rathgeber. Ein Komponist im Umbruch zwischen Barock und Aufklärung, Tagungsbericht Oberelsbach 2001. – Charles Jurgensmeier SJ, Die Rualmesse von P. Valentin Rathgeber OSB, in: II. internationales Rathgeber-Symposium. An der Schwelle zur Klassik, Festschrift für Gottfried Rehm, 2011, S. 145–156.

2 Friedhelm Brusniak/Michael Gerecke, Eine unbekanntes Zweitaufgabe von Johann Valentin Rathgebers Missale Opus XII Pars I aus dem Jahre 1743 in der Dombibliothek Fritzlar. Ein neuer Beleg für die Beliebtheit der Rualmesse im 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde

(ZHG). Bd. 122, S. 43–56. – Friedhelm Brusniak/Michael Gerecke: Unbekanntes Rathgeber-Druck in der Dombibliothek Fritzlar. Zweitaufgabe der Rualmessen Op. 12 von 1743 wiederentdeckt, in: Kirchenmusikalische Informationen: Musik im Bistum Fulda 2017, 2. Halbjahr, S. 24–28.

3 Peter Brommer/Achim Krümmel, Höfisches Leben am Mittelrhein unter Kurfürst Clemens Wenzeslaus von Trier (1739–1812). Zum 200. Todesjahr des letzten Trierer Kurfürsten (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, 114). Koblenz 2012, hier S. 175–192.

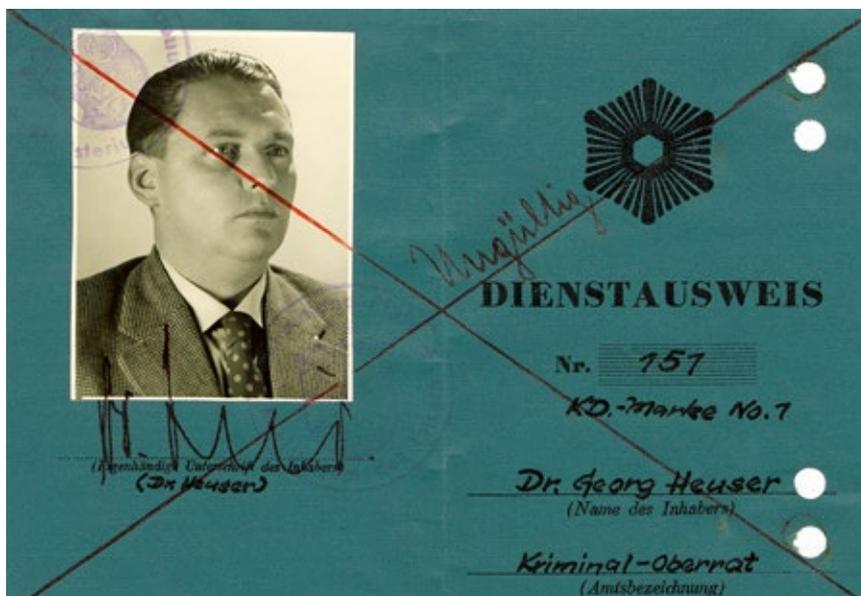
„[...] damit Sie sehen, dass ich meinen Dienst immer pflichtbewusst und mit Freude verrichtet habe“

Bewertung von Nachversicherungsakten im Landesamt für Finanzen

Silas Berlit, Leon Fouquet

Dass ein Studium in der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz nicht nur Theorie, sondern auch eine ordentlich Portion Praxis bietet, zeichnete sich relativ schnell ab. So wurden wir von Herrn Dr. von Boetticher recht unvermittelt nach Ausbildungsbeginn angesprochen, ob wir ihn nicht bei einer Aussonderung begleiten möchten. Die Abteilung S und somit auch Herr Dr. von Boetticher beschäftigten sich zu dem Zeitpunkt nämlich mit der Übernahme von Akten des Landesamtes für Finanzen und deshalb auch mit ganz besonderen Stücken: Nachversicherungsakten – spannender, als ihr Titel es zuerst vermuten lässt!

Nachversichern meint das Beantragen von Rentenansprüchen für einen bestimmten Zeitraum, zum Beispiel die Zeit, die eine Person im Staatsdienst zugebracht hat. Das war insbesondere für Angehörige der Streitkräfte des NS-Staats relevant, so hatten u. a. neben Wehrmachtssoldaten auch Angehörige der SS/Waffen-SS für ihre Dienstzeit ab 1940 unter Umständen Ansprüche auf Nachversicherung. Diese waren nach dem 8. Mai 1945 größtenteils aus dem Staatsdienst ausgeschieden, wodurch erst noch ermittelt werden musste, welche Rentenansprüche bestanden. Im Zweifelsfall hieß das auch, dass etwaige Rentenansprüche nicht genehmigt wurden und



Dienstausweis Georg Heuser LHA Ko Best. 880 Nr. 13452

dieses Geld im Alter dann fehlte. Eine lückenlose Kooperation mit den Behörden war für die Antragsteller also nicht nur attraktiv, sondern sicherte auch ihren Lebensunterhalt. Dabei waren sie in der Bringpflicht, mussten also selbst möglichst schlüssig beweisen können, dass sie wirklich einen Dienstposten z. B. in der Wehrmacht ausgefüllt haben – oder auch der SS bzw. Waffen-SS. Im Zuge ihrer Nachversicherung versuchten Personen dann natürlich häufig, ihre Dienstzeit und teilweise ihre Einsatzorte möglichst genau offenzulegen – mit allem, was sie zur Verfügung hatten! Genau deswegen enthalten

Nachversicherungsakten auch die vollständige Aufarbeitung der Fragen, welche Position die genannten Personen im NS-Staat innehatten und ob sie für ihre Tätigkeit vor dem 8. Mai 1945 dauerhafte Rentenansprüche hatten oder nicht.

Die junge Bundesrepublik prägte in ihrem Umgang mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit vor allem Sätze wie „Ich habe von nichts gewusst“. In einem ganzen Land hatten sich nach Kriegsende die Täter scheinbar in Luft aufgelöst und nur Unschuldige zurückgelassen. Unvorstellbar, dass jemand in einem Spruchkammerverfahren seine

SS-Zugehörigkeit offen zugegeben oder sich gar damit gebrüstet hätte. Bei der Nachversicherung ergab sich jedoch ein ganz anderes Bild. Oftmals selbstbewusst und scheinbar auch ohne Sorge vor eventuellen strafrechtlichen Konsequenzen werden hier Lebensabschnitte ausgemalt, die man bei der Entnazifizierung eher unter den Tisch hatte fallen lassen. Antragsteller gaben immer wieder selbstständig an, sie hätten ihren Dienst bei der „SS“ oder „Gestapo“ verrichtet. Man findet sowohl „Dachau“, „SS-Totenkopf“ als auch „Leibstandarte Adolf Hitler“ als Dienststellen. Wir wollen jedoch auch erwähnen, dass wir, bis auf eine Ausnahme, keinerlei Hinweise auf Kriegsverbrechen in den Akten finden konnten.

Es ist keine Schande zuzugeben, dass so eine Aussonderung emotionaler ist als eine solche bei einer Vertragskommune. Es fiel uns insbesondere bei SS-Männern und Gestapo-Leuten schwer einzusehen, dass einige Täter von der Bundesrepublik entlohnt wurden, während viele Opfer der NS-Gewaltherrschaft ohne irgendeine Entschädigung verblieben sind. Man muss auch schon schwer schlucken und den Kopf schütteln, wenn ein Angehöriger der Waffen-SS sich dazu berufen fühlt, während seines Nachversicherungsverfahrens auch noch ein Plädoyer für die besondere Disziplin der SS und den humanen Umgang mit ihren Gefangenen zu halten, die laut ihm stets wie „verwundete Kameraden“ behandelt wurden. Einen Kommentar über die „unmenschliche Kriegsführung“ der Sowjetunion hielt er ebenso für angebracht. Ungläubig stellten wir auch fest, dass auf den ersten Blick skurrile Schriftstücke zum Nachweis der Dienstzeit eingereicht wurden. So findet man in den Akten diverse Kopien von Wehrsportauszeichnungen, Verleihungsurkunden für diverse Orden oder auch kuriose Stücke wie ein echtes Sparbuch. An dieser Stelle be-

sonders erwähnenswert sind auch Fotos, welche einen antragstellenden, früheren Schutzpolizisten bei seinem Einsatz im besetzten Polen zeigen und mit dem Satz „[...] damit Sie sehen, dass ich meinen Dienst immer pflichtbewusst und mit Freude verrichtet habe“ versehen sind.

Besonders erstaunt haben uns auch außergewöhnliche Akten, wie die eines Oberwehrmachtspfarrers oder eines ungarischen Barons und Oberst der Königlich Ungarischen Armee, der tatsächlich eine Nachversicherung erhalten hatte. Generell lässt sich sagen, dass man in den Akten eine recht große Anzahl ehemaliger Kollaborateure, meist Mitglieder von ausländischen Freiwilligenverbänden der Waffen-SS, findet. Insbesondere aus den Staaten des Baltikums, aber auch aus Ungarn, Jugoslawien und den Niederlanden tauchten entsprechende Stücke auf. Dass sich z. B. ein Litauer für seine Arbeit im Untergrund gegen die litauische Regierung noch vor dem Einmarsch der Wehrmacht nachversichern wollte, sei am Rande erwähnt.

Mit der skurrilste Fall, der uns dabei begegnete, ist jedoch ein Versicherungsbetrüger. Der Mann hatte sich in seinem Antrag als Heeresbaurat im Amt Speer ausgegeben, es konnte jedoch nicht nachgewiesen werden, dass er vor 1945 überhaupt in irgendeiner Form im Staatsdienst gewesen war. Vermutlich war er nur Angestellter der Benzwerke gewesen. Bei einem weiteren Aussonderungstermin konnte zudem die Nachversicherungsakte von Georg Heuser – SS-Hauptsturmführer und Leiter der Abt. IV beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Minsk – ermittelt werden, der mitverantwortlich für die Ermordung von über 11.000 Menschen in Minsk war.

Wie aus unserer Darstellung ersichtlich, stellen Nachversicherungsakten eine einzigartige und ergiebige Quelle dar. Gerne hätten wir als Anwarter alles aufgehoben.

Doch wir haben schnell gelernt, dass man sich in der Praxis von solchen Gedanken leider verabschieden muss. Immerhin reden wir von über 100 Regalmeter Akten. Es war also recht bald klar, dass genaue Kriterien für die Bewertung aufgestellt werden mussten. Zuerst – angelehnt an das Bewertungsmodell der LAV für Personalakten – wurde festgelegt, dass die Akten aller Personen, deren Nachname mit L und M beginnt, archiviert werden. Bei den verbliebenen Unterlagen orientierten wir uns am Dienstgrad, dem Datum der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, inhaltlichen Besonderheiten, wie wir sie zum Teil aufgeführt haben, der Nationalität und der Zugehörigkeit zur SS oder Gestapo. Diese Kriterien lassen sich natürlich nur dann anwenden, wenn man, im Gegensatz zur heute eigentlich gängigen Praxis bei massenhaft gleichförmigem Schriftgut, eine Einzelbewertung durchführt. Eine sehr zeitintensive Arbeit, die wir aber in diesem Fall durchaus gerechtfertigt finden. Bei den zwei Aussonderungen mit Herrn von Boetticher gingen so 39 Regalmeter Akten durch unsere Hände. Davon konnten wir am Ende immerhin 1,5 Regalmeter als archivwürdig bewerten, die zu den bei vorigen Aussonderungen bewerteten Nachversicherungsakten hinzukommen.

Es war eine unglaublich interessante, aber auch körperlich anstrengende Arbeit, die sich natürlich klischeehafterweise in einem staubigen Keller abspielte. Dennoch war es eine von uns gerne genutzte Chance, außerhalb des Haupthauses tätig zu werden, vor allem weil es sich um so spannende Akten handelte und Aussonderungen vor Ort alles andere als alltäglicher Bestandteil unserer Ausbildung sind.

Wir möchten uns an dieser Stelle nochmals herzlich bei Herrn von Boetticher für diese tolle Möglichkeit bedanken.

Zugänge der Oberfinanzdirektion Koblenz im Landeshauptarchiv erschlossen

Vadim Seltenreich

Im Rahmen einer Tätigkeit als studentische Hilfskraft wurden im Landeshauptarchiv zwei Zugänge des Bestandes 922 Oberfinanzdirektion (OFD) Koblenz (Nr. 10539–11718) erschlossen, die nun der Forschung zur Verfügung gestellt werden können.

Die Zugänge enthalten Personalakten der Oberfinanzdirektion Koblenz und ihrer Vorgängerbehörden. Nach einer Zusammenlegung der Landesfinanzämter Koblenz und Neustadt a. d. Haardt wurde am 20. März 1950 zunächst das Oberfinanzpräsidium Rheinland-Pfalz gegründet, das nur ein Jahr später, am 21. Februar 1951, den Namen Oberfinanzdirektion Koblenz erhielt. Die Oberfinanzdirektion Koblenz widmete sich bis zur Auflösung 2014 der Wahrnehmung der Bundes- und Landesaufgaben in der Finanz-, Zoll- und Vermögensverwaltung. Knappe 20 Regalmeter und über 1.000 Personalakten decken vor allem die Jahre zwischen 1930 und 1975 ab und reichen in manchen Fällen bis in die 1990er Jahre hinein. Die Akten geben Auskunft über die Personen selbst und ihre beruflichen Werdegänge. Unter anderem werden die Lebenswege innerhalb der Zeit des Nationalsozialismus sowie der darauffolgenden Entnazifizierung beleuchtet.

Dabei bieten die Unterlagen einen Überblick über das Spektrum der verschiedenen Berufe an den unterschiedlichen Standorten der oben beschriebenen Behörde.

Weibliche Angestellte sind lediglich in einem geringen Ausmaß repräsentiert. Die Akte der Obersteuerinspektorin Doris Schiffer (LHA Ko Best. 922 Nr. 10671) z. B. stellt die Ausnahme einer Frau dar, die es über die Berufe der „Reinemachefrau“, Kriegsaushilfsangestellten oder Stenotypistin hinaus schaffte. Nur noch einer weiteren Frau (LHA Ko. Best. 922 Nr. 11690) gelang es, als Steueroberamtsrätin in eine Besoldungsgruppe über A 12 aufzusteigen. Das Gros des Bestandes bilden die Personalakten von männlichen Angestellten und Beamten des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes.

Im Interesse der Forschung könnten allen voran Unterlagen stehen, die die NS-Zeit abbilden. Diese geben Aufschluss über Angestellte und Beamte, die Mitglieder der NSDAP, SA oder weiterer NS-Unterorganisationen waren. Auch Mitgliedschaften in der SS sind dokumentiert (Bsp. LHA Ko Best. 922 Nr. 10711–10712, 10709–10710, 10777, 10856).

Exemplarisch ist der Fall Heinrich Scheidter (LHA Ko Best. 922 Nr. 10736), hinter dem sich ein Mann verbirgt, der seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der SS war. Seit 1938 gehörte er der Totenkopfstandarte an, die für die Bewachung von Konzentrationslagern zuständig war. Nach seiner vierjährigen Kriegsteilnahme bei der Waffen-SS geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung wurde er am 31. Oktober 1947

von der Lagerspruchkammer Nürnberg-Langwasser in die Gruppe der Minderbelasteten eingeteilt. Dies ermöglichte ihm, seinen Dienst als Steuerinspektor am Finanzamt Kandel bis in den Ruhestand 1971 auszuüben.

In den Personalakten finden sich auch Sühne-, Säuberungs- und Amnestiebescheide, die den Prozess der Entnazifizierung abbilden und somit die einschlägigen Bestände in den Landesarchiven (wie z. B. im Landeshauptarchiv den Best. 856: Landeskommis­sar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz) ergänzen. Hier ist ein Trend zur Wiedereinstellung in den Landesdienst nach Abschluss der Verfahren erkennbar.

Zudem sind den Zugängen zahlreiche Belege für Kriegsgefangenschaften zu entnehmen (Bsp. LHA Ko Best. 922 Nr. 10602, 10643, 10686–10689, 10732). Die längste Zeit in Kriegsgefangenschaft musste ein Verwaltungsangestellter des Finanzamts Alzey namens Bruno Juschkus erleiden, der zehn Jahre in russischer Gefangenschaft verbrachte (LHA Ko Best. 922 Nr. 10803).

Ein nicht weniger schlimmes Schicksal erlitt der Oberregierungsrat Dr. Konrad Elm (LHA Ko Best. 922 Nr. 10831). Er hatte sich bereits 1929 mit der Gründung von Antinazi-Pressestellen gegen die sich anbahnende NS-Herrschaft eingesetzt. Dieses Engagement hatte zur Folge, dass er 1934 nicht nur seinen Posten als Rechtsanwalt



LHA Ko Best. 922 Nr. 10681

in Berlin, sondern auch seinen Dokortitel sowie seine Freiheit verlor. Seine Hilfeleistungen für jüdische Familien führten zu einer dreijährigen Haftstrafe, die nicht die letzte sein sollte. Im Juni 1946 erfolgte eine erneute Internierung des Wahlmainzers durch die Französische Militärregierung auf Grund vermeintlicher Falschaussagen in seinem Entnazifizierungsfragebogen. Bei dieser Personalakte handelt es sich um die einzige, die ein Auflehnen gegen die NS-Herrschaft dokumentiert.

Ein weiteres Opfer der NS-Herrschaft wurde Elisabeth Krauter, die 1933 auf der Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen wurde (LHA Ko Best. 922 Nr. 11437). Erst nach Kriegsende fand sie als Verwaltungsangestellte im Landauer Finanzamt erneut eine Stelle im Landesdienst.

Als „historisches Highlight“ der Zugänge kann jedoch mit Bestimmtheit die Personalakte des im Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau amtierenden Staatssekretärs Paul Skonieczny bezeichnet werden (LHA Ko Best. 922 Nr. 10849–10850). Seine Mitgliedschaften in der NSDAP und SA legten ihm – anders als in den voran-

gehenden Fällen – nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens 1948 keine Steine in den Weg. Seine Karriere führte ihn sogar zum Vorstandsvorsitzenden der 2008 aufgelösten Landesbank Rheinland-Pfalz.

Weiterhin sind mit dem Oberfinanzpräsidenten Joseph Karst (1953–1970) (LHA Ko Best. 922 Nr.10678–10683) sowie seinem Nachfolger Willi Alt (1970–1988) (LHA Ko Best. 922 Nr.11435) zwei prominente Beispiele vertreten, deren Karrierewege mithilfe der Personalakten in toto nachvollzogen werden können.

Zwei spannende Kriminalfälle, sogar sog. „Cold Cases“, sind ebenfalls im Repertoire der Personalakten enthalten: Im ersten Fall (LHA Ko Best. 922 Nr. 11211) wurden im August 1933 die Überreste der 20-jährigen Finanzanwärterin Annette Schleicher in ihrem ausgebrannten Ford Fiesta entdeckt. Bis heute ist unklar, ob und welchem Verbrechen die junge Frau erlag. Der zweite Fall erzählt von einer Familientragödie in Mülheim-Kärlich (LHA Ko Best. 922 Nr. 11184): Am 6. Juni 1983 wurde eine 34-jährige Angestellte der Oberfinanzdirektion Koblenz mit ihrem zweijährigen Kind von ihrem Ehemann im Schlaf erwürgt. Der 31 Jahre alte Ehegatte hinterließ einen Abschiedsbrief, um dann, mit seinem Sohn als Beifahrer, mit dem Auto gegen einen Brückenturm in den Tod zu rasen. Ob es sich um einen geplanten Suizid und Mord an seinem Sohn handelt, konnte nicht abschließend geklärt werden, weshalb auch dieser Fall als „Cold Case“ ruht. Im Übrigen liegen die Verfahrensakten, da es sich hier um „Cold Cases“ handelt, noch bis auf Weiteres bei den zuständigen Staatsanwaltschaften.

Abschließend sei angemerkt, dass die Benutzung der Personalakten datenschutz- und archivrechtliche Probleme mit sich bringt, auch wenn die Sperrfristen in den



LHA Ko Best. 922 Nr. 10849

meisten Fällen bereits abgelaufen sind: So sind nicht selten neben den Konfessionen von Angehörigen auch Krankheiten ersichtlich geworden, die auf eine familiäre Belastung schließen lassen. Insbesondere Erbkrankheiten erfordern einen sensiblen Umgang und Schutz der jeweiligen Personen und ihrer Nachkommen. Es ließ sich zudem beobachten, dass häufig Kriegsgefangene, insbesondere aus russischen Gebieten, aufgrund von Herzkrankheiten ihren Dienst früher quittieren mussten. Inwiefern dies nun kausal zusammenhängt, bleibt der Forschung zur Klärung überlassen.

Letztendlich kann sich die Forschung aber nur darüber freuen, neues Quellenmaterial zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dabei kann neben Behördengeschichte nicht nur Familienforschung betrieben werden, sondern es können auch Fragen nach der NS-Vergangenheit von Angehörigen der OFD Koblenz und/oder deren Entnazifizierung an die Quellen gestellt werden. Nicht zuletzt liefert der Bestand aber auch interessantes Forschungsmaterial hinsichtlich der Entwicklung einer großen und wichtigen Landesoberbehörde in der Nachkriegsgeschichte von Rheinland-Pfalz.

Nacherschließung von Prozessakten aus der NS-Zeit

Anna Rammonat

The screenshot shows the Dr.Doc search interface with the following details:

- Navigation tabs: Prozessakten, Klassifikation, Ergänzungen, Index
- Filters: Zivil-/Fachgerichtsprozess, Strafprozess, Elektronische Ressource/Bild
- Buttons: Dokument anzeigen, Beständeübersicht, Klassifikation, Erhaltungszustand
- Input fields: Bestand (584.001), Nummer (887), Unter Nummer, Laufzeit-Anfang (01.01.1939), Laufzeit-Ende (31.12.1939)
- Table of participants:

Beteiligte(r)/Wohnort bei Antrag	Geburtsname/-ort/frühere Wohnorte	Geburtsdatum	Sterbedatum	Beruf/Mitgliedschaft/Verfolgengruppe
Müller, Josef		12.12.1905		Schiffsführer
und andere				
- Bottom section: Klagegrund/Tatbestand, Tatort, Tatzeit

Vorgang in Dr.Doc: Filterung der Strafprozessakten, die nacherschlossen und um weitere Beteiligte ergänzt werden müssen. Formulierungen wie zum Beispiel „und andere“ lassen auf zusätzliche beteiligte Personen schließen.

Der Übergang von der Weimarer Republik hin zum nationalsozialistischen Regime lässt sich als eine prägnante Zäsur in der deutschen Zeitgeschichte konstatieren, die retrospektiv betrachtet noch immer interessante Themenfelder und Fragestellungen aufwirft. Denn obwohl in der Forschung viel zur Thematik der NS-Zeit sukzessive aufgearbeitet worden ist, ergeben sich stets neue wissenschaftliche Ansätze und historische Fragestellungen anhand der Vielzahl der Quellen. Solche Quellen, die für eine eingehende Betrachtung und zukünftige Forschungsvorhaben von großem Interesse sein können, finden sich

beispielsweise im Bestand 584,001 (Staatsanwaltschaft Koblenz) der Abteilung Staatliches Schriftgut, Referat 340 Justiz, im Landeshauptarchiv Koblenz wieder.

Erläuterungen zur aktuellen Nacherschließungsarbeit der Prozessakten im Landeshauptarchiv Koblenz

Derzeit sind vornehmlich Prozessunterlagen aus den 1920er bis 1940er Jahren erfasst und nacherschlossen worden. In den letzten Monaten hat der Fokus dabei auf der Präzisierung bereits vorverzeichneter Akten und deren Nachverzeichnung gelegen, um einen

für die spätere Nutzung adäquaten Erschließungszustand zu erreichen. So werden solche Akten, die zuvor bei einer früheren Verzeichnung oftmals nur Angaben zu einem Beteiligten mit Namen, dessen Geburtsdaten und Beruf aufgewiesen haben, um weitere Namen, Geburtsdaten und Berufsangaben der in den letzten 100 Jahren geborenen Personen ergänzt, sodass sich jeder Angeklagte des Prozesses (namentlich) nachvollziehen lässt.¹

Der Vorgang lässt sich wie folgt beschreiben:

Der Bestand 584,001 wird mithilfe der Suchmaske in Dr.Doc² in der Spalte „Beteiligte(r)/Wohnort

bei Antrag³ nach Begrifflichkeiten wie beispielsweise „und andere“⁴ durchsucht. Dabei tauchen alle Datensätze zu bereits erfassten Prozessakten auf, die nur eine Person im Suchfeld „Beteiligte(r)/Wohnort bei Antrag“ angeben.

Nach der Identifikation der betreffenden Akten in Dr.Doc werden die Archivalien erneut eingehend gesichtet und detailliert Informationen nachgetragen bzw. nacher-schlossen. Wichtige Informationen werden im Enthält-Vermerk oder in den Bemerkungsfeldern sowie den Informationsspalten festgehalten. Dazu zählen beispielsweise Beteiligte, Geburts- und Sterbedaten, Klagegründe sowie Tatort und Tatzeit. Dies bedeutet insbesondere, dass Zeugen, Opfer und Rechtsanwälte in den benannten Prozessakten berücksichtigt und aufgenommen werden müssen, vor allem wenn diese in den vergangenen 100 Jahren geboren worden sind.⁵

Daraus ergibt sich nicht nur eine intensivere Erfassung der Prozessakte, sondern ebenso ein zusätzlicher Schutz vor dem Verlust von Personen und den dazugehörigen personenbezogenen Daten und Informationen. Dies vereinfacht zudem die Suche in den Suchmasken von Dr.Doc und APERTUS⁶ und erleichtert folglich die weitere Arbeit mit den Akten in der Recherche zu einzelnen Personen. Die beschriebene Arbeit dient somit primär der Vorbereitung der Digitalisierung und zur nutzerbezogenen digitalen Einsicht über APERTUS.

Prozessakten der Staatsanwaltschaft Koblenz im Fokus der Betrachtung und der ausführlichen Nacherschließung

Durch die detaillierte und sorgfältige Erfassung der Prozessakten ergeben sich jedoch oftmals auch längere Sperrfristen, da bei der

Nachverzeichnung der Akten Personen erfasst werden, die jünger sind als die zuvor verzeichneten Beteiligten. Betrachtet werden hierbei nicht nur Zeugen, Täter und Opfer, sondern auch in den Unterlagen erwähnte Angehörige, die in der Akte beispielsweise in gutachtlicher oder brieflicher Form auftauchen – eben sämtliche Dokumente, die auch datenschutzrechtlich relevante Informationen zu dritten Personen wiedergeben.

Dennoch sind viele Akten aufgrund der langen Zeitspanne nach Abschluss der Prozesse mittlerweile bereits zugänglich. Wie bereits eingangs erwähnt, eröffnet dies für zukünftige Forschungsvorhaben ein facettenreiches Quellenspektrum, das nun umfangreich einsehbar gemacht wird.

Ebenso vielfältig erscheinen die verschiedenen Delikte und Tatbestände, wegen derer sich Beteiligte und Angeklagte vor Gericht wiederfinden. Neben schwerwiegenderen Delikten, wie beispielsweise Mord, Totschlag, Körperverletzung, Misshandlung und „Blutschande“,⁷ lassen sich darüber hinaus Prozessakten zu Diebstahl, Einbruch, Landfriedensbruch, Gewalt und Beleidigung in diesem Bestand finden.

Zur besseren Veranschaulichung der Akten und deren quellenspezifischer Relevanz folgt ein kurzes Fallbeispiel (LHA Ko Best. 584,001 Nr. 945):

Aufgegriffen werden die zwei Diebe Malaga und Rosenberg, die von Zeugen dabei beobachtet worden sind, wie sie vornehmlich an Bahnhöfen Passanten bestohlen haben. Dieser, zunächst nach einem gewöhnlichen Diebstahl aussehende, Fall ist bei näherer Betrachtung jedoch vielmehr ein wichtiges Zeugnis seiner Zeit. In verschiedenen Unterlagen der Akte wird auf die Herkunft der beiden polnisch-stäm-



LHA Ko Best. 584,001 Nr. 945

migen Männer eingegangen und aufgrund derer über ihre Gesinnung gemutmaßt. Es wird bereits zur Tatzeit in den 1920er Jahren ein kausaler Zusammenhang zwischen der slawischen bzw. jüdischen Abstammung und dem Verbrechen hergestellt. Des Weiteren lässt sich anhand des grünen Aufklebers „Ausländer“⁸ und des roten Aufklebers „Haft“,⁹ die außen auf der Strafprozessakte angebracht sind, auf den Inhalt schließen. Diese Akte steht beispielhaft als Primärquelle für ihre Zeit und die hohe Quellendichte des Bestandes 584,001: In ihr finden sich diverse Fotografien der Beschuldigten, des sichergestellten Diebesgutes sowie Zeugenaussagen, Gutachten und Beschreibungen. Fälle wie dieser eignen sich für eine fundierte, wissenschaftliche Auseinandersetzung und tragen dazu bei, als Zeugnisse ihrer Zeit ein definierteres Abbild der Zeitgeschichte zu erhalten.

Abschließende Bemerkungen

Auch in Zukunft wird sich das Referat 340 Justiz in der Abteilung Staatliches Schriftgut der Thematik der Nacherschließung von Pro-

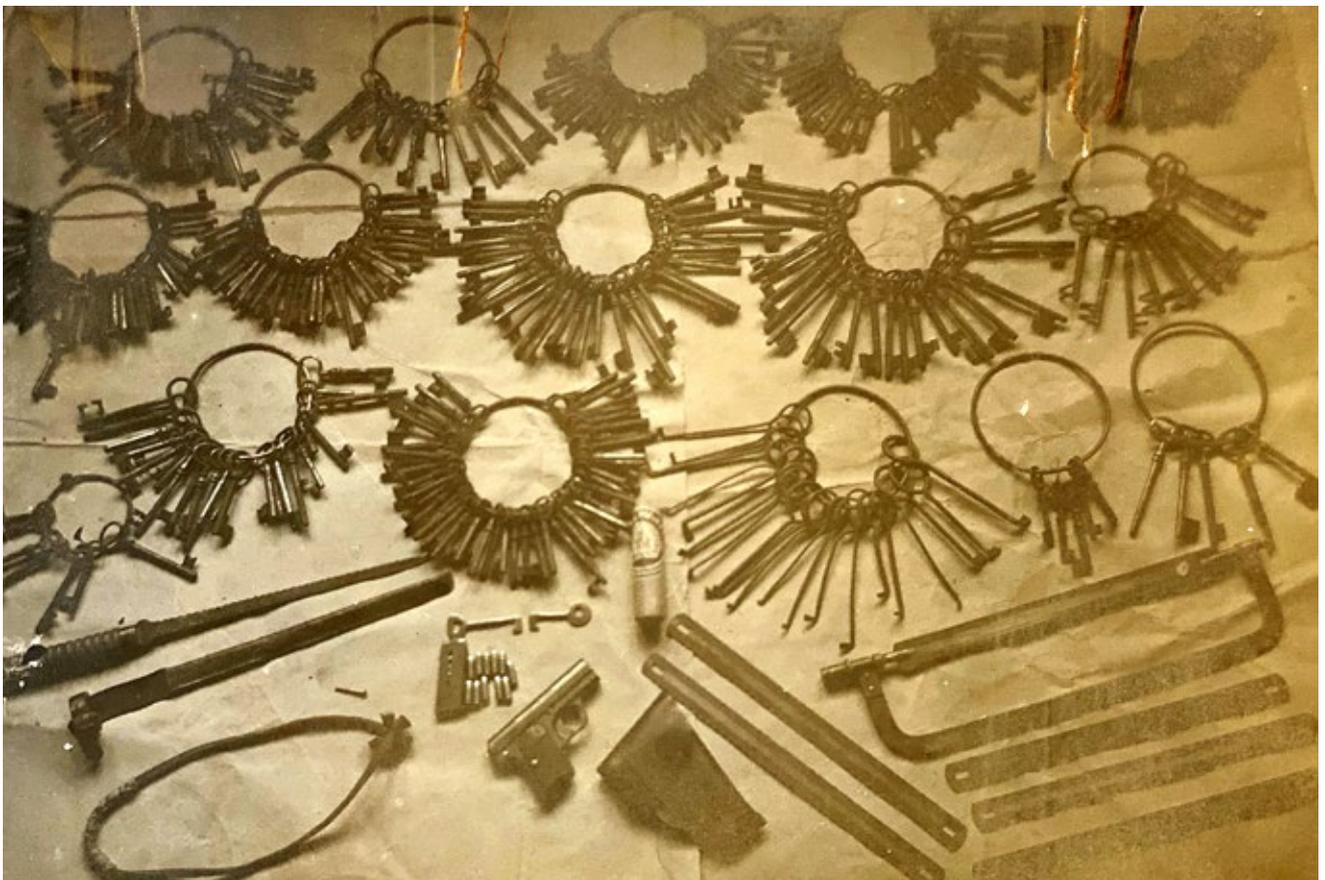
zessakten aus der NS-Zeit widmen. Durch deren ausführlichere Erschließung wird den Nutzer*innen und der Forschung die Chance einer umfänglicheren Betrachtung und Auswertung geboten. Das Landeshauptarchiv stellt durch die Vielzahl der nacherschlossenen Akten ein zusätzliches Angebot an zeitgeschichtlichen Quellen bereit und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion und Aufarbeitung.

Wenn auch viele Prozessakten der NS-Zeit bereits zugänglich sind,

muss erwähnt werden, dass weiterhin Sperrfristen nach Maßgabe des Landesarchivgesetzes beachtet werden müssen, insbesondere für schutzwürdige Belange dritter Personen bei der Benutzung, Auswertung und Veröffentlichung von Archivgut. Gerade in Bezug auf schwerwiegende Tatbestände, ärztliche und psychiatrische Gutachten oder zum Schutz von (genannten) nächsten Personen und Angehörigen ist es in manchen Fällen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich, diese auch nach Ablauf der

angegebenen Sperrfrist zur Veröffentlichung im Internet oder in der Online-Datenbank freizugeben. Diese Akten sind nur intern recherchierbar. Außerdem kann es vorkommen, dass ein Antrag auf Verkürzung der Sperrfristen gestellt werden muss, damit die betroffenen Archivalien für die Untersuchung freigegeben werden können.

Das Landeshauptarchiv steht Ihnen gerne beratend zur Seite und freut sich auf Ihre Anfragen (Ansprechpartner: Felix Meyer, f.meyer@landeshauptarchiv.de).



Polizeifoto asservierter Einbruchhilfsmittel, Polizeipräsidium Koblenz, 8. Juli 1931 LHA Ko Best. 584,001 Nr. 620

1 Zusätzlich ist zu erwähnen, dass hier in vielen Fällen keine gesamte Nennung jeglicher Personen möglich ist, da die Anzahl der Zeugen und sonstigen involvierten Personen vor Gericht oftmals zu zahlreich für eine gesamte Erschließung ist. Der Hauptfokus liegt somit auf den beteiligten Personen, die in den vergangenen 100 Jahren geboren wurden.

2 Dokumentenmanagementsystem, das in der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz eingesetzt wird.

3 Siehe hierzu den Vorgang in Dr.Doc.

4 Ebd.

5 Die 100-Jahres-Frist ergibt sich aus § 3 (Nutzung öffentlichen Archivguts) Abschnitt 3 des Landesarchivgesetzes (LArchG) Rheinland-Pfalz in der geänderten Fassung vom 11.02.2020.

6 Virtueller Lesesaal der Landesarchivverwaltung unter URL: <https://apertus.rlp.de/>.

7 Die zeitgenössische Bezeichnung des Inzests wird in den Akten unter dem Tatbestand der „Blutschande“ geführt.

8 Siehe Abbildung LHA Ko Best. 584,001 Nr. 945.

9 Ebd.



Pläne zum Neubau der Volksschule Limbach (1928) StA Hachenburg 09 (Limbach)

Vom Dorfmuseum ins Stadtarchiv

Übernahme, Bestandserhaltung und Erschließung der Gemeindeakten von Limbach (WW) durch das Stadtarchiv Hachenburg

Jens Friedhoff

„Obwohl in früherer Zeit vieles in Verlust geraten ist, so sind doch inzwischen das Limbacher Dorfmuseum (seit 1987) und das Gemeindearchiv in vielfacher Hinsicht historische Schätze.“ Ungeachtet der Wertschätzung, die der langjährige Ortsbürgermeister Heinz Leyendecker im Vorwort zu seiner

2006 erschienenen Ortschronik Limbachs älteren Gemeindeakten entgegenbringt, war die mehr als dreieinhalb Jahrzehnte andauernde Aufbewahrung der Archivalien in einem Besuchern zugänglichen Raum des Limbacher Dorfmu-seums ihrem konservatorischen Zustand wenig zuträglich. Feh-

lende Sicherung des Archivguts vor fremden Zugriff, schwankende Raumtemperaturen sowie die bislang nicht erfolgte Sichtung und Erschließung der für die Orts-geschichte relevanten Schriftquellen ließen deutlichen Handlungsbe-darf erkennen, so dass der Ge-meinderat unter Leitung des Orts-



Haus Bornstube 4, ehem. Schultheißenhaus (vor 1900)
StA Hachenburg 14-01 (Limbach, Bildarchiv)

bürgermeisters Peter Hilger den Beschluss fasste, den im Museum befindlichen Bestand als Depositum an das Stadtarchiv Hachenburg abzugeben. Eine günstige Ausgangsbasis für das Vorhaben bildete die damals geführte Diskussion um die Einrichtung eines VG-Archivs für Hachenburg.

Mit der Überführung der Archivalien ins Stadtarchiv verfolgten die an dem Projekt beteiligten Akteure mehrere Ziele: Die Bestandserhaltung und Erschließung der Akten, die Anfertigung von Digitalisaten und deren Bereitstellung für die ortsgeschichtliche Forschung bzw. eine neu zu konzipierende Internetseite zur Ortsgeschichte, verbunden mit einer längerfristig geplanten Neukonzeption des

mit einer Überfülle von Exponaten bestückten Dorfmuseums. Nach der Übernahme im Oktober 2021 erfolgte sukzessive die Sichtung und Aufbereitung des Archivguts (Reinigen und Entfernen loser und schadhafter Materialien; Verpackung der Archivalien etc.), dessen Erschließung sowie die bevorzugte Anfertigung digitaler Aufnahmen jener Stücke, die weiterer restauratorischer Maßnahmen unterzogen werden müssen.

Der neu gebildete Bestand 14-01 (Orte der VG Hachenburg: Limbach) im StA Hachenburg sowie der Best. 09 (Karten und Pläne) umfasst vornehmlich Archivgut des 19. und 20. Jahrhunderts. Hierzu zählen u. a. Karten und Pläne zu der heute als Bürgerhaus dienenden

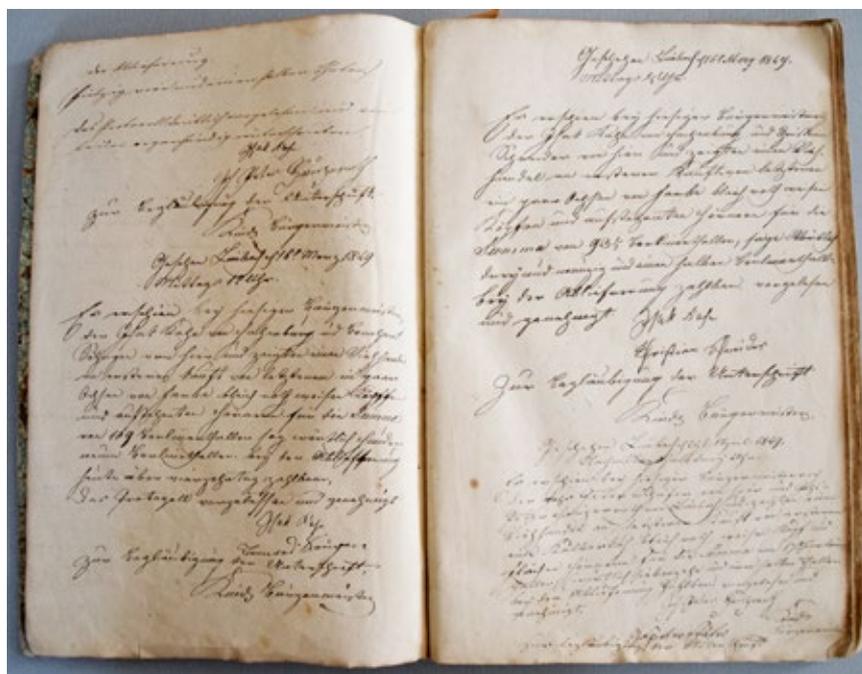
Limbacher Schule (Neubau 1928), zu technischen Bauten und Einrichtungen (Hoch- und Tiefbau), wie z. B. dem Bau eines Turbinen- und Maschinenhauses für das Elektrizitätswerk Limbach (1920) und eine von dem Geometer J. F. Schneider aus Neunkhausen angefertigte „Spezialkarte über die sämtliche Limbacher Gemarkung, Waldung und Privathäuser“ (1828). Der Bestand an Gemeindeakten Limbach (StA Hachenburg 14-01) enthält das Protokollbuch der Bürgermeister zu Limbach (1849–1912), Brandkataster (1860 und 1874) mit Nachweisen (1873–1957), Lagerbücher der Gemeinde (1861 und 1904) und Akten zum Hoch- und Tiefbau (Sammelbrunnen und Wasserleitung, 1908), eine umfangreiche

zweibändige Schulchronik (1820–1967) und diverse Gemeinderechnungen mit Belegen (1931–1970, mit Lücken). Als Archivalien, die nicht zur Provenienz des Gemeindearchivs gehören, wurden im Zuge der Verzeichnungsarbeiten die Feldpostbriefe des Unteroffiziers Otto Nickel (1907–1944) in den Bestand aufgenommen. Das umfangreiche Bildarchiv mit zahlreichen historischen Fotos, das nicht nur wertvolle Einblicke in die Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte eines Westerwalddorfes bietet (Laufzeit ca. 1900–1970), wird zurzeit noch erschlossen. Ein Teil der Schriftquellen sowie einzelne historische Karten und Pläne wurden vom Verfasser bereits im Kontext der Recherchen zu einer Ende 2021 vorgelegten kleinen Publikation zur Ersterwähnung des Ortes Limbach vor 675 Jahren herangezogen. Insbesondere bei der Bearbeitung des Kapitels „Das Limbacher Ortsbild im Wandel“ boten das Brandkataster von 1860 sowie historisches Kartenmaterial und Fotos längst verschwundener sowie modernisierter Fachwerkbauten umfangreiche Informationen.

Die z. T. noch in Gemeindebesitz befindliche Überlieferung zahlreicher ländlicher Orte findet zumeist nur wenig Beachtung. Unsachgemäßer Umgang mit dem Archivgut – Schäden durch nicht adäquate Aufbewahrung, die Entfremdung durch Privatpersonen bis hin zur Entsorgung infolge fehlender Räumlichkeiten und ungeklärter Zuständigkeiten hinsichtlich der Gemeindeakten – führen zu erheblichen Substanzverlusten. Insbesondere in jenen Regionen, die weder über Kreis- noch über Verbandgemeindearchive verfügen, ist die Bewahrung schriftlichen Kulturguts häufig dem Zufall überlassen. Ungeachtet haushaltspolitischer Erwägungen, mangelnder räumlicher und personeller Kapazitäten wäre der Dialog zwischen Trägern kommunaler Archive und



Versicherungs-Schein der Nassauischen Brandversicherungs-Anstalt. Ortsbering Nr. 53: Schulhaus mit Lehrerwohnung [alte Schule] (1930 Nov. 4)
StA Hachenburg 14-01



Protokollbuch der Bürgermeister zu Limbach (1849-1912)
StA Hachenburg 14-01

den Ortsgemeinden wünschenswert, um gemeinsam Möglichkeiten und Grenzen einer ambulanten archivfachlichen Betreuung der

Gemeindearchive auszuloten und so dem fortschreitenden Verlust ortsgeschichtlicher Überlieferung entgegenzuwirken.

Arbeit zwischen Pandemie und Flut

Rückblick auf 2021 und Ausblick auf 2022 der Landesstelle Bestandserhaltung (LBE)¹

Friederike Kaulbach, Arlett Kost-Mahle

Auch 2021 beeinflusste die andauernde Pandemie die Arbeit der LBE. Durch die Erfahrungen aus dem Vorjahr konnten aber die verschiedenen Arbeitsbereiche trotzdem bedient und teilweise neue Konzepte entwickelt werden. So wurden erstmals digitale Fortbildungsformate angeboten. Auch die Entscheidungsfindung des Beirats für die zwei Förderrunden des Landesförderprogramms fand wiederum komplett digital statt. Vor allem im Bereich der Antragstellung, aber auch zu anderen fachlichen Themen fanden zahlreiche Beratungen per Telefon und E-Mail statt.

Wichtige Themen des Jahres waren auch die Notfallvorsorge und die Notfallbewältigung, sei es bei der Beratung zu Wasserschäden, beim Fortbildungsangebot und nicht zuletzt auch bei der aktiven Rettung von schriftlichem Kulturgut im Ahrtal.

Förderverfahren: weiterhin hoher Förder- und Unterstützungsbedarf

2021 wurden wiederum zwei Förderrunden durchgeführt. Coronabedingt konnte die Abstimmung erneut nur digital stattfinden. Insgesamt konnten 23 Einrichtungen gefördert werden.

Der Großteil der Anträge stammte wie auch bei den vorherigen Förderrunden aus Archiven, meist in kommunaler Trägerschaft. Zu den am häufigsten beantragten Maßnahmen zählten Restaurierungs-, aber auch Reinigungsmaßnahmen, meist zur Entfernung von Schimmelbefall.

Auf Basis der Evaluierung der

vorherigen Förderrunden wurden weitere Unterstützungsangebote zur Antragstellung entwickelt, darunter eine Handreichung und Vorlagen zur Angebotseinholung und Auswertung. Es fanden auch weitere, kleinere Anpassungen des Antragsformulars statt. Erstmals gab es im September das Angebot eines digitalen Workshops zur Antragstellung. Auf Grund des Erfolgs der Veranstaltung ist eine Wiederholung für 2022 geplant.

In Rücksprache mit dem Beirat der Landesstelle wurden zudem die Fördergrundsätze für das Landesförderprogramm überarbeitet und aktualisiert, die Veröffentlichung erfolgte im November 2021. Eine wichtige Änderung betrifft den voraussichtlich zukünftig notwendigen Eigenanteil, den die Einrichtungen zur Projektfinanzierung miteinbringen müssen. Dieser Anteil wurde im Rahmen des Pilotprogramms möglichst niedrig gehalten, um einer Vielzahl an Einrichtungen die Antragstellung zu ermöglichen. Aus vergaberechtlichen und haushalterischen Gründen wird dieser Anteil zukünftig aber steigen.

Beratungen: Vermittlung von Know-how zur Notfallbewältigung und Antragstellung

2021 fanden zwei umfangreiche Beratungen zum Thema „Bewältigung von Wasserschäden“ statt. In zwei Mainzer Einrichtungen war es in Folge von Starkregenereignissen zu Wassereinbrüchen in den Magazinräumen gekommen, die leider zu Schimmelbefall an Tei-

len der Bestände führten.

Zahlreiche Beratungen per E-Mail und per Telefon fanden auch wieder in der akuten Phase der Antragstellung statt. 2021 gab es rund 100 Beratungen zu diesem Themenbereich, außerdem wurden Beratungen vor Ort durchgeführt, wie z. B. beim Landesmuseum in Birkenfeld.

Fortbildungen: Digitale Prävention

Um die Durchführbarkeit von Fortbildungsangeboten zu garantieren, setzte die LBE in diesem Jahr auf ein rein digitales Angebot, insgesamt sechs Veranstaltungen, darunter vier „reguläre“ Online-Seminare, ein interaktives „Meet the Expert“-Format sowie ein interaktiver Workshop, die den Verantwortlichen im Land kostenfrei angeboten wurden. Die Themen der Fortbildungen waren:

- Grundlagen Bestandserhaltung und Schadenserkennung
- Bedeutung der Hygiene für die Prävention
- Rolle des Klimas und Grundlagen der Klimaüberwachung
- Einführung in die Notfallvorsorge
- Antragstellung leicht gemacht

Die Termine stießen auf gute Resonanz, teilweise auch überregional. Digitale Fortbildungstermine werden ergänzend auch in Zukunft im Fortbildungsportfolio der LBE enthalten sein.

Landesweit aktiv für den Notfall vorsorgen

Die LBE war auch aktiv an der Bergung von Kulturgut, das durch die Flutkatastrophe im Ahrtal betroffen war, sowie an der Organisation von Folgemaßnahmen beteiligt. So brachte die LBE die im Pfarrhaus der St. Laurentius-Gemeinde aufbewahrten mittelalterlichen Handschriften zum Schutz vor Feuchtigkeit ins LBZ. Des Weiteren wurde der LBE das „Seelenbuch“ des Schützenvereins von 1655 übergeben und an die Firma Schempp zur Restaurierung weitergeleitet (siehe „bibliotheken heute“ Ausgabe 3/2021, S. 70–72). Außerdem koordinierte die LBE Maßnahmen für weitere Einrichtungen, zum Teil in enger Abstimmung mit dem Museumsverband und der Landesarchivverwaltung.

Als Folge der aus der Notfallbewältigung deutlich werdenden Defizite bezüglich der Notfallvorsorge und Notfallbewältigung wurde eine spartenübergreifende Expert*innengruppe durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) mit der Konzeption einer landesweiten Notfallplanung für den Kulturgutschutz beauftragt. Das LBZ hat in Abstimmung mit der LBE eine Planung vorgelegt, die mit dem Museumsverband und der Landesarchivverwaltung besprochen wurde. Die weitere Arbeit zu diesem Thema koordiniert eine unter der Leitung des LBZ/LBE stehende Arbeitsgruppe.

Digitale Weiterbildung und Vernetzung auch intern

Durch das ausgeweitete digitale Angebot von Fortbildungen und die Option einer digitalen Teilnahme an Fachtagungen ergab sich für die Mitarbeiterinnen der LBE die Möglichkeit sich fachlich weiterzubilden und zu vernetzen. So war beispielsweise eine Teilnahme



Notfallbewältigung mit der LBE Foto: LBZ

per Livestream am 10. Tag der Bestandserhaltung des Kompetenzzentrums Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg (KBE) und an der Jubiläumstagung der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) möglich. Auch setzte eine Inhouse-Schulung zum Thema Blended Learning wichtige Impulse für die eigene Fortbildungsplanung.

Ausblick auf 2022

Einen Schwerpunkt der Arbeit der LBE 2022 wird die Durchführung und fachliche Begleitung der mehrteiligen Fortbildungsreihe zur Notfallvorsorge bilden, die mit der Restauratorin Jana Moczarski als Expertin durchgeführt wird. Eine ausführliche Dokumentation ist für 2023 vorgesehen. Daneben wird auch der 2021 erstmals angebotene Workshop zur Antragstellung Anfang September erneut durchgeführt.

Die LBE strebt an, sich in diesem Jahr nach pandemiebeding-

ten Ausfällen auch wieder verstärkt einer interessierten Öffentlichkeit sowie einem Fachpublikum zu präsentieren. So ist beispielsweise die Teilnahme der LBE am RLP-Tag in Mainz geplant. (stattgefunden?)

Die LBE wird auch beim Aufbau und der Konzeptionierung landesweiter Strukturen zur Notfallbewältigung gemeinsam mit dem Ministerium sowie Vertreterinnen und Vertretern aus dem Archiv-, Bibliotheks- und Museumsbereich weiter aktiv sein.

Im Beratungsbereich wird, soweit es die Kapazitäten erlauben, eine Ausweitung der Vor-Ort-Termine angestrebt. Aber auch über die Konzeptionierung und Bereitstellung von zeit- und ortsunabhängig verfügbaren Handreichungen wird nachgedacht.

Des Weiteren werden auch eine stärkere Vernetzung mit der Fachcommunity und, damit verbunden, die Initiierung von gemeinsamen Austauschtreffen anvisiert.

¹ Kaulbach, Friederike, Kost-Mahle, Arlett: Arbeit zwischen Pandemie und Flut – Rückblick auf 2021 und Ausblick auf 2022 der Landesstelle Bestandserhaltung in: bibliotheken heute, Jg. 18 (2022), S.18-19 (unveränderter Nachdruck).



88 Seiten, Preis: 15,00 Euro
ISBN: 978-3-928907-46-0
Bezug über das Stadtarchiv Köln

Rezension:

Bewertung schwach strukturierter Unterlagen

Wolfgang Müller

Der „Bewertung schwach strukturierter Unterlagen“ widmet sich die neueste Publikation des seit 2001 bestehenden, spartenübergreifenden und gegenwärtig von Andrea Wendenburg (Historisches Archiv der Stadt Köln) geleit-

teten Arbeitskreises „Archivische Bewertung“ des „Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare“. Eingangs werden auf den Seiten 13 bis 26 die vom Arbeitskreis formulierten „Bewertungskriterien für schwach strukturiertes

Schriftgut“ vorgestellt und dabei die „Methoden und Mittel der Bewertung“, die „Besonderheiten der Bewertung schwach strukturierter elektronischer Unterlagen“ oder die Frage der Einzelblattkassation erörtert.

Foto: Irina Urig, Universitätsarchiv Saarbrücken



Max Plassmann (Historisches Archiv der Stadt Köln) erkundet bei seinem Blick auf „Festplatten mit Dateiablagen, Bananenkartons voll privatem Schriftgut oder stapelweise Fotos“ (S. 27) Anhaltspunkte für mögliche „Strukturen im Chaos“ und verweist insbesondere auf den „Stellenwert des Provenienzbildners im Rahmen der Überlieferungsbildung als Gradmesser für den zu betreibenden Aufwand“ (S. 13). Am Beispiel heterogener Institutsunterlagen der Universität Hamburg verdeutlicht Ole Fischer (jetzt Landesarchiv Schleswig) die Herausforderungen der Überlieferungsbildung im meist ohne besondere Schriftgutverwaltung auskommenden universitären Bereich, wirbt für einen „pragmatischen Kompromiss“ (S. 38) zwischen Totalkassation und kompletter Übernahme und verweist auf die

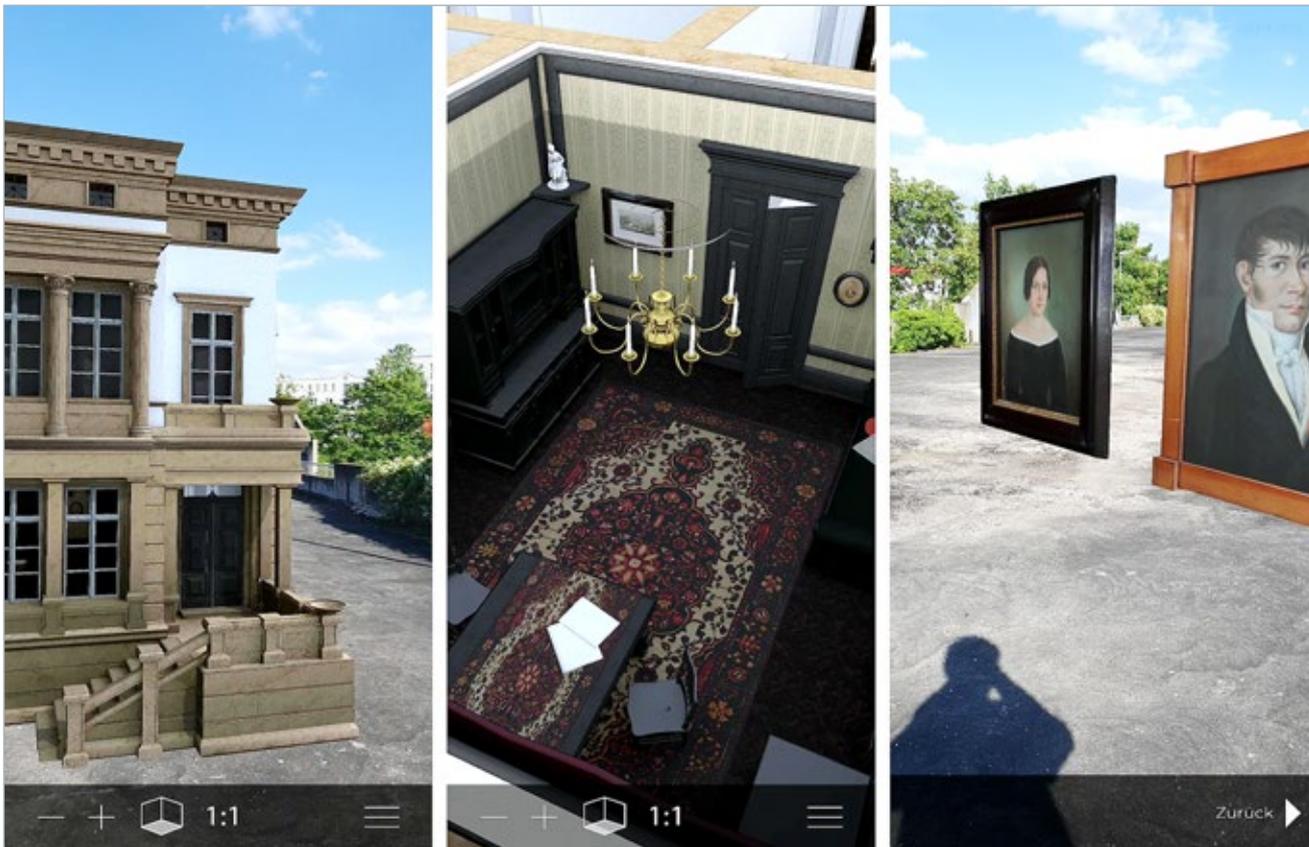
in Universitäten drohenden gravierenden Überlieferungsverluste, „wenn sich Archivarinnen und Archivare dem Chaos nicht stellen“ (S. 39).

Im umfangreichsten Beitrag entfaltet Barbara Limberg (Bundesarchiv) „Grundsätzliche Überlegungen zur Bewertung und Überlieferungsbildung“, die „nicht nur auswertungsoffen, sondern vor allem wertfrei und objektiv sein“ muss (S. 42) und so auch „die prospektive und zugleich wertungsfreie Gestaltung des Archivbestandes auf ein Überlieferungsziel hin“ bezweckt (S. 43). Ebenso beleuchtet die Autorin die Überlieferungsziele des Bundesarchivs und Aspekte ihrer Umsetzung und bietet schließlich im Anhang einen wertvollen Kriterienkatalog „zur Feststellung des bleibenden Wertes“ (S. 62–72).

Jürgen Bacia (Archiv für alternatives Schrifttum) informiert über das Sammlungsprofil des von ihm geleiteten Archivs, das sich der facettenreichen und äußerst zersplitterten Überlieferung der neuen sozialen Bewegungen, den diversen außerparlamentarischen Aktivitäten sowie dem Wirken von Selbsthilfe- und Basisgruppen widmet und damit eine wichtige Funktion bei der Überlieferungssicherung nicht-staatlicher Unterlagen wahrnimmt.

Bewertung schwach strukturierter Unterlagen. Mit Beiträgen aus dem Arbeitskreis „Archivische Bewertung“ im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, 107. Heft), 88 Seiten, ISBN: 978-3-928907-46-0, Preis 15 Euro. Bezug über das Stadtarchiv Köln.

Fotos: Marius Rehbein



Die App „Pendant“:

Eine Chance für immersive Archivarbeit am Beispiel der Conradi Villa in Bad Kreuznach

Marius Rehbein

Welche Möglichkeiten bieten neue digitale Technologien für unsere Archive und wie können sie sinnvoll mit bestehender Archivarbeit verbunden werden?

Diese Frage treibt nicht nur Archivarinnen und Archivare um, sie ist in den letzten Jahren vermehrt auch zu einem wichtigen Themenfeld in der Gestaltung geworden. Eine geeignete Balance aus Zugänglichkeit,

Interaktion und zu vermittelndem Wissen zu schaffen, ohne dabei Letzteres den anderen Punkten unterzuordnen, ist eine der zentralen Überlegungen, die der entwickelten App „Pendant“ zugrunde liegt.

Sie entstand als Abschlussarbeit im Wintersemester 2021/22 des Bachelorstudiengangs Kommunikationsdesign an der HS Mainz mit Unterstützung von Franziska

Blum-Gabelmann vom Stadtarchiv Bad Kreuznach. Die App macht sich die Augmented Reality (kurz AR)-Technologie zunutze, um es Interessierten zu ermöglichen, historische Gebäude mittels Smartphone zu erkunden und dabei Wissenswertes über deren Geschichte zu erfahren.

AR nutzt die interne Kamera eines Mobiltelefons, um virtuelle Gegenstände in die live gefilmte



Umgebung einzufügen. In dieser Anwendung kann mit dem eigenen Gerät ein rekonstruiertes Gebäude, hier aus Bad Kreuznach, erkundet werden, das anhand von Originalplänen aus dem Jahr 1860 digital wiederhergestellt wurde. Es handelt sich dabei um eine herrschaftliche, zweigeschossige Villa mit Kniestock und Walmdach, die nach Plänen von C. Conradi, dem späteren Kreisbauinspektor des Kreises Kreuznach, errichtet wurde. Mithilfe von Fotografien aus dem Stadtarchiv Bad Kreuznach, auf denen zeittypisches Interieur abgebildet ist, wie es so auch in der Villa vorhanden gewesen sein könnte, wird ein Eindruck von damaliger Inneneinrichtung vermittelt, die ebenfalls frei erkundet werden kann. AR ermöglicht es, sich immersiv durch die Villa zu bewegen, da der Bildschirm des Handys als Sichtfenster in die digitale Rekonstruktion fungiert. Durch Buttons kann unterdes die Größe des Gebäudes angepasst und in einen „Puppenhaus“-Modus umgeschaltet werden, durch den sich Nutzerinnen und Nutzer eine Übersicht für die rekonstruierten Räume im Querschnitt verschaffen können. Zudem ist es möglich, Gegenstände anzutippen, um weiterführende Informationen, wie Hersteller, Materialität etc. über sie zu erhalten.

Ziel der Anwendung ist es, Archivalien, wie Gebäudepläne, Fotografien, Karten, Graphiken, Zeichnungen, Plakate, Briefe, oder Objekte, wie Vereinsfähnen, Pokale oder Kunstgegenstände, ebenso wie Forschungsergebnisse in Form von Texten zu kontextualisieren und sie einer größeren Zielgruppe über die App zugänglich zu machen. Vor allem die Möglichkeit, immersiv in die Lebenswelten vergangener Generationen einzutauchen, trägt das Potenzial in sich, eine engere Beziehung zur Stadtgeschichte aufzubauen, als es das Betrachten von etwa Plänen oder Schriftstücken im Einzelnen zulässt. So kann die App etwa genutzt werden, um Rundgänge für Schüler um ein interaktives Erlebnis zu erweitern. Sie haben so, zusätzlich zu den theoretischen Ausführungen, ein begehbares Abbild einer Epoche vor Augen. Sie werden angeregt, selbst zu erkunden und auf eigene Faust Informationen zu entdecken.

Die digitale Darstellung hat zudem den Vorteil, auch Interessenten, die nicht nach Bad Kreuznach reisen können, um sich vor Ort umzusehen, einen Einblick in die Stadtgeschichte zu geben.

Die App umfasst aktuell nur ein Gebäude. Das Konzept an sich ist aber darauf ausgelegt, mehrere

Gebäude zugänglich zu machen, so dass ausgehend von Archivbeständen Abschnitte der Stadtgeschichte immersiv dargestellt werden können.

Der Umfang der Nutzung lässt sich modular anpassen, je nachdem, in welchem Format „Pendant“ eingesetzt wird: Als Unterstützung für Führungen, als Einzelerfahrung oder als digitaler Ausstellungsort.

Abseits aller bereits dargestellten Vorteile hat auch die Rekonstruktion von Gebäuden anhand von Plänen einige Vorteile. Zum Beispiel existiert das für den App-Prototypen wiederhergestellte Gebäude zwar noch (Kaiser-Wilhelm-Straße 4), sein Aussehen hat sich jedoch wesentlich verändert: Erker wurden in offene Balkons umgewandelt, der im Original freiliegende rote Sandstein wurde verputzt und übermalt, die Veranda wurde entfernt, und aus den ursprünglichen Eingängen wurden Balkons geschaffen. Das Gebäude anhand von Plänen in seinem Ist-Zustand von 1860 als dreidimensionales digitales Artefakt vorliegen zu haben, ist als Mittel zur anschaulichen Dokumentation verlorener Teile des Stadtbilds von großem Potenzial.

Link zur Video-Präsentation der App: <https://www.youtube.com/watch?v=DXYlptT8FSw>



Die Teilnehmer des Doktorandenateliers im Kartenraum des Landesarchivs
Foto: David Schnur

Über Karten und Grenzen vor 1815

Ein deutsch-französisches Doktorandenatelier im Saarländischen Landesarchiv

Maike Schmidt

Altkarten haben eine hohe Faszinationskraft: Sie geben Auskunft über die jeweils erreichten technischen Möglichkeiten des

Zeichnens und des Landvermessens und spiegeln die fortschreitenden Bemühungen, Raum nicht nur abzubilden, sondern adminis-

trativ zu gliedern. Je nachdem, in welchem Kontext sie entstanden, richten sie einen sehr spezifischen Blick auf Raum, können

eine bestimmte Raumvorstellung propagieren, geographische „Fakten“ in einem Grenzstreit schaffen oder vor dem Hintergrund machtpolitischer Erwägungen auf einen Raum vorgreifen. Eine besondere Problematik stellt sich dabei immer wieder: das Verhältnis von Karte und Grenze, insbesondere in vernationalstaatlicher Zeit, in der Territorialverhältnisse für den heutigen Betrachter schier unbeherrschbar und kompliziert erscheinen können.

Unter der Leitung von Historikerin Maike Schmidt (Leipzig) und Historiker Laurent Jalabert (Nancy) nahmen zehn Doktoranden aus Frankreich, Deutschland und Luxemburg diese Problematik zum Anlass, um sich dem Thema Grenzziehungen im „grenzübergreifenden“ Austausch zu nähern und über laufende Forschungen zur saarländisch-lothringisch-elsässischen Geschichte zwischen 1500 und 1815 zu berichten. Alle Teilnehmer verband das Interesse an der territorialen Vielgestaltigkeit des deutsch-französischen Grenzraums in der Frühen Neuzeit, der sie in ihren Forschungen regelmäßig Herr werden müssen. Der grenznahe Standort Saarbrücken-Scheidt war damit gewissermaßen Programm, wie auch die Bestände des Saarländischen Landesarchivs, das für den Workshop freundlicherweise einen kompletten Tag lang seinen Lesesaal zur Verfügung stellte. Ein mit großer Spannung erwartetes Highlight war gleich zu Beginn der Einblick in die reichen Kartenbestände des Landesarchivs, den die Diplom-Archivarin (FH) und langjährige Archivmitarbeiterin Christine Frick gewährte. Die im Kartenmagazin vorbereiteten Exemplare datierten zwischen dem 16. und 18. Jahr-

hundert und vermittelten einen umfassenden Eindruck von der gestalterischen Spannweite des Mediums und den massiven, technischen Entwicklungsschüben jener Epochen. Einige der gezeigten Karten stammten aus der überregional bekannten Sammlung Fritz Hellwig, die jüngst digital auf Wikimedia Commons verfügbar gemacht wurde. Wenngleich die allermeisten Teilnehmer seit Jahren zur Geschichte der Großregion forschen, waren die Bestände und ihre inhaltliche Ergiebigkeit längst nicht allen bekannt: ein neuer Anknüpfungspunkt für künftige Forschungen.

In den sieben Vorträgen des Tages, die größtenteils auf laufenden Dissertationen basierten, wurde ein weiterer thematischer und chronologischer Bogen zwischen der Karte als Quelle und Grenzziehung als historische Praxis geschlagen, ein Zusammenhang, der nicht immer einfach zu fassen ist. Dies zeigte sich eindrücklich am Beispiel der immer noch gering erforschten ludovizianischen Saarprovinz, die überraschenderweise von der französischen Krone kaum kartiert wurde, und wenn, dann ohne Grenzen: die Unübersichtlichkeit und Dynamik der kontinuierlich hinzukommenden Reunionseide, auf denen die Provinz fußte, waren kaum darstellbar. Das Themenspektrum erstreckte sich vom Großen ins Kleine: neben der Relevanz von Karten in den Verwaltungen der „großen“ Territorien, etwa Lothringen (bis 1766) oder Kurtrier, ging es auch um das Neben- und Übereinander von weltlichem und geistlichem Territorium, um Diözesangrenzen und konfessionelle Grenzen, etwa am Beispiel der Pfarreien der elsässischen Gemeinde Sainte-

Marie-aux-Mines (heute Département Haut-Rhin) im 16. und 17. Jahrhundert. Einige der dargebotenen Inhalte konnten direkt am vom Archiv bereitgestellten Kartenmaterial demonstriert werden.

Bereits im November 2021 waren die Teilnehmer in ähnlicher Runde an der Université de Lorraine (Nancy) zusammengekommen, dort unter dem Thema „Grenzgesellschaften/Sociétés de frontière“. Die Treffen sind eingebettet in das Kooperationsprojekt „Espaces frontaliers/Grenzzräume“ zwischen der Universität Leipzig und der Université de Lorraine (Nancy), das dieses Jahr seinen Abschluss findet. Das Saarländische Landesarchiv in Saarbrücken-Scheidt war die zweite Station des Projekts. Die Teilnehmer dürfen sich nun auf einen letzten Workshop im November freuen, der wieder in Nancy stattfindet. Dann wird es um die Frage gehen: Wie wirkten Grenzen, als sie „noch nicht ganz“ staatlich waren? Im Fokus stehen ökonomische Kooperation, Schmuggel und (un)gehinderte Mobilität, diesmal leider ohne Archivanbindung. Insofern wird der Saarbrücker Workshop in einem offenen Archiv und „am Material“ unvergessen bleiben.

Fotos: Landesarchiv Speyer



Siegel aus dem Gatterer-Apparat
LA Sp Best. F7

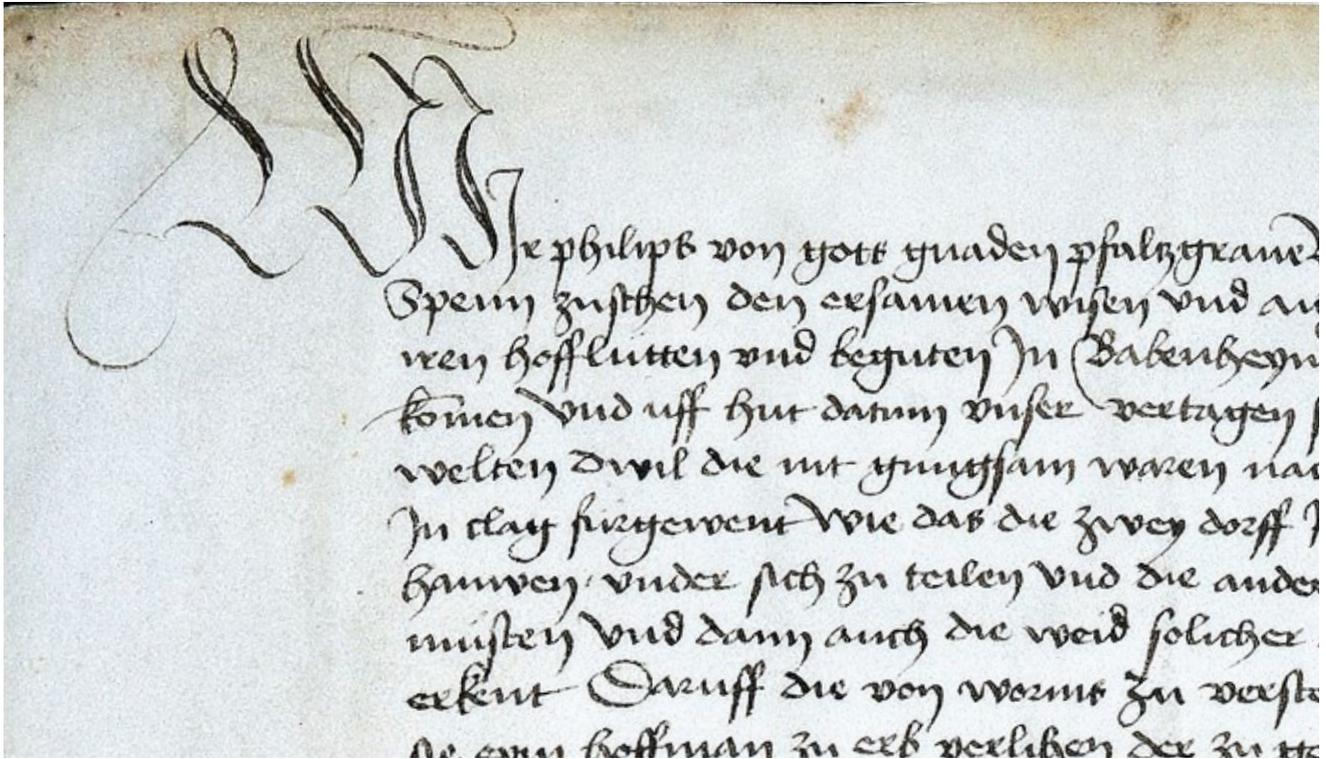
Projektstart „Virtuelles Urkundenarchiv Kurpfalz“

Anja Ostrowitzki

Die kurfürstliche Pfalzgrafschaft bei Rhein war einer der bedeutendsten Stände des Alten Reichs; ihrer Geschichte kommt gesamtdeutsche und europäische Bedeutung zu. Indes ist deren Er-

forschung derzeit noch mühsam, weil die kurpfälzische Hinterlassenschaft im 19. Jahrhundert auf die Nachfolgestaaten verteilt wurde. Sie lagert heute in staatlichen Archiven in Karlsruhe, München,

Amberg, Speyer, Koblenz und Darmstadt. Die Badische Historische Kommission brachte 1894 einen ersten Band der Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214-1508 heraus, ein zweiter Band erschien



Urkunden-Ausschnitt mit der kurfürstlichen Intitulatio LA Sp Best. F7

1939 und reicht bis zum Ende der Herrschaft König Ruprechts 1410. Zur geplanten Fortführung bis 1508 kam es nicht mehr. In diese Lücke stößt das aktuelle Projekt: um den Geschichts- und Kulturwissenschaften einen zeitgemäßen Zugriff auf einschlägige Archivalien zu bieten, werden die Archivverwaltungen von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz einen wichtigen Teil der urkundlichen Überlieferung virtuell wieder zusammenführen. Ermöglicht wird dieses auf drei Jahre angelegte Projekt, das vom Generalarchiv Karlsruhe koordiniert wird, durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Die Bearbeitung des rheinland-pfälzischen Anteils übernimmt das Landesarchiv Speyer.

Angesichts der Menge des Materials konzentriert sich das Vorhaben auf die in der Epoche von 1449

bis 1508 von der Pfalz ausgestellten Urkunden, also auf die Regierungszeiten Friedrichs des Siegreichen und Philipps des Aufrichtigen. Seinerzeit stand die Kurpfalz auf dem Höhepunkt ihrer politischen und kulturellen Bedeutung im europäischen Kontext. Jedes der beteiligten Archive wird Regesten und Digitalisate seiner Urkunden über das jeweils eigene Archivportal präsentieren, mithin werden die Urkunden aus Koblenz und Speyer in APERTUS, dem virtuellen Leseaal der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, zu finden sein.

Damit lassen sich kurpfälzische Themen für das 15. Jahrhundert künftig komfortabel und effizient bearbeiten. Überdies führt das Projekt über vergleichbare Digitalisierungsvorhaben deutlich hinaus, indem Erschließungsinformationen und Bilder aus allen beteiligten Archiven anschließend in eine

übergreifende Forschungsplattform eingespeist, mit Schlagwörtern verknüpft und als Themenzugang im Archivportal D gemeinsam online zugänglich gemacht werden. Eine solche Gesamtschau der virtuell rekonstruierten und zentral recherchierbaren Urkundenüberlieferung aus der kurpfälzischen Kanzlei lässt neue Impulse für die Forschung erwarten.

Ein neues Zeitalter: Einführung der e-Akte in der Landesarchivverwaltung

Beate Dorfey

Es ist ein Paradigmenwechsel, wie ihn die Landesarchivverwaltung noch nicht erlebt hat. Am 1. August 2022 beginnt die Landesarchivverwaltung mit der Einführung der eGovSuite der Firma Fabasoft und tritt damit aktiv ein in die elektronische Aktenführung.

Bislang war die Einführung von e-Akten ein Phänomen, das wir bei anderen Behörden begleitet haben. Nun trifft es uns selbst, und wir müssen all die guten Ratschläge, die wir anderen gegeben haben, nun selbst umsetzen. Immerhin haben wir deutlich bessere Startvoraussetzungen als viele andere Behörden beim Land oder den Kommunen: Archive kennen die Regeln einer geordneten Schriftgutverwaltung, auch wenn die tatsächliche Umsetzung im eigenen Dienstbetrieb nicht immer vollständig der reinen Lehre entspricht. Aber wir verstehen Aktenpläne, wissen, worum es bei Aktenordnungen geht und haben schön öfter Geschäftsprozesse modelliert. All diese Erfahrungen kommen uns jetzt natürlich zu Gute. Oder doch nicht?

Denn es sind vor allem die mit der Einführung einhergehende Standardisierung und Vereinheitlichung, das Abschneiden jahrzehntelanger, ja sogar jahrhundertelanger Tradition, die den Kolleginnen und Kollegen im Einführungsprojekt die größten Umwälzungen und Veränderungen zumuten – vielleicht sogar noch stärker, als wenn man diese Regelungen von der Pike auf neu aufsetzen müsste. Die preußische Verwaltungstradition im Landeshauptarchiv Koblenz stand der bayerischen Verwaltungstradition im Landesarchiv Speyer gegenüber, in beiden Häusern ge-

lebte Gegenwart, auch wenn man so manch einem Instrument der Schriftgutverwaltung sein hohes Alter bisweilen durchaus anmerkte.

Hier werden die Neuerungen der e-Akte für uns am deutlichsten spürbar: Ein neuer, landeseinheitlicher Aktenplan trifft nun auch uns – und er ist mit gerade mal fünf Aktenzeichen für die Fachaufgabe der Archivierung nicht gerade üppig ausgestattet. Hier erwartet uns eine echte Herausforderung. Wer schon einmal Aktenplan-Fragen in Behörden diskutiert hat, weiß sofort, wovon ich rede. Es scheint kaum vorstellbar, mit so wenigen Aktenzeichen behördliches Handeln sachgerecht zu dokumentieren. Und doch muss es gehen, und das kann es auch, denn ein weiterer zentraler neuer Aspekt unterstützt uns hier.

Denn statt in Akten müssen wir lernen, in Vorgängen zu denken und zu arbeiten. Und die Vorgänge bilden eine weitere Gliederungsebene, die sehr gut geeignet ist, Verwaltungshandeln strukturiert und nachvollziehbar abzubilden. Tatsächlich wird die Aktenführung deutlich kleinteiliger werden mit der Folge, dass kluge Suchstrategien bessere Erfolge versprechen. Und deutlich individueller, denn für Anlage, Bezeichnung, Pflege und das Schließen der Vorgänge sind die Sachbearbeitungen selbst verantwortlich. Ein deutliches Plus an Selbständigkeit geht mit einem deutlichen Mehr an Verantwortung einher.

Doch neben diesen Vorgaben des Landes, die in der Landesarchivverwaltung ebenso wie in jeder anderen Landesbehörde umzusetzen sind, haben wir eigene Ziele definiert,

die das Einführungsprojekt zu einem Erfolg machen sollen. Die Landesarchivverwaltung möchte die Einführung der eGovSuite nutzen, um noch stärker zu einer Behörde zusammenzuwachsen. Unterschiede in der Aufgabenwahrnehmung zwischen den Standorten sollen überwunden, Gegensätze aufgehoben werden. Idealerweise werden wir das Beste aus den bestehenden Welten zu einem neuen Ganzen verbinden. Das wäre zumindest der Plan. Dieselbe Aufgabe bedingt dieselbe Aufgabenwahrnehmung und dieselbe Dokumentation unseres Handelns – das ist das Prinzip. Es wird, um ein Beispiel zu geben, die Aufgabe Beschaffung nicht in einer Version Koblenz und einer Version Speyer geben, sondern nur in einer Version, nämlich der Version Landesarchivverwaltung. Das hat weitreichende Folgen: Vertraute Geschäftsgänge werden dort, wo die Aufgabe gleich ist, zugunsten einer gleichen Aufgabenwahrnehmung angepasst. Eine gemeinsame Aktenführung über Standortgrenzen hinweg sichert bestmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit und damit die Pflege der Einheitlichkeit und Nachhaltigkeit.

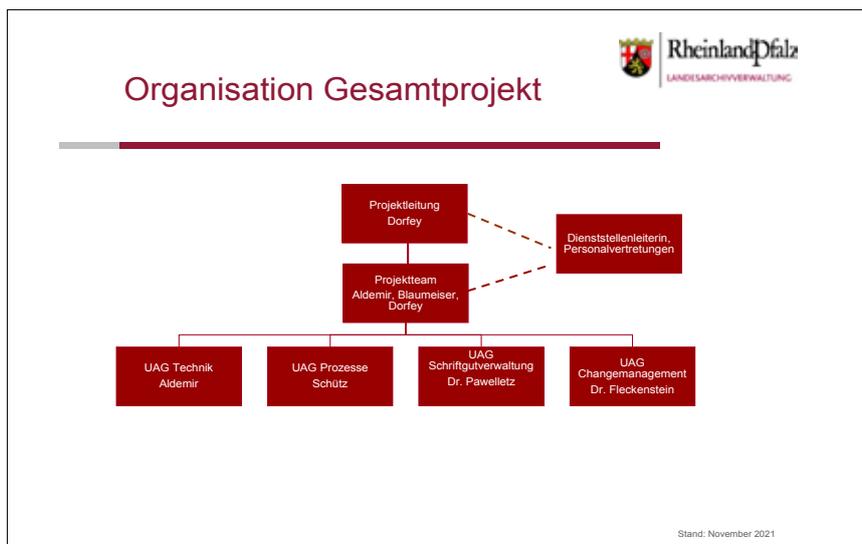
Die Einführung der e-Akte ist also ein sehr komplexes Projekt, das neben Vorgaben auch eigene Ziele umfasst und alle, aber wirklich alle Bereiche der Landesarchivverwaltung einschließt. Es kommt alles auf den Prüfstand: Schriftgutverwaltung, Aufgabenwahrnehmung, Organisation, technische Infrastruktur.

Damit wir diese Komplexität bewältigen können, hat sich die Landesarchivverwaltung bereits eine Projektstruktur gegeben, die zur Vor-

bereitung des Einführungsprojekts nicht nur Kommunikations- und Austauschwege einrichtet und etabliert, sondern auch die Diskussion um Inhalte und Ziele unserer Neuausrichtung anstößt.

An der Spitze steht das Projektteam, bestehend aus der stellvertretenden Leiterin der Landesarchivverwaltung Dr. Beate Dorfey als Projektleitung, dem Verwaltungsleiter Thomas Blaumeiser als Organisationsverantwortlichem und dem IT-Leiter Haydar Aldemir mit der Verantwortung für die technische Infrastruktur. Um schnell und effizient reagieren zu können, wurden das Projektteam und insbesondere die Projektleiterin von der Leiterin der Landesarchivverwaltung mit weitreichenden Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet. Dieses Projektteam steuert und koordiniert nicht nur das gesamte Projekt, sondern unterrichtet auch in regelmäßigen Abständen die Leiterin der Landesarchivverwaltung, die Personalvertretungen, den Datenschutzbeauftragten und die Abteilungsleitungen und ist die Schnittstelle zum Gesamtprojekt des Landes.

Dem Projektteam zugeordnet sind insgesamt vier Unterarbeitsgruppen, deren Arbeitsauftrag sich auf die wesentlichen Aufgabenfelder des Einführungsprojekts bezieht. An die Spitze dieser UAGs wurden mit Dr. Gisela Fleckenstein, Leiterin des Landesarchivs Speyer, Dr. Jörg Pawelletz, kommissarischer Leiter der Abteilung 300/Staatliches Schriftgut, Christian Schütz, stellvertretender Verwaltungsleiter und Leiter Personalreferat, sowie Haydar Aldemir ausgewiesene Fachleute berufen. Um eine möglichst breite Beteiligung zu erreichen, sind alle Organisationseinheiten der Landesarchivverwaltung in jeder UAG (mit Ausnahme der UAG Technik, die sehr spezifisches Fachwissen erfordert) vertreten und können sich so direkt in den Prozess einbringen. Wegen der zahlreichen Berührungspunkte können und sollen sich die UAGs auch untereinander regelmäßig austauschen und



abstimmen, um ein bestmögliches Maß an Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit zu erzielen.

Dies ist umso wichtiger, da dies das größte Projekt in der Geschichte der Landesarchivverwaltung ist, in dem es ausschließlich um uns geht. Die Weichen, die wir hier stellen, bestimmen unsere Arbeitsabläufe und unsere Zusammenarbeit auf Jahrzehnte. Es muss unser Ziel sein, alle Kolleginnen und Kollegen mit auf diese Reise zu nehmen, ohne uns in kleinteiligen Detaildiskussionen aufzureiben. Die gewählte Kombination von breiter Basis mit entscheidungsfreudiger Spitze verspricht die besten Erfolgsaussichten für diesen ehrgeizigen Ansatz.

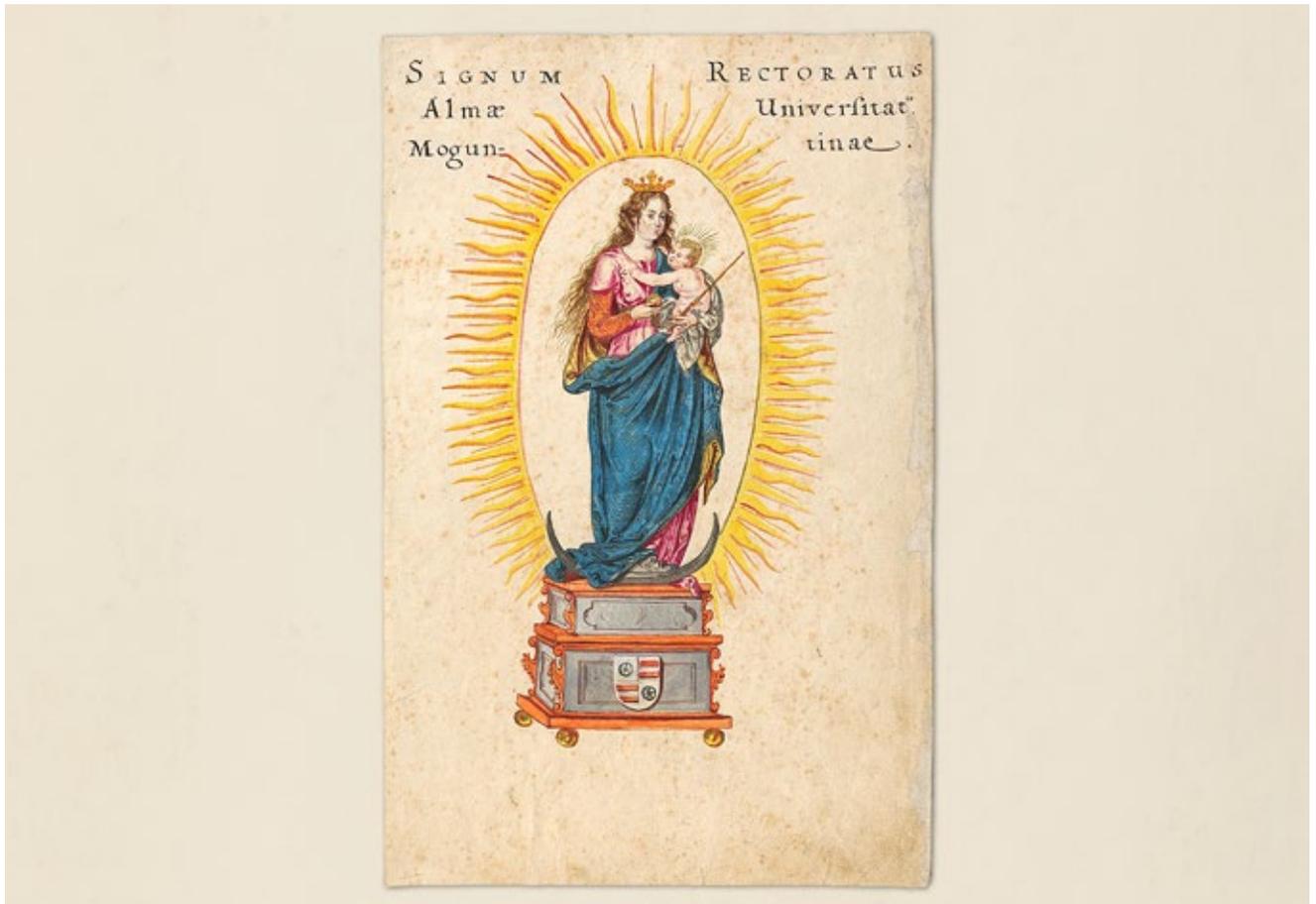
Aber nicht nur die Mitglieder der einzelnen Projektteams sind hier einzubinden. Mindestens genauso wichtig sind diejenigen, die durch ihren Einsatz den Dienstbetrieb aufrechterhalten und so die anderen, die sich in den Arbeitsgruppen engagieren, ein Stück weit entlasten, damit niemand überlastet wird. Hier zeigt sich am deutlichsten, wie sehr dieses Projekt ein Gemeinschaftsprojekt aller Beschäftigten der Landesarchivverwaltung ist, das nur gelingen kann, wenn alle mitmachen und an einem Strang ziehen.

Dazu braucht es umfassende Informations- und Schulungsangebote in schriftlicher, persönlicher und neuerdings verstärkt auch virtueller Form. Hier ist vor allem die UAG

Changemanagement gefragt, alle zu Gebote stehenden Medien einzusetzen. Denn nur wenn sich alle gut informiert und eingebunden fühlen, können wir das Projekt ins Ziel bringen.

Wie geht es nun weiter? Unser Projekt ist, wie gesagt, Teil des landesweiten Projekts DIALOG RLP II, mit dem die e-Akte nun im nachgeordneten Bereich verbreitet wird, nachdem die Ministerialebene bereits ausgestattet ist. Das Land stellt hierfür nicht nur externe Beratung zur Verfügung, sondern auch einen straffen und vordefinierten Projektplan, der sicherstellt, dass wir auch innerhalb des vorgesehenen Zeitfensters fertig werden. Zweifellos werden auch wir in den kommenden zwei Jahren das ein oder andere Mal darüber schimpfen, doch mit Blick auf das Gesamtprojekt ist das der richtige Weg.

In diesem Jahr 2022 werden wir „ready“ für die e-Akte werden: Wir werden nahezu 100 Arbeitsplätze mit der nötigen Technik ausstatten, uns einen Überblick über unsere Arbeitspakete verschafft und deren Abarbeitung begonnen und schließlich für unsere Kolleginnen und Kollegen ein umfassendes und vielfältiges Informationsprogramm aufgelegt haben, das Sorgen abbauen und Ideen aufgreifen soll, damit wir am 1. April 2024 pünktlich offiziell in das neue Zeitalter starten können. Kein Scherz.



Rektoratssiegel der alten Mainzer Universität
StA Mainz, Best. 18/182

Das digitale Archiv der alten Mainzer Universität

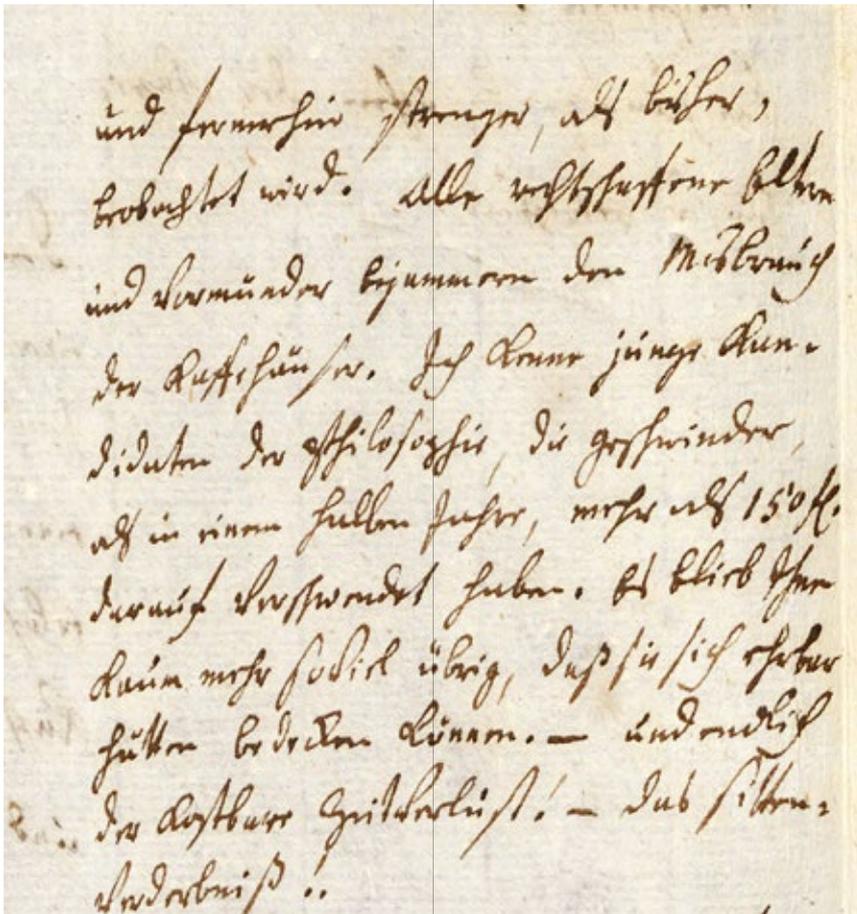
Christian George

„Alle rechtschaffene Eltern und Vormünder bejammern den Misbrauch der Kaffehäuser.“ Wir schreiben das Jahr 1785 – und es geht offenbar hoch her an der Universität Mainz: In den Kaffee- und Billardschenken bringen die Studenten ihr Geld durch und finden kaum noch Zeit für das Studium. Es droht ein „Sittenverderbnis“, dem der Kurfürst durch einen Befehl Einhalt gebieten soll. Diese kleine Anekdote findet sich in einer Akte aus dem Staatsarchiv Darmstadt

(E 6 A Nr. 6/3.27), seit kurzem auch digital verfügbar auf der Plattform „Gutenberg Capture“ der Universitätsbibliothek Mainz.

Eigentlich wäre zu erwarten, dass sich diese Akte im Mainzer Universitätsarchiv finden lassen würde. Doch durch die gebrochene Mainzer Universitätstradition ist die Überlieferungslage unübersichtlich. Die alte, 1477 gegründete Mainzer Universität wurde nach der Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch französi-

sche Revolutionstruppen 1798 aufgehoben. Was sich nach einem schlagartigen Ende anhört, war in Wirklichkeit ein über mehrere Jahrzehnte andauernder Prozess. Ein Teil der Universität war schon vor Ankunft der Franzosen nach Aschaffenburg ausgewichen. In Mainz verblieben v. a. die Professoren der Medizinischen Fakultät, die hier den Lehrbetrieb noch bis in die 1820er-Jahre an einer sogenannten Medizinischen Spezialschule aufrechterhielten.



Aus dem Vorgang zum Besuch der Kaffeehäuser
StA Darmstadt, E 6 A Nr. 6/3.27

Dieser lange Auflösungsprozess führte in Verbindung mit den politischen Umwälzungen im Zuge des Wiener Kongresses dazu, dass sich ein geschlossenes Archiv der alten Mainzer Universität nicht erhalten hat. Die Akten sind vielmehr verstreut überliefert: Die in Mainz verbliebenen Akten gingen zum Teil an das Mainzer Stadtarchiv und – nachdem die Stadt seit 1816 zum Großherzogtum Hessen gehörte – zum Teil an das Staatsarchiv in Darmstadt. Die nach Aschaffenburg verbrachten Akten gelangten in das Staatsarchiv in Würzburg.

Nach der 1946 erfolgten (Wieder-)Eröffnung war es der Johannes Gutenberg-Universität ein wichtiges Anliegen, an die Tradition der alten Mainzer Universität anzuknüpfen. Mitarbeiter des Universitätsarchivs besuchten daher

verschiedene Archive in ganz Europa und trugen Kopien wichtiger Dokumente zur Mainzer Universitätsgeschichte zusammen.

Heute stehen uns andere Möglichkeiten zur Rekonstruktion eines verlorengegangenen Archivs offen: Originalunterlagen können hochauflösend gescannt und online einer breiten Öffentlichkeit frei zur Verfügung gestellt werden. Die physische Zusammenführung der Originale ist nicht mehr notwendig. Erste Schritte in diese Richtung ist das Mainzer Universitätsarchiv in den letzten Jahren gegangen. Der Bestand 18 „Archiv der Universität“ aus dem Mainzer Stadtarchiv wurde im Digitalisierungszentrum der Universitätsbibliothek gescannt. Im vergangenen Jahr folgten die Digitalisate der einschlägigen Bestände aus Darmstadt, die

vom Staatsarchiv digitalisiert und zur Verfügung gestellt wurden. Beide Bestände sind nun auf einer gemeinsamen Plattform vollständig digital einsehbar: <https://gutenberg-capture.ub.uni-mainz.de/universitaetsgeschichte>

Während sich in den Unterlagen aus dem Stadtarchiv Mainz schwerpunktmäßig Protokolle des Senats und der Fakultäten befinden, sind in den Beständen des Staatsarchivs Darmstadt die Matrikelbände und Akten zur Personal- und Güterverwaltung enthalten. Insgesamt setzt die Überlieferung im 17. Jahrhundert ein, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der Zeit der Erneuerung der Universität in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Mit diesem digitalen Archiv der alten Mainzer Universität werden der Mainzer Universitätsgeschichte neue Impulse verliehen. Das niedrigschwellige Angebot eines bequemen Quellenstudiums vom heimischen Schreibtisch aus wird – zusammen mit der 2027 anstehenden 550-Jahrfeier – hoffentlich das Interesse an der Mainzer Universitätsgeschichte beflügeln. Sicher treten dabei noch weitere Anekdoten aus dem Universitätsalltag im 17. und 18. Jahrhundert zu Tage.

Unmittelbar wird der Mehrwert eines digitalen Mainzer Universitätsarchivs am oben angeführten Beispiel deutlich: Der Vorgang in der Akte aus dem Staatsarchiv Darmstadt verweist auf einen Eintrag im Protokollbuch der Philosophischen Fakultät, das im Bestand des Stadtarchivs Mainz (Best. 18/171) überliefert ist. Darin ist der letztlich vom Kurfürst abgesegnete Vorschlag zur Sanktionierung derjenigen Studenten enthalten, die zur „Lektionszeit“ im Kaffeehaus angetroffen werden: „Die Strafe des Pedell-Arrests auf 24 Stunden muss unerbittlich darauf liegen und vollzogen werden.“



Der Vorstand des Landesrates während der letzten Sitzung am 28. Dezember 1934: Präsident Peter Scheuer (mittig), 1. Beisitzer Albert Blügel (rechts) und 2. Beisitzer Gustav Schmoll (links)
SaarLA B NL Bruch 48/4

Stenographische Berichte zu den Sitzungen des Landesrates im Saargebiet (1922–1934) online

David Schnur

Das Saarländische Landesarchiv setzt die Digitalisierung seiner umfangreichen Archiv- und Sammlungsbestände weiter fort. Im April 2022 wurden Digitalisate der „Stenographischen Berichte“ zu allen 118 Sitzungen des Landesrates des Saargebietes aus den Jahren 1922 bis 1934 online frei zugänglich gemacht.¹ Das Landesarchiv stellt damit der landesgeschichtlichen Forschung genau 100 Jahre nach den ersten Wahlen zum Landesrat eine zentrale Quelle zur Zwischenkriegszeit bereit, die eine wichtige Grundlage für die Erfor-

schung der Geschichte des demokratischen Parlamentarismus, der politischen Kultur sowie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Saar darstellt.

Durch den Versailler Vertrag, der als Friedensvertrag den Ersten Weltkrieg (1914–1918) beendete, wurde das Saargebiet im Januar 1920 auf 15 Jahre als Mandatsgebiet dem neu gegründeten Völkerbund übertragen.² Die Verwaltung übernahm eine international besetzte Regierungskommission, die vor der Verabschiedung neuer Gesetze gewählte Vertreter der

Saarbevölkerung anzuhören hatte. Im Frühjahr 1922 verordnete die Regierungskommission daher die Bildung eines Landesrates, dessen Mitglieder durch eine allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl bestimmt wurden. Die erste Wahl zum Landesrat fand am 25. Juni 1922 und die konstituierende Sitzung am 19. Juli 1922 statt; drei weitere Wahlen zum Landesrat erfolgten 1924, 1928 und 1932. Letztmalig kam der Landesrat am 28. Dezember 1934 zu einer Sitzung zusammen. Mit der Volksabstimmung vom 13. Januar 1935

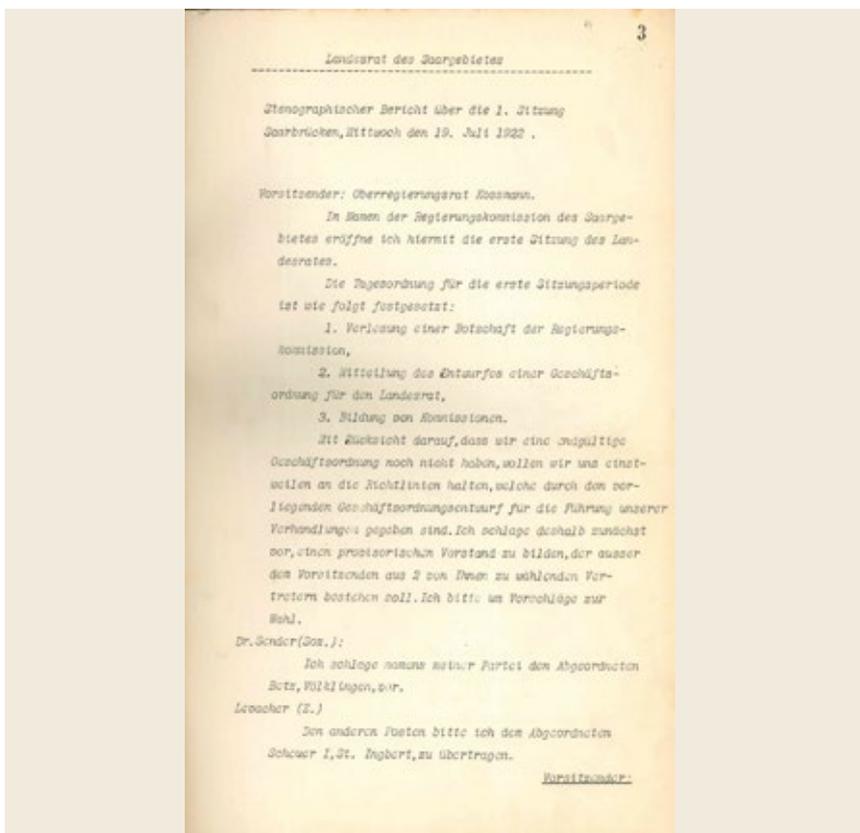
und der „Heimkehr ins Reich“ endete die Saargebietszeit unter internationaler Verwaltung.³

Dem Landesrat kam lediglich eine beratende Funktion zu – über klassische Parlamentsrechte wie etwa das Haushalts- oder Interpellationsrecht verfügte er hingegen nicht. Die gewählten Mitglieder verstanden sich selbst dennoch als klassische Parlamentarier und Sprachrohr der Saarbevölkerung und begleiteten die Tätigkeit der Regierungskommission kritisch. Dies wird insbesondere anhand der nunmehr digitalisierten Sitzungsberichte deutlich, die in der archivischen Vorlage rund 5.000 maschinenschriftliche Seiten umfassen.

Grundlage der Digitalisierung waren die im Rahmen der Bundessicherungsverfilmung in den 1960er Jahren angefertigten Mikrofilme. Im Zuge der anschließenden Qualitätskontrolle wurden doppelte Aufnahmen entfernt, verwackelte ersetzt und fehlende ergänzt. Die Bereitstellung der Digitalisate erfolgt zunächst über das „Internet Archive“, jedoch ist zeitnah ebenfalls eine Einstellung in das Archivportal-D vorgesehen. Ergänzungen finden die „Stenographischen Berichte“ in den Akten des Völkerbundarchivs in Genf, welche derzeit im Rahmen des Langzeitprojektes LONTAD vollständig digitalisiert werden.⁴ Aufgrund der politischen Bedeutung, die dem Landesrat als „erstem Saarparlament“ zugerechnet werden muss, werden die überlieferten Quellen zum Landesrat in den nächsten Jahren seitens des Saarländischen Landesarchivs zudem im Rahmen eines umfangreichen digitalen Editionsprojektes sukzessive kritisch aufgearbeitet.



Rede des Abgeordneten August Hey (KP) während der letzten Sitzung des Landesrates am 28. Dezember 1934
SaarLA B NL Bruch 48/5



Stenographischer Bericht zur 1. Sitzung des Landesrates am 19. Juli 1922
SaarLA Landesrat 1, S. 3

1 Vgl. David Schnur, Stenographische Berichte des Landesrates im Saargebiet (1922–1934) online, <https://archivtag.hypotheses.org/1785> vom 4. Mai 2022.

2 Zur Zwischenkriegszeit an der Saar siehe die grundlegenden Arbeiten von Maria Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935 (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volkskunde, 3), Saarbrücken 1966 (<https://digital.sulb.uni-saarland.de/viewer/resolver?urn=urn:nbn:de:bsz:291-sulb:digital-163733>); Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten

Region (Saarland-Bibliothek, 2), St. Ingbert 1992 und Gabriele B. Clemens, Mandatsgebiet des Völkerbundes, in: Hans-Christian Herrmann, Johannes Schmitt (Hg.), Das Saarland. Geschichte einer Region, St. Ingbert 2012, S. 217–261. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die kürzlich an der Universität des Saarlandes eingereichte Dissertation von Dominik Schmoll zur Entstehung des Saargebietes in den Krisenjahren 1918–1920.

3 Ludwig Linsmayer (Hg.), Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte (Echolot. Historische Beiträge des Landesarchivs Saarbrücken, 1), Saarbrücken 2005.

4 Vgl. hierzu <https://lontad-project.unog.ch/>

Fotos: Peter Wettmann-Jungblut



Die Akteurinnen und Akteure des Festaktes auf dem Podium der Rotunde des Peterbergs

Freischaltung des „Themenportals Wiedergutmachung“

Peter Wettmann-Jungblut

Mit dem von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem israelischen Außenminister Moshe Sharett am 10. September 1952 unterzeichneten Luxemburger Abkommen übernahm die junge Bundesrepublik – anders als die DDR – die moralische wie auch materielle Verantwortung für die Verbrechen des deutschen Vorgängerstaates. Dieses Abkommen und das vier Jahre später erlassene Bundesent-

schädigungsgesetz markieren den Beginn der „Wiedergutmachung“, die die Opfer des Nationalsozialismus für das ihnen zugefügte Unrecht materiell entschädigen und entzogene Vermögenswerte zurückerstatten sollte, wenngleich man sich von Anfang an bewusst war, dass sie deren Leid nicht „wieder gut machen“ konnte.

In den vergangenen sieben Jahrzehnten hat die Bundesre-

publik rund 80 Milliarden Euro für vielfältige Entschädigungsleistungen aufgebracht und dabei zwecks gesetzeskonformer Durchführung der Wiedergutmachung rund 100 Kilometer Akten produziert. Diese über zahlreiche Archive verteilte Überlieferung soll künftig zentral und in digitaler Form im „Themenportal Wiedergutmachung“ zugänglich gemacht werden. Eine entsprechende Rahmenvereinba-

rung schlossen Vertreterinnen und Vertreter des Bundesfinanzministeriums sowie der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder während eines Festaktes auf dem Petersberg bei Königswinter am 1. Juni 2022. Die gelungene Veranstaltung wurde von der Journalistin Tanit Koch moderiert. Sie führte u. a. Interviews mit der Auschwitz-Überlebenden Eva Umlauf und der Berliner Musikwissenschaftlerin Dörte Schmidt; die von letzterer in Entschädigungsakten gefundenen Liedernoten jüdischer Komponisten dienen zur musikalischen Untermalung. Alle Beteiligten betonten die immense Bedeutung der Wiedergutmachungsakten, so auch Bundesfinanzminister Christian Lindner in seiner Videobotschaft, der von einem „einmaligen Dokumentenerbe“ sprach, das „die Vergangenheit für die Zukunft bewahren und sie sichtbar machen“ könne. Den Schlusspunkt des Festaktes setzte die Unterzeichnung der Vereinbarung, zu der zunächst die Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher und dann die Leiterinnen und Leiter der beteiligten Archive einzeln auf das Podium traten.

Das neue Themenportal kann künftig den über die ganze Welt verstreuten Nachfahren der Opfer des Nationalsozialismus den Zugang zu Millionen Einzelfallakten erleichtern. Für Forschung und Wissenschaft, aber auch für die interessierte Öffentlichkeit im In- und Ausland stellt es eine schier unerschöpfliche Quellensammlung zur historischen Rekonstruktion nationalsozialistischer Verfolgungs- und Repressionsmaßnahmen sowie zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945 dar. Da die präsentierten Dokumente mit historischen, rechtlichen und aktenkundlichen Informationen verknüpft werden, kann das Portal schließlich auch in (schulischen) Bildungsprojekten Verwendung finden, mit denen zunehmendem Antisemitismus und der Leugnung des Holocaust entgegen gearbeitet werden soll.

Der Zugang erfolgt über das Archivportal-D (<https://www.archivportal-d.de/themenportale/wiedergutmachung>). Das Bundesarchiv zeichnet für die archivarische Gestaltung des Portals verantwortlich, es erarbeitet die Angebote zur historischen Bildung und konzipiert die Gesamtausrichtung des Portals im Austausch mit den nationalen und internationalen Partnern. Seit September 2021 arbeitet es zudem an der Erschließung und Digitalisierung von Wiedergutmachungsakten in seinen Beständen und stellt bereits erschlossene Unterlagen zu Gesetzen und Verordnungen in das Portal ein. Technisch betrieben wird das Themenportal durch das Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur (FIZ) Karlsruhe. Die Aufgaben des FIZ umfassen die Implementierung der notwendigen Softwarekomponenten, die Bereitstellung und Fortschreibung der für den Betrieb erforderlichen Infrastruktur sowie die Erforschung (semi-)automatischer Erschließungsverfahren und deren Überführung in den produktiven Betrieb. Letztere Aufgabe wird seit 2020 im Rahmen eines vom Bundesfinanzministerium geförderten Pilotprojekts mit dem

Landesarchiv Baden-Württemberg durchgeführt. Das Landesarchiv digitalisiert zunächst ausgewählte Papierakten und Mikrofilme zu Entschädigungsverfahren der Landesämter für Wiedergutmachung in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen vollständig. Anhand dieser Digitalisate erprobt das FIZ Karlsruhe dann experimentell automatische Verfahren der Text- und Mustererkennung mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer KI-gestützten Anreicherung von Erschließungs- und Normdaten sowie anderer zukunftsorientierter Anwendungsmöglichkeiten auszuloten.

Das „Themenportal Wiedergutmachung“ ist ein work-in-progress, dessen Fertigstellung Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Rund 500 Bestände aus zahlreichen Archiven sollen als online verknüpfte Archivdokumente seine Webpräsenz Schritt für Schritt erweitern. Der Auf- und Ausbau dieser digitalen Plattform, die, wie Michael Hollmann formulierte, „zur Auseinandersetzung mit einem wichtigen Kapitel deutscher Geschichte“ anregen soll, bedarf nicht nur eines langen Atems, sondern auch finanzieller Mittel, die die Politik den Archiven zur Verfügung stellen muss.



Dr. Ludwig Linsmayer, Direktor des Saarländischen Landesarchivs, bei der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung

Digitaler Neustart in Frankenthal

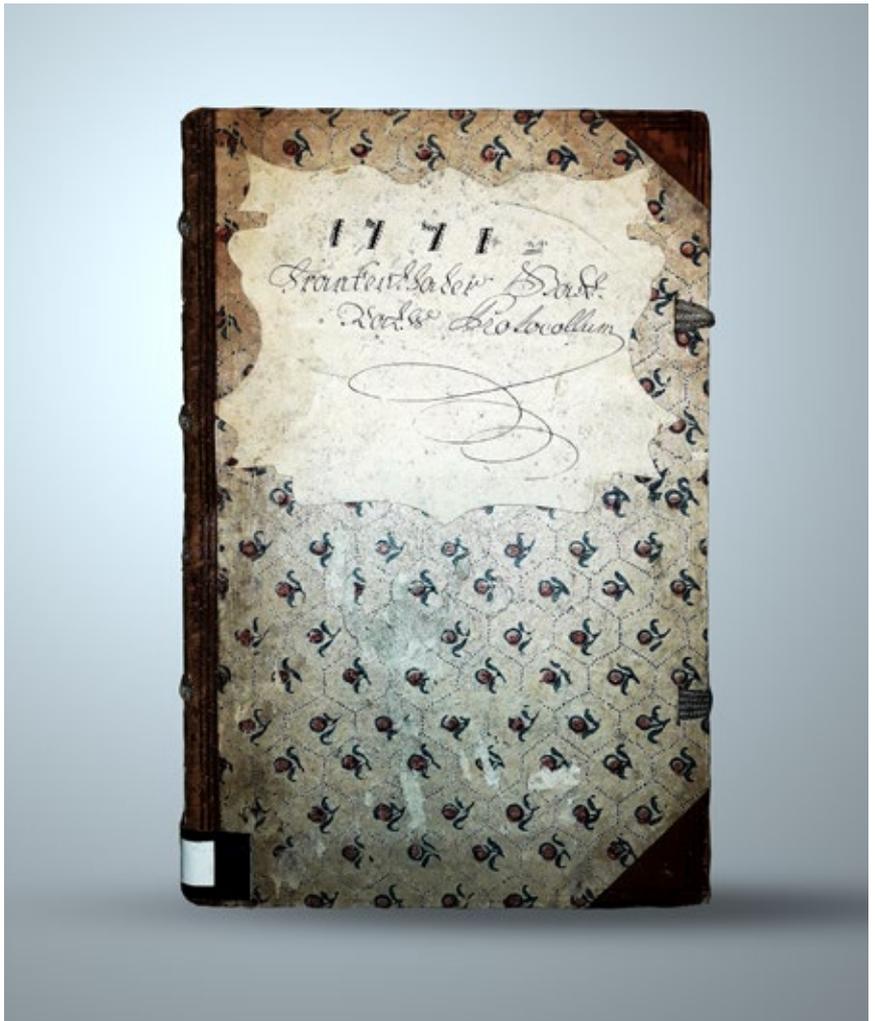
Fördergelder für die Anschaffung einer Archivsoftware und für die Digitalisierung der historischen Ratsprotokolle in Höhe von insgesamt rund 40.000 Euro

Dörte Kaufmann

Gleich zweifach konnte das Stadtarchiv Frankenthal vom Programm WissensWandel im Rahmen des Bundesförderprogramms NEUSTART KULTUR der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien profitieren: Nachdem mit der von WissensWandel geförderten Anschaffung der Archivsoftware ActaPro im Jahr 2021 die Grundlagen für künftige Digitalisierungsprojekte, die auf hochwertigen Erschließungsmetadaten aufsetzen müssen, geschaffen wurde, kann nun dank einer erneuten Förderung in Höhe von rund 30.000 Euro eine zentrale Quelle zur Frankenthaler Stadtgeschichte digitalisiert und langfristig online zur Verfügung gestellt werden: Insgesamt 125 Ratsprotokollbände – ein unermesslicher Fundus an Wissen zur Frankenthaler Stadtgeschichte – aus den Jahren 1572 bis 1900 sind im Frühjahr 2022 „auf Reisen“ gegangen und werden bis Jahresende durch einen auf den Umgang mit fragilem Archivgut spezialisierten externen Dienstleister digitalisiert. Geschätzt entstehen rund 65.500 Digitalisate.

Mit den Ratsprotokollen besitzt das Stadtarchiv Frankenthal einen besonderen „Schatz“, der auf diese Weise in Zukunft besser vor Nutzungsschäden geschützt und zeit- und ortsunabhängig „gehoben“ und ausgewertet werden kann: Seit der Gründung der Stadt Frankenthal, die auf die Ansiedlung wallonischer Glaubensflüchtlinge durch Kurfürst Friedrich III. im Jahre 1562 zurückgeht, sind die Protokolle nahezu lückenlos überliefert. Gerade die ältesten Bände – die ersten noch in flämischer Sprache

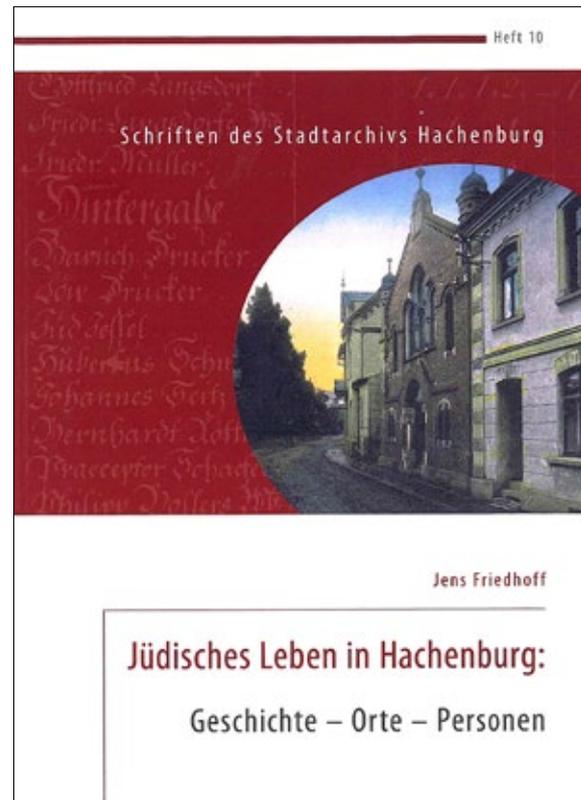
Foto: Dörte Kaufmann



geschrieben – sind eine wichtige Quelle insbesondere für die Migrations- und Religionsgeschichte des 16. Jahrhunderts. Zuzug und Integration spielen auch in der weiteren Stadtgeschichte – zunächst im Zuge der Wiederansiedlungspolitik nach der Zerstörung der Stadt im Dreißigjährigen Krieg sowie dann im 18. und 19. Jahrhundert wegen der Bedeutung Frankenthals als kurpfälzischer Manufaktur- bzw.

Industriestandort – eine wesentliche Rolle. Darüber hinaus beleuchten die Ratsprotokolle die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Frankenthals und der historischen Kurpfalz. Damit kommt den Bänden auch eine überregionale historische Bedeutung zu. Die Digitalisierung dieser grundlegenden Quelle stellt insofern einen Meilenstein auf dem Weg zum digitalen Stadtarchiv dar.

Jens Friedhoff,
 Jüdisches Leben in Hachenburg. Geschichte – Orte – Personen
 (Schriften des Stadtarchivs Hachenburg H. 10),
 Hachenburg 2022,
 64 Seiten,
 zahlreiche Abb.



Neuerscheinung:

Jüdisches Leben in Hachenburg Geschichte – Orte – Personen

Jens Friedhoff

Als erste Kommune im Westerwaldkreis präsentierte die Stadt Hachenburg im Frühjahr 2022 in den Räumen des Vogtshofs die Wanderausstellung des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Universität Mainz, „1700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN. Tradition und Identität der Juden in Rheinland-Pfalz“, ergänzt durch Informationstafeln zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Hachenburg. Im Vorfeld der Ausstellung entstand als Heft 10 der Schriften des Stadtarchivs Hachenburg eine kleine, 64 Seiten umfassende Publikation „Jüdisches Leben in Hachenburg: Geschichte – Orte – Personen“. Die frühesten Spuren jüdischen Lebens in

Hachenburg, die bis ins Spätmittelalter zurückreichen, dokumentieren gleichzeitig den Untergang der ersten Gemeinde im Kontext der das ganze Reichsgebiet heimsuchenden Pestpogrome 1349/50. Der zaghafte Neubeginn mit der Wiederansiedlung von Menschen mosaischen Glaubens in der kleinen Residenzstadt Hachenburg bzw. der Reichsgrafschaft Sayn-Hachenburg datiert in die Zeit nach den Wirren des Dreißigjährigen Krieges. Diese Zeit wird in der vorliegenden Veröffentlichung ebenso thematisiert wie die Phase der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in herzoglich-nassauischer (1806–1866) Zeit und die Blütezeit der jüdischen Ge-

meinde Hachenburg in preußischer bzw. wilhelminischer Zeit (u. a. Synagogenbau 1896/97). Ein weiterer Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Vernichtung der Hachenburger Gemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus. Im Kontext des Kapitels „Gedenken – Erinnern – Mahnen“ werden die Hachenburger Synagoge und der außerhalb des Stadtzentrums gelegene Judenfriedhof als zentrale Erinnerungsorte jüdischen Lebens in der Westerwaldstadt vorgestellt. Die Veröffentlichung kann zum Preis von 7 Euro über die Touristinformation Hachenburger Westerwald/Stadtverwaltung Hachenburg bezogen werden.

Fotos: Landtag RLP/©Andreas Linsenmann



Eröffnung des Tags der Landesgeschichte – Blick ins Auditorium mit Monitor der Liveübertragung

Der Tag der Landesgeschichte Rheinland-Pfalz 2021 (als hybride Veranstaltung)

Monika Storm

Am 9. Oktober 2021 fand der zweite Tag der Landesgeschichte Rheinland-Pfalz mit dem Themenschwerpunkt „Mittelalter digital“ statt. Besuchen konnte man die Veranstaltung sowohl im Weiterbildungszentrum Ingelheim als auch im Internet. Das digitale Angebot umfasste nicht nur Informationsangebote auf der Internetseite des Landtags, ein digitales Einladungsmanagement und einen Livestream, sondern seit dem Event steht die Videoaufzeichnung (u. a. mit Untertiteln) auf der Veranstaltungshomepage¹ bzw. in der Mediathek des Landtags zur Verfügung.

Nachdem der erste Tag der Landesgeschichte 2018 rein ana-

log auf der Festung Ehrenbreitstein stattgefunden hatte, musste aufgrund der Einschränkungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie vom angedachten Zweijahres-Turnus für dieses neue landesgeschichtliche Format abgewichen und die für den Herbst 2020 geplante Veranstaltung um ein Jahr verschoben werden. Trotz dieser Terminverlegung blieb die Durchführung einer Präsenzveranstaltung aufgrund der pandemischen Entwicklung weiter lange Zeit unsicher, was die Programmplanung erschwerte.

Unter den am Planungsprozess beteiligten Akteuren aus dem Kreis der Kommission des Landta-

ges für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz und der Landtagsverwaltung herrschte daher frühzeitig Einigkeit darüber, dass der Tag der Landesgeschichte auch digitale Angebote umfassen sollte. War dabei zunächst nur an die Bereitstellung einzelner Elemente auf einer Homepage gedacht worden, wurde bald auch eine Videoaufzeichnung in Erwägung gezogen. Da der Landtag bei der Aufzeichnung sowohl von Plenar- und Ausschusssitzungen als auch von Informations- und Gedenkveranstaltungen mit externen Anbietern zusammenarbeitet, schloss sich an die Programmplanung die Vorbereitung der Ausschreibung für

das Livestreamangebot an. Unterstützt wurde die Geschäftsführung der Kommission dabei von der Internetredaktion der Landtagsverwaltung.

Nachdem der Zuschlag für den Livestream erteilt worden war, stand die Erstellung eines detaillierten Regieplans für den hybriden Programmteil an, der für den beauftragten Anbieter bestimmt war und an dem bis kurz vor der Veranstaltung (z. B. wegen Referentenwechsels) gearbeitet wurde. Hierbei galt es mehrere Aspekte zu beachten: Es wurde eine ausgewogene Programmverteilung zwischen den Veranstaltungsteilen im hybriden Format und den ausschließlich analog stattfindenden Angeboten angestrebt, um auch Anreize für einen Besuch vor Ort zu schaffen. Sehr schnell zeichnete sich ab, dass nur mit sehr großem organisatorischen und technischen Aufwand eine Liveübertragung des „Forums Landesgeschichte“, auf dem sich mehr als 30 landesgeschichtliche Initiativen, Vereine und Institutionen mit ihren Angeboten präsentierten, möglich gewesen wäre. Als Alternative wurden und werden noch immer umfangreiche Informationen (z. T. mit Links zu digitalen Angeboten) zu den einzelnen Mitwirkenden des Forums auf der Veranstaltungshomepage angeboten. Da es sich um eine Tagesveranstaltung handelte, war es wichtig, das hybride Angebot zeitlich sinnvoll zu strukturieren, zwischen verschiedenen Formaten (z. B. Diskussionsrunden, Online-Präsentationen, Kurzvorträgen) zu wechseln, Sendepausen einzuplanen, Formulare über die datenschutzrechtliche Einwilligung der Referent*innen zur Aufzeichnung von Bild- und Tonaufnahmen vorzubereiten und auf die Beachtung der Start- und Endzeiten der Beiträge hinzuweisen. Im Livestream bestand bei Diskussionsrunden die Möglichkeit für Chat-Fragen, die dann von der Moderatorin Lena Ganschow an das Podium weitergegeben wurden.



Forum Landesgeschichte: Druckvorführung des Gutenberg-Museums Mainz



Auftritt der Spielleut' Ranunculus im WBZ Ingelheim

Während sich vor Ort etwa 150 Besucher*innen einfanden, gab es am Veranstaltungstag mehr als 1.500 Online-Zugriffe – zum überwiegenden Teil aus Deutschland, aber auch aus Amerika, Frankreich, Österreich usw.

Der Minecraft-Wettbewerb „Leben im Mittelalter“, der am Tag der Landesgeschichte gestartet wurde, stieß bei Kindern und Jugendlichen ebenfalls auf gute Resonanz und

endete am 30. April 2022 mit einer gut besuchten und lebendigen Preisverleihung (mit anschließender Landtagsführung).

Aufgrund dieser Reichweite wird die Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz den nächsten Tag der Landesgeschichte, der voraussichtlich am 7. Oktober 2023 in der Pfalz stattfinden wird, abermals als hybride Veranstaltung durchführen.

¹ <https://www.landtag.rlp.de/de/mitmachen/veranstaltungen/demokratie-und-gesellschaft/festveranstaltungen/tag-der-landesgeschichte> (letzter Aufruf am 30.06.2022).



Tag der Archive 2022: Virtuelles Mainzer Angebot am 4. März 2022 Foto: Kerstin Albers

Virtueller Tag der Archive 2022

Das digitale Beispiel Mainzer Archive

Kerstin Albers

Der Tag der Archive ist ein Veranstaltungsformat, bei dem sich Archive alle zwei Jahre bundesweit der Öffentlichkeit präsentieren. Konnte 2020 der Aktionstag trotz der heraufziehenden Pandemie vielerorts noch wie üblich als Präsenzveranstaltung durchgeführt werden, plädierte der Archivverband VdA als Initiator aufgrund der anhaltenden Corona-Situation für den 11. Tag der Archive 2022 zur Unterbreitung möglichst digitaler Angebote unter dem Motto „Fakten, Geschichte, Kurioses“.¹ Der VdA stellte diesmal außerdem eine eigene Plattform bereit, auf der Videos oder extra für den Tag der Archive produzierte Formate eingebunden werden konnten.²

Wie wurde diese Herausforderung von Mainzer Archiven umgesetzt?

Die bislang zum Tag der Archive in Mainz gepflegte Tradition einer gemeinsamen Aktion unter-

schiedlicher Institutionen empfahl sich gerade hinsichtlich des geforderten digitalen Formats auch für das Jahr 2022. Einrichtungen aus verschiedenen Archivbereichen verständigten sich auf eine zweieinhalbstündige Online-Veranstaltung zum 4. März mit fünf Kurzvorträgen.³ Die Stärken einer solchen Kooperation zeigten sich in der Übernahme spezifischer Aufgaben der Partner: So stellte u. a. das Universitätsarchiv Mainz den digitalen Konferenzbereich bereit, das Landtagsarchiv bewarb die Aktion auf einer eigenen Webseite und das Stadtarchiv Mainz übernahm die Moderation am Veranstaltungstag.⁴ Am Ende wurde die Vorbereitungsphase von einer virtuellen Generalprobe gekrönt – ein sehr zu empfehlendes Instrument gerade für Beteiligte mit unterschiedlicher Hard- und Softwareausstattung.⁵

Obwohl die Werbung über verschiedene Medien breit gestreut worden war, blieb der Zuspruch zu

dieser fachspezifischen und nur online angebotenen Veranstaltung ungewiss.⁶ Der elektronische Zutritt für die Öffentlichkeit wurde daher niederschwellig gestaltet (via Link bzw. QR-Code) und erforderte keine vorherige Anmeldung. Die tatsächliche Besucherzahl entsprach dann etwa den Erfahrungen bisheriger Präsenzveranstaltungen zum Tag der Archive in Mainz.⁷

Bei den Vorträgen verfolgte man das Konzept der Themenvielfalt sowie der chronologischen Abfolge: Mit einem Bibelfragment aus dem 9. Jahrhundert, das als Einband eines Amtsbuchs des Mainzer Liebfrauenstifts überdauerte, eröffnete Thomas Brockmann vom Dom- und Diözesanarchiv den Reigen bemerkenswerter Geschichten zu Archivalien und erzählte auch von kürzlich entdeckten Urkunden auf einer Kirchturmspitze über Mainz. Wolfgang Dobras lieferte mit einer Seidenstickerei für einen Mainzer Ge-

freiten ein Zeugnis deutscher Kolonialgeschichte in China aus dem Stadtarchiv Mainz. Ebenfalls mit Zeugnissen aus dem Stadtarchiv präsentierte Frank Teske die künstlerische Seite eines Mainzer Oberbürgermeisters Anfang des 20. Jahrhunderts, bevor Christian George unter dem Titel „Tatort JGU“ Kriminalfälle auf dem Campus der Uni Mainz nach dem Zweiten Weltkrieg mit Dokumenten aus dem Universitätsarchiv ins Visier nahm. Zum Abschluss deckte Kerstin Albers anhand von Parlamentsprotokollen aus der 75-jährigen Geschichte des Landtags Rheinland-Pfalz die teils unfreiwillige, teils beabsichtigte komische Seite der Mainzer Politik bis heute auf.

Die bei einer Liveveranstaltung gewohnten Interaktionsmöglichkeiten mit dem Publikum wurden bei der digitalen Version ebenfalls angeboten und rege genutzt: Im Chatroom liefen parallel zu den Vorträgen Fragen und Kommentare auf, es gab persönliche Tipps oder generelles Feedback. Im Gegensatz zu einer Veranstaltung vor Ort ging der Moderator Uwe Bergmann-Deppisch sofort digital auf die Anliegen ein bzw. agierten die anderen Teilnehmenden direkt via Chat. Am Ende eines jeden Vortrags stand eine ausreichende Diskussionszeit zur Verfügung, bei der sich die Besucher mit eingeschaltetem Mikrofon und manche auch mit Kamera beteiligten.

Das Chatzitat „die Veranstaltung ist ein gelungenes Format“ belegt eine positive Resonanz auf diese digitale Mainzer Aktion. Auch zu den Vorträgen gab es entsprechende Rückmeldungen wie „Wirklich interessant,



Tag der Archive 2022: Plakat zur Online-Veranstaltung der Mainzer Archive
Gestaltung: Stadtarchiv Mainz

solche alltäglichen Geschichten“ oder „Mainzer Archive? Mainzer Schatzkammern!“ – insgesamt also eine Bestätigung für die Veranstaltenden zur richtigen Wahl von Form und Inhalt im Rahmen des 11. Tags der Archive. Aus dem teils überregional zugeschalteten Publikum

kam die Anregung zu einer künftig hybriden Fassung mit Präsenzveranstaltung und parallelem Online-Angebot. Die in diesem Beitrag dargestellten Erfahrungen mögen – nicht nur den Mainzern – als unterstützende Vorbereitung für kommende Archivaktionen dienen.

1 Zum Tag der Archive 2022 vgl. die Information des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) im Internet unter: <https://www.vda.archiv.net/tag-der-archive/startseite-2.html> (aufgerufen am 09.05.2022).

2 Die Veranstaltungen lassen sich auch im Nachgang eine gewisse Zeit recherchieren (u. a. nach Datum und Bundesland), zum Mainzer Programm vgl.: <https://www.vda.archiv.net/tag-der-archive/teilnehmende-archiv/nach-bundesland-1/rheinland-pfalz.html> (aufgerufen am 09.05.2022).

3 Aus dem Bereich der Kommunal-, Kirchen-, Hochschul- und Parlamentsarchive waren folgende Institutionen bei der Planung beteiligt: Stadtarchiv Mainz, Deutsches Kabarettarchiv Mainz, Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Universitätsarchiv Mainz und das Archiv des Landtags Rheinland-Pfalz.

4 Die Konferenz wurde mittels der Software Microsoft Teams realisiert. Der Link zur entsprechenden Webseite beim Landtag lautet: <https://www.landtag.rlp.de/de/mitmachen/veranstaltungen/tag-der-archive-2022/> (aufgerufen am 09.05.2022).

5 Dieses Problem wurde im Mainzer Fall durch den Support einer gemeinsamen technischen Koordinationsstelle gelöst. Einheitlichkeit bewährte sich auch bei der Wahl der Präsentationsform: Die durchweg bei den Vorträgen benutzte PowerPoint-Software bot den Präsentierenden während der Online-Konferenz die gewohnte Routine und den Zuhörern einen reibungslosen technischen Ablauf.

6 Die vielfältige Bewerbung im Internet, via Mailverteiler und Presse oder physisch mit Flyern und Plakaten rief sogar das Interesse eines Online-Stadtanzeigers hervor, der die Veranstaltung kostenlos in seinen Internetdienst aufnahm.

7 Bei Veranstaltungsbeginn stand die Anzeige für Teilnehmende auf der Konferenzplattform bei 42, steigerte sich bis zur Mitte der Veranstaltung auf 52 und blieb dann bis zum letzten Vortrag ohne große Fluktuation konstant auf diesem Wert.



Foto: Erkenbert-Museum, Frankenthal

Internationale wissenschaftliche Tagung zum Frankenthaler Religionsgespräch von 1571

Maria Lucia Weigel, Dörte Kaufmann

Im Jahr 1571 fand in Frankenthal (Pfalz) auf Initiative Kurfürst Friedrichs III. ein Religionsgespräch zwischen Reformierten und Täufern statt, das als eine der wichtigsten religionspolitischen Maßnahmen in der reformierten Kurpfalz gilt. Das 450-jährige Jubiläum dieses Ereignisses war Anlass für eine von der Stadt

Frankenthal (Pfalz) ausgerichtete, internationale wissenschaftliche Tagung am 18. und 19. November 2021, die vom Erkenbert-Museum und dem Stadtarchiv Frankenthal in Zusammenarbeit mit dem Frankenthaler Altertumsverein e.V., dem Mennonitischen Geschichtsverein e.V. und dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte e.V.

organisiert wurde. Eröffnet wurde die Tagung von Oberbürgermeister Martin Hebich.

Das Tagungsprogramm beleuchtete das Religionsgespräch vor allem unter drei Aspekten: Die erste Sektion analysierte mit den Beiträgen von Prof. em. Dr. Eike Wolgast und Prof. Dr. Christoph Strohm, beide Heidelberg,

die zeitgenössische kurpfälzische Kirchenpolitik zwischen Kirchenzuchtstreit und Antitrinitarismus und zeigte damit die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Religionsgesprächs auf, bei dem von kurpfälzischer Seite, wie insbesondere das Auftreten des Heidelberger Hofpredigers Petrus Dathenus gegenüber den Täufern in Frankenthal belegt, handfeste konfessions- und territorialpolitische Interessen eines frühneuzeitlichen Landesherrn im Zentrum standen.

In der zweiten Sektion lag mit den Referaten von Prof. Dr. Erik A. de Boer, Kampen (NL), Prof. Dr. Martin Rothkegel, Elstal, Prof. Dr. Günter Frank, Bretten und Karlsruhe, PD Dr. Astrid von Schlachta, Regensburg/Weierhof, und PD Dr. Päivi Räisänen-Schröder, Helsinki (FIN), der Schwerpunkt auf den täuferischen Teilnehmern des Religionsgesprächs, die, wie in den Ausführungen der Referentinnen und Referenten deutlich wurde, dem Kurpfälzer Wortführer Dathenus, obwohl ihnen eine vergleichbare theologische Ausbildung fehlte, erstaunlich selbstbewusst gegenübertraten. Eine wesentliche Quelle, die im Rahmen der Tagungsbeiträge erstmals intensiv ausgewertet wurde, stellt das zeitnah erschienene, über 700 Seiten umfassende Protokoll des Religionsgesprächs dar.

Abgerundet wurden die Beiträge der ersten beiden Sektionen – umrahmt von Musik aus dem 16. Jahrhundert, die die Musikschule Frankenthal darbot – durch einen öffentlichen Abendvortrag von Prof. Dr. Dr. h. c. Irene Dingel, Mainz, der mit der Frage „Konsens oder Abgrenzung? Das Frankenthaler Religionsgespräch im Kontext der frühneuzeitlichen Reli-

gionsgespräche“ zugleich bereits auf den zweiten Tag des Symposiums vorauswies.

Am 19. November wurde in der dritten und letzten Sektion die Einbettung des Frankenthaler Religionsgesprächs in den Zusammenhang anderer Religionsgespräche des 16. Jahrhunderts versucht. Konkret wurden Vergleiche zum obrigkeitlichen Umgang mit dem Täufern in Hessen (Dr. Stephen E. Buckwalter, Heidelberg, und Dr. Ellen Yutzy Glebe, Kassel) sowie mit dem Emdener Religionsgespräch von 1578 (Dr. Klaas-Dieter Voß, Pogum) und den Streitgesprächen zwischen Marten Micron und Menno Simons in Wismar 1554 (Dr. Tobias Schreiber, Thalfang) gezogen. Den Abschluss der Tagung bildete der Beitrag von Dr. Armin Torggler, Brixen (I), der per Video zugeschaltet war: „Kein Religionsgespräch möglich? Zur Situation der Katholiken, Lutheraner und Täufer im historischen Tirol“.

Trotz der Tatsache, dass keiner der Beiträge die im Vorfeld der Tagung von den Organisatorinnen und Organisatoren ebenfalls aufgeworfene Frage nach dem Nachhall der in Frankenthal sichtbar gewordenen konfessionellen Auseinandersetzungen in späterer Zeit aufgriff und sich mit der Rezeptionsgeschichte des Frankenthaler Religionsgesprächs befassete, kann von einer abgerundeten, ertragreichen Veranstaltung gesprochen werden. Mit der Analyse der auf dem Religionsgespräch verhandelten theologischen Streitfragen, der kritischen Untersuchung der Zielsetzungen der damaligen Gesprächspartner und der Einordnung des Gesprächs in den Zusammenhang anderer frühneuzeitlicher Religionsgespräche konnte eine Forschungslücke ge-

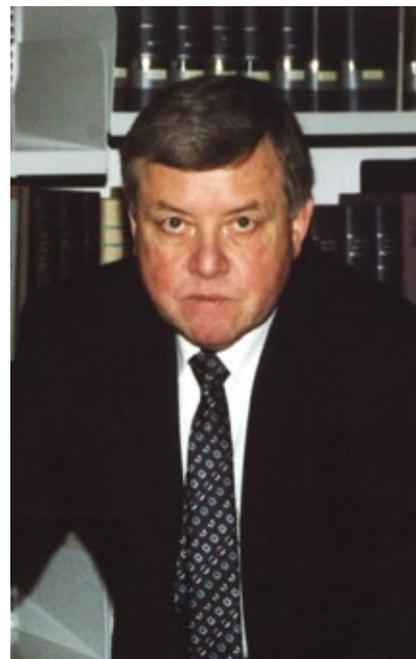
schlossen werden. Das Frankenthaler Religionsgespräch, so wurde deutlich, hatte, obwohl es ohne Ergebnis blieb, eine überregionale Wirkung auf den obrigkeitlichen Umgang mit freikirchlichen Gruppierungen im 16. Jahrhundert. Die Tagung sowie der geplante Tagungsband leisten damit einen Beitrag zur aktuellen Forschung, die seit dem Reformationsgedenkjahr 2017 vermehrt auch konfessionelle Gruppierungen außerhalb der beiden großen Konfessionen in den Blick nimmt.

Hatte Martin Schmidt anlässlich des 400-jährigen Jubiläums des Frankenthaler Religionsgesprächs noch von einem „vergessenen Jubiläum“ gesprochen,¹ kann diese Aussage seit 2021 erfreulicherweise als überholt bezeichnet werden: Das Frankenthaler Religionsgespräch gilt in Zukunft nicht mehr nur als Meilenstein der Frankenthaler Stadtgeschichte, sondern hat endlich die gebührende Beachtung in der internationalen historischen und theologischen Forschung gefunden.

¹ Vgl. Martin Schmidt, Das Frankenthaler Religionsgespräch 1571 und die Gegenwart. Ein vergessenes Jubiläum, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 25, 1973, S. 58–64.



Buchvorstellung am 15.12.1989, v.l.n.r.: Kulturdezernent der Landeshauptstadt Saarbrücken Rainer Silkenbeumer, Dr. Wolfgang Laufer und Verleger Peter Neumann
SaarLA_N NL SchmidtJC 16566_015, Foto: Julius C. Schmidt



Dr. Wolfgang Laufer anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand am 11.12.2003
SaarLA_B 2419_12 C (Ausschnitt),
Foto: Pia Schommer

Nachruf Dr. Wolfgang Laufer

(17.3.1940–23.5.2022)

Ludwig Linsmayer

Das Saarländische Landesarchiv trauert um seinen früheren Direktor Dr. Wolfgang Laufer. Mehr als 30 Jahre hindurch hat er unser Archiv mit aufgebaut und maßgeblich geprägt. Mit seinem Namen verbunden bleiben grundlegende Beiträge zur Bestandsbildung und Erschließung sowie wichtige Initiativen zur grenzüberschreitenden Archivarbeit und zur Gründung des Saarländischen Sportarchivs. In seine Amtszeit fielen der Umzug des Landesarchivs an seinen heutigen Standort in Saarbrücken-Scheidt, der Start des Archivportals des Südwestens und die ersten regelmäßigen Treffen unter den saarländischen Archivarinnen und Archivaren, aus

denen sich später der Saarländische Archivarverband entwickelte.

Wolfgang Laufer war Archivar aus Passion. Bereits seine akademische Lehrerin, Frau Prof. Edith Ennen, erkannte sein diesbezügliches Talent und sagte ihm früh eine archivarische Karriere voraus. Er verstand sich selbst aber genauso sehr als Historiker und blieb der von ihm geliebten landesgeschichtlichen Forschung weit über sein Laufbahnende hinaus treu. Hervorzuheben sind seine Bübinger Ortsgeschichte, deren zweiten Teil er erst vor wenigen Jahren publizierte, sowie seine grundlegenden Arbeiten zur Stadt und Herrschaft Blieskastel. Als Mitherausgeber der Zeitschrift

für die Geschichte der Saargegend und später als Geschäftsführer der Kommission für saarländische Landesgeschichte brachte er sich unmittelbar und mit oft sehr pointierten Ansichten in den landesgeschichtlichen Diskurs jener Jahre ein. Ebenso machte er sich durch seine langjährige Mitgliedschaft im Landesdenkmalrat um die historische Kultur der Region verdient.

Mit Wolfgang Laufer verliert das Saarland eine wichtige Stimme gegen jedwede Geschichtsvergessenheit und Geschichtsklitterung und der hiesige Kreis der Landeshistoriker und Archivare einen geschätzten Gesprächspartner, Ratgeber und Kollegen.

Dr. Gisela Fleckenstein ist neue Leiterin des Landesarchivs Speyer

Elsbeth Andre

Seit März 2022 hat das Landesarchiv Speyer mit Frau Dr. Gisela Fleckenstein eine neue Leitung.

Geboren in Ludwigshafen und aufgewachsen in Nordrhein-Westfalen wurde Frau Fleckenstein nach dem Studium der Germanistik, Geschichte und Pädagogik in Düsseldorf, Innsbruck, Brixen und Bonn an der Universität Düsseldorf mit einer Arbeit zur Kirchengeschichte („Franziskanerinnen im Rheinland 1875–1918“) promoviert.

Ihre beruflichen Stationen waren nach einem Schul- und einem Archivreferendariat das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (zu-

nächst im Staatsarchiv Detmold und seit 1995 im Personenstandsarchiv Rheinland/Brühl) und seit 2009 das Stadtarchiv Köln.

2019 wechselte Frau Fleckenstein dann nach Rheinland-Pfalz und war seitdem im Landesarchiv Speyer die Stellvertreterin des langjährigen Leiters Dr. Walter Rummel.

Mit Frau Fleckenstein arbeitet eine gute Netzwerkerin im Land. Neben ihrem in- und externen Engagement in diversen Fachgremien vertritt sie das Landesarchiv Speyer und die Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in wissenschaftlichen und historischen Gesellschaften und Vereinen.



Foto: privat

Einblicke in ein unermüdliches Gelehrten-Leben

Wolfgang Müller

Der langjährige Ordinarius für Vor- und Frühgeschichte Prof. Dr. Rolf Hachmann (1917–2014) hat viele Jahre die Entwicklung des von ihm über ein Vierteljahrhundert geleiteten Instituts geprägt. Dank eines Übergabevertrages gelangte nun seine gesamte persönliche Korrespondenz mit der Universität,

seinen Kolleginnen und Kollegen und saarländischen Institutionen in das Saarbrücker Universitätsarchiv. Mit diesem Bestand wird die bereits vorhandene Überlieferung zu Hachmanns Forschungsprojekten, insbesondere den Ausgrabungen des Siedlungshügels Kāmid el-Lōz im Libanon, abgerundet.



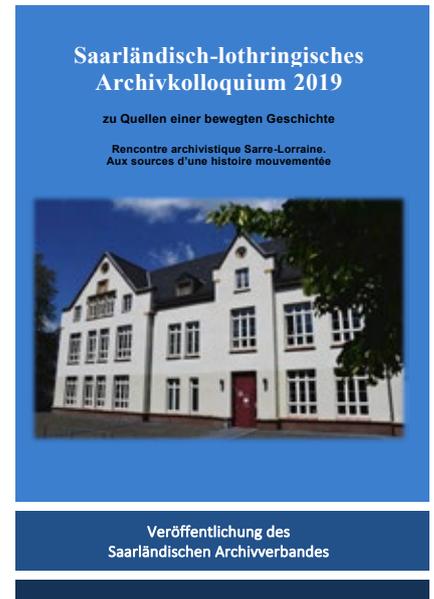
Foto: Jörg Pütz

Neuerscheinung

Wolfgang Müller

Nach der Tagung (Bericht in „Unsere Archive“ Heft 64, 2019, S. 23–24) hat der Saarländische Archivverband unter dem Titel „Quellen einer bewegten Geschichte – Saarländisch-lothringisches Archivkolloquium 2019 – Rencontre archivistique Sarre-Lorraine – Aux sources d’une

histoire mouvementée“ die verschiedenen bilingualen Vorträge veröffentlicht. Die im Dengmerter Heimatverlag St. Ingbert erstellte Publikation (104 Seiten, ISBN 978-3-929576-22-1) wird von den saarländischen Archiven kostenlos abgegeben.



Saarbrücker Goethe-Edition dokumentiert

Wolfgang Müller

Der emeritierte Saarbrücker Professor für Neuere Deutsche Philologie und Literaturwissenschaft und Herausgeber der 1999 zum 250. Geburtstag erschienenen Münchner Goethe-Ausgabe Dr. Karl Richter hat seine umfangreichen Handakten zu dem sich über zwei Jahrzehnte erstreckenden Editionsprojekt dem Archiv der Universität des Saarlandes übergeben. Den Schwerpunkt des Bestandes bildet die Korrespondenz des Gesamtherausgebers mit den einzelnen Mit- und Bandherausgebern und dem Hanser-Verlag und illustriert so die wissenschaftlichen Vernetzungen dieses Forschungsunternehmens. Wei-

tere Betreffende informieren über die Projektorganisation, Editionsfragen, Aspekte einzelner Gattungen wie der naturwissenschaftlichen Schriften oder der Lyrik sowie Fragen der Werbung und Rezeption. In der Reihe der „Universitätsreden“ ist dazu die Dokumentation „Johann Wolfgang Goethe: Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens – Chancen und Herausforderungen einer editorischen Alternative“ erschienen, die unter anderem auch neuere, bislang unveröffentlichte Vorträge Karl Richters enthält. (Bezug über das Universitätsarchiv: w.mueller@univw.uni-saarland.de)





Foto: Universität Koblenz/Dr. Jessica Gahn

„Kultur und Politik“

Das Landeshauptarchiv beteiligt sich am großen Koblenzer Projekt

Elsbeth Andre

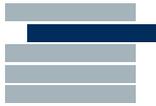
In Anwesenheit von Kulturstaatssekretär Prof. Dr. Jürgen Hardeck haben am 28. Juni 2022 das Bundesarchiv, das Landeshauptarchiv, das Stadtarchiv sowie das Landesbibliothekszentrum, die Stadtbibliothek und die Universität Koblenz (Fachbereich Kulturwissenschaften) eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Im Rahmen der Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft fand eine Podiumsdiskussion zu Bildaufnahmen des Nachkriegs-Koblenz statt. Schon diese Auftaktveranstaltung hat gezeigt, wie fruchtbringend die Betrachtung eines Themas aus verschiedenen Blickwinkeln ist. Auch zukünftig werden in Zusammenarbeit der

Institutionen spannende und für die Demokratiegeschichte und Demokratiebildung ertragreiche Projekte in verschiedenen Formen (wie Vorträge, Publikationen und Ausstellungen) und in unterschiedlicher Zusammensetzung der Partneereinrichtungen durchgeführt werden.



Autorinnen und Autoren



Albers, Kerstin, Landtag Rheinland-Pfalz, Parl. Geschäftsstelle, Dokumentation, Archiv
Andre, Dr. Elsbeth, Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz
Berlit, Silas, Landeshauptarchiv Koblenz
Dorfey, Dr. Beate, Landeshauptarchiv Koblenz
Fouquet, Leon, Landeshauptarchiv Koblenz
Friedhoff, Dr. Jens, Stadtarchiv Hachenburg
Fugger von dem Rech, Dr. Simone, Stadtarchiv Trier
George, Dr. Christian, Universitätsarchiv Mainz
Goebel, Dr. Christine, Landeshauptarchiv Koblenz
Heinze, Annika, NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte Osthofen
Kaiser, Katharina, Gymnasium Nackenheim
Kaufmann, Dr. Dörte, Stadtarchiv Frankenthal
Kaulbach, Friederike, Landesstelle Bestandserhaltung Rheinland-Pfalz (LBE)
Kost-Mahle, Arlett, Landesstelle Bestandserhaltung Rheinland-Pfalz (LBE)
Krümmel, Dr. Achim, Landeshauptarchiv Koblenz
Linsmayer, Dr. Ludwig, Saarländisches Landesarchiv
Maier, Dr. Franz, Landesarchiv Speyer
Müller, Dr. Wolfgang, Universitätsarchiv Saarbrücken
Ostrowitzki, Dr. Anja, Landeshauptarchiv Koblenz
Parzich, Gesine, Zentralarchiv der Ev. Kirche der Pfalz, Speyer
Rammonat, Anna, Landeshauptarchiv Koblenz
Rehbein, Marius, Mainz
Rummel, Dr. Walter, Kerben
Schmidt, Maika, Universität Leipzig, Historisches Seminar
Schmude, Kathrin, Stadtarchiv Koblenz
Schnur, Dr. David, Saarländisches Landesarchiv
Seiler, Caroline, Landeshauptarchiv Koblenz
Seltenreich, Vadim, Dohr
Storm, Dr. Monika, Landtag Rheinland-Pfalz, Parl. Geschäftsstelle, Dokumentation, Archiv
Stüber, Dr. Gabriele, Neustadt/W.
Weigel, Dr. Maria Lucia, Erkenbert-Museum, Frankenthal
Wettmann-Jungblut, Dr. Peter, Saarländisches Landesarchiv

